



Die Ukraine hat einen jüdischen Ministerpräsidenten

Wolodymyr Grojsman begann als gewissenhafter Bürgermeister

Der Wert der Befreiung

Vor 71 Jahren endete der Zweite Weltkrieg

SEITE 3



Israels sonnigere Alternative zum Jakobsweg

Andy Eggert zum Wandern auf dem Israel-Trail

SEITE 24-25



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
der schöne Brauch der gemeinsamen Seder-Mahle macht das Pessachfest auch zu Tagen der familiären Begegnung und des fröhlichen familiären Miteinanders, an denen das ganze jüdische Volk in Israel und überall in der Welt gemeinsam mit allen seinen Liebsten die Befreiung aus Knechtschaft, Unterdrückung und physischer Bedrängnis feiert.

Die Redaktion und ich hoffen, dass Sie alle in diesem Sinne im Kreise Ihrer Familien und Ihrer Lieben ein gesundes, gesegnetes Pessachfest und zwei wundervolle Sederabende verlebt haben.

Dass dies für Juden in der neueren Geschichte und auch heute keine Selbstverständlichkeit war und ist, kann leider nur allzu leicht belegt werden.

Da schmerzt es angesichts der Geschichtslosigkeit der gegenwärtigen politischen Entwicklung in der westlichen Welt und der Mainstream-getragenen zunehmenden Judenfeindschaft und Israel-Delegitimierung besonders, dass sich genau in diesen Tagen vor nur 73 Jahren – in der Zeit vom 19. April bis zum 16. Mai des Jahres 1943 – die gedemütigten, eingepferchten, entrechteten, von Hunger und Krankheit entkräfteten jüdischen Bewohner des noch über 50.000 jüdische Frauen, Männer und Kinder zählenden Warschauer Ghettos in einem ebenso heldenhaften wie verzweifelten und aussichtslosen Aufstand gegen ihre übermächtigen deutschen Peiniger und Schlächter erhoben haben und bestialisch ermordet wurden.

Und tatsächlich, trotz aller für das gegenwärtige Politikversagen zur Rechtfertigung verkommenen und häufig nur noch sinnentleerten und geheuchelten Gedenktagsritualisierung – in unseren schlimmsten Albträumen hätten wir die heutige traurige und beschämende Entwicklung nicht einmal andenken mögen

Nur 71 Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazi-Horrors, dessen endgültiges Ende und Kapitulation die westlichen Alliierten und vor allem die sowjetische Armee in der Nacht vom 8. Mai auf den 9. Mai besiegelt haben und nur 73 Jahre nach dem Fanal des Aufstandes im Warschauer Ghetto sind „Juden-ins-Gas“-Rufe und No-Go-Areas für Juden, körperliche Übergriffe, Beschimpfungen und sogar gezielte Tattmorde an Juden in deutschen und europäischen Städten wieder Wirklichkeit geworden.

► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,70 €
Schweiz 4,60 CHF



Labours antisemitische Krise



Von Jerome Lombard

Das Lachen sollte ihm und vielen Labour-Politikern an diesem 28. April gehörig vergehen: Ken Livingstone, Vertreter des linken Flügels der britischen Labour Party und langjähriger Freund von Parteichef Jeremy Corbyn, ist aus seiner Partei ausgeschlossen worden. Der 70-Jährige habe Labour öffentlich „in Misskredit gebracht“ und müsse sich nun vor einem parteiinternen Untersuchungsausschuss verantworten, hieß es.

Der dahinterstehende und für die britischen Sozialdemokraten sicher nicht ganz neue Vorwurf: Antisemitismus in den eigenen Reihen. Corbyn und die Labour-Führung sahen sich zu dem drastischen Schritt des Parteiausschlusses gezwungen, nachdem Livingstone mit antisemitischen Kommentaren während eines Radiointerviews mit BBC London aufgefallen war. In dem per Telefon geführten Interview hatte Livingstone Hitler und Zionisten in einem Atemzug genannt und eine Gleichsetzung nahegelegt.

„Lassen Sie uns in Erinnerung rufen; als Hitler die Wahlen 1932 gewann, war es seine Politik, die Juden nach Israel zu bringen. Er unterstützte den Zionismus – bevor er verrückt wurde und am Ende sechs Millionen Juden ermordete,“ sagte Livingstone gegenüber einer Moderatorin des öffentlich-rechtlichen Senders in der englischen Hauptstadt und fügte sogleich hinzu, dass er niemanden in seiner Partei kenne, der sich jemals antisemitisch geäußert habe. Welch Ironie! Wollte Livingstone, der von 2000 bis 2008 ein durchaus populärer Bürgermeister von London war und wegen seiner ultralinken Weltsicht in Großbritannien

allseits als „Red Ken“ bekannt ist, doch eigentlich seine Parteikollegin und nur tags zuvor ebenfalls wegen antisemitischer Ausfälle aus der Partei geworfene Parlamentsabgeordnete Naz Shah verteidigen. Dieses Unterfangen ging aber mal ganz gehörig in die Hose. Am Ende des Tages stand fest: Livingstone muss unter seine Labour-Partei Mitgliedschaft unfreiwillig einen Strich setzen und die Sozialdemokraten stehen im Epizentrum eines Skandals um Antisemitismus und Antizionismus.

Dass Labour sich damit selber in eine neuerliche Krise manövriert hat, war führenden Parteipolitikern noch am selben Tag klar. Da half es auch nichts, dass Corbyn diesen Umstand gegenüber der Presse wegzudiskutieren versuchte. „Das ist keine Krise. Es gibt auch keine Krise. Wo auch immer es Rassismus innerhalb der Partei gibt, wird dagegen angegangen und er wird ausgerottet. Jeder, der glaubt, die Partei unternehme nicht genug gegen Antisemitismus, liegt einfach falsch“, erklärte der Parteivorsitzende gegenüber der BBC sichtlich genervt. Corbyn verteidigte den Rausschmiss seines alten Parteifreunds Livingstone wegen „schwerwiegender Bedenken über die verwendete Sprache“, die dieser in besagten Interview gebraucht habe. Freilich ohne Livingstone damit direkt des Antisemitismus zu bezichtigen.

Dass es bei Labour gehörig brodelte, konnte man an den Reaktionen führender Parteivertreter zur Causa Livingstone ablesen. Entsprechend deutlich fiel die Kritik an dem schon in der Vergangenheit immer mal wieder mit israelfeindlichen und zumindest latent antisemitischen Äußerungen aufgefallenen Politiker aus. Sadiq Khan, Labour-Kandidat fürs Londoner

Bürgermeisteramt bei den Wahlen am 5. Mai, bezeichnete Livingstones Aussagen als „schrecklich und unentschuldigbar“ und forderte ihn sogleich zum Austritt auf. Am lautstärksten äußerte sich Labour-Parlamentarier John Mann. Und was der von Livingstone und dessen Kommentaren hielt, sagte er diesem direkt und unverblümt in der Vorhalle der TV-Studios von Westminster ins Gesicht, wo Livingstone noch am selben Tag zu einer weiteren Talk-Runde geladen war: „Sie sind ein widerlicher Rassist, der die Geschichte neu schreiben will“, schimpfte Mann vor laufenden Fernsehkameras und nannte Livingstone einen „Nazi-Apologeten“. Starke Worte. Vor allem, wenn man bedenkt, dass Mann und Livingstone eigentlich Parteikollegen sind. Beziehungsweise waren. Livingstone selber verteidigte seine Aussagen im Nachhinein. Er habe niemals nahelegen wollen, dass Hitler ein Zionist gewesen sei und lediglich „historische Fakten“ genannt. Im Übrigen sei er Opfer einer undemokratischen Schmierenkampagne geworden, die von der „Israel-Lobby“ gegen seine Person und andere sogenannte Israel-Kritiker innerhalb der Partei initiiert worden sei.

Die jetzt entbrannte Diskussion um Antisemitismus und Israelfeindschaft in den eigenen Reihen kommt für Labour zur Unzeit. Anfang Mai stehen in Schottland, Wales und in vielen englischen Grafschaften Lokalwahlen an. In London kommt die wichtige Bürgermeisterwahl hinzu. Für die Sozialdemokraten sind diese Abstimmungen ein erster großer Stimmungstest nach der Ernennung des Linksaußen-Hinterbänklers Corbyn zum Parteichef nach den haushoch gegen die Konservativen verlorenen Parlamentswahlen im vergangenen Sommer.

Labours antisemitische Krise

Hatte Corbyn in letzter Zeit mehr und mehr versucht, sich selber moderater zu geben und auf die jüdische Gemeinschaft zuzugehen, können diese Annäherungsversuche nun als bloße Heuchelei verstanden werden. Der neue Parteichef stand in der Vergangenheit selber immer wieder wegen israel-feindlicher Aussagen und seinen Kontakten zu radikalen Islamisten und Holocaustleugnern in der Kritik. Der Parteiausschluss Naz Shaha, Ex-Labour-Parlamentarierin für den Wahlkreis Bradford West, sollte eigentlich ein deutliches Zeichen an die britische Bevölkerung sein, dass man das Problem des Antisemitismus in der eigenen Partei nicht länger unter den Teppich kehre und ernsthaft dagegen vorgehe.

Die pakistanischstämmige Shah hatte auf ihrer Facebook-Seite geschrieben, dass die Lösung des Nahost-Konflikts darin bestehen könne, den Staat Israel und seine Bevölkerung in die USA zu verfrachten. Auch wenn Shah sich Ende April während einer emotionalen Debatte im Unterhaus für diesen offensichtlich antisemitischen Post entschuldigte, musste Corbyn wegen des Drucks aus seiner Partei sowie vom

politischen Gegner reagieren. Da half es auch nichts, dass Shah beteuerte, sie habe den Post vor ihrer Zeit als Parlamentarierin geschrieben und sei jetzt ganz anderer Meinung. Livingstone sorgte dann seinerseits dafür, dass Corbyns Rechnung im Fall Shah nicht aufging. Dass es nun ausgerechnet Livingstone war, der sich die Blöße gab und für einen ausgewachsenen Skandal sorgte, ist für Corbyn ein besonders schwerer politischer Schlag. War der in der Parteilinken stets beliebte Alt-Politiker nach der verlorenen Wiederwahl zum Londoner Bürgermeister im Jahr 2012 doch weitestgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden, war es Corbyns persönlicher Wunsch und Wille, ihn wieder auf die Bühne zu bringen und damit seinen Linkskurs weiter zu zementieren.

Es liegt also sicherlich auch an der Person Livingstone, dass Corbyn nun selber ins Zentrum des Skandals rückt. Die Causa Shah-Livingstone hat Stolper-Potential für den Parteivorsitzenden. Und in der Partei wächst der Unmut. Nicht wenige machen Corbyn persönlich dafür verantwortlich, ein Klima innerhalb der Labour Party ge-

schaffen zu haben, in dem Antisemitismus und der Hass auf Israel akzeptabel erscheinen. Und das in einer Partei, die früher als traditionelle politische Heimat für jüdisch-britische Wähler galt. So hat der walisische Ableger von Labour in einer ersten Reaktion Corbyn nur einen Tag nach Livingstones Skandal-Interview von einer gemeinsam geplanten Wahlkampfveranstaltung am Bridgend College in Pencoed ausgeladen. Wie die Lokalzeitung „The Western Mail“ berichtet, seien die Sozialdemokraten in Wales in höchsten Maße unzufrieden über Corbyns Zaghaftigkeit im Fall von Shah und Livingstone. Keiner der beiden Ausschlüsse hatte der Parteichef offiziell klar mit Antisemitismus begründet. Durch Corbyn befürchtete man nun negative Auswirkungen auf den dortigen Wahlkampf. Ob das Fernbleiben in Wales etwas nützt und wie sich der Antisemitismus-Skandal insgesamt auf die Lokalwahlen auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Im britischen Oberhaus sitzende jüdische „Peers“ warnen schon seit längerem vor dem unter Corbyn um sich greifenden Antisemitismus. Lord Michael Levy,

Unternehmer und seit 1997 für Labour Life Peer-Mitglied im Oberhaus, schaltete sich in die aktuelle Debatte ein und sprach von einem ausgeprägten und „ernsthaften Antisemitismusproblem“ innerhalb seiner Partei. Seine Kollegin, die liberale Politikerin und Rabbinerin Baroness Julia Neuberger, präziserte: „Labours Problem mit dem Antisemitismus hängt mit Parteichef Corbyn zusammen. Es ist eine Sache der radikalen Linken.“ Am deutlichsten wurde Lord Alan Sugar, der seine Labour-Partei-Mitgliedschaft aus Protest gegen die Wahl Corbyns 2015 an den Nagel gehängt hatte. „Die Extremisten haben die Partei übernommen“, erklärte der 69-jährige Geschäftsmann. Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob Corbyn sich als Parteivorsitzender halten können. Die Ergebnisse der Lokalwahlen und sein Umgang mit der aktuellen Krise werden entscheidenden Einfluss darauf haben. Und, falls Corbyn bleibt, wie er sich beim nächsten Fall von Antisemitismus oder Antizionismus verhält. Denn der wird in dieser Labour Party sicher nicht lange auf sich warten lassen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Statt einer konsequenten, wehrhaften, die Ursachen und die nahezu ausschließlich muslimischen Verursacher treffenden, nachhaltigen Ahndung durch unser Rechtssystem stehen Veruschung, Verschweigen und Kleinreden im Fokus unserer Politik, unserer Justiz und unserer öffentlich-rechtlichen Medien.

Empathie oder auch nur ein Mitfühlen mit den bereits wenige Wochen nach dem jüngsten Terror von Brüssel und Paris kaum noch der Erwähnung für Wert befundenen Opfern sucht man in unseren Medien und unserer Politik vergeblich.

Eher beherrschen Täter-Opfer-Verkehrung, Schuldzuweisungen an die meist jüdischen Opfer und die Sorge um eine vermeintliche Instrumentalisierung gegen den Islam und seine wegen der Mordtaten an Juden jubelnden oder in großer Zahl zustimmend schweigenden Anhänger die Reaktion unserer hiesigen und europäischen Terror-Versteher aus Politik und Medien.

Während das politische Klima und die Sicherheitslage für jüdische Menschen zusehends prekärer werden, sind die „Entjudung“ ganzer, vornehmlich Islamdominierter Bezirke in den Städten Europas längst wieder keine undenkbar Seltenheit.

Nichts in den Reaktionen unserer Politik-Verantwortlichen deutet darauf hin, dass aus der Geschichte gelernt worden wäre.

Beklatscht und ermutigt durch den schon nahezu endlose und verhängnisvolle acht Jahre im Amt befindlichen Iran-Atomwaffen-Wegbereiter aus Übersee – Europa und Deutschland werden in dieser Zeit beherrscht durch ein rückgratloses Appeasement gegenüber der rassistischen, sich hinter einem schlechten Religionsplagiat tarnenden, gegen unsere westlichen Lebenswerte gerichteten, Demokratie-feindlichen und vor allem massiv antisemitischen Weltbeherrschungsideologie des Islam.

Hierzu gehört auch das deutlich zur Kenntnis genommene jahrelange Versagen der westlichen Allianz im Kampf gegen den IS, dessen Einflussphäre innerhalb von Wochen nur durch russisches Eingreifen drastisch reduziert

werden konnte. Die nunmehr auch vom Westen bejubelte Rettung des gesamt-menschlichen Kulturerbes von Palmyra vor der Barbarei des Islams und vor völliger Zerstörung ist – Armutszeugnis für den Westen genug – ausschließlich russischem militärischem Eingreifen zu verdanken.

Statt hier anzuknüpfen, um gemeinsame brückenbauende Initiative zu ergreifen und die NATO gleichzeitig vom Einfluss des sabotierenden Panislamisten und Zypern-Usurpatoren Erdogan zu befreien, ist das an völlig falscher Stelle praktizierte vorsätzliche Wiederbeleben des Kalten Krieges durch die vertragswidrige, Obama-, Merkel-, und Steinmeier-getragene Stellung von neuen NATO-Kontingenten bis unmittelbar an die russische Staatsgrenze, noch ein weiterer Schritt zur Destabilisierung Europas.

Anbiederung und Lobhudelei gegenüber Menschenrecht und Pressefreiheit verachtenden, Demokratie-feindlichen, panislamistischen Systemen und deren, sich wie Kalifen gerierenden Machthabern stehen ungeniert auf der Agenda unserer – man kann es kaum fassen – ironischerweise frei und selbst, wenn auch fahrlässig gewählten, westlichen, allen voran deutschen suizidalen Selbstauflösungspolitik.

Eine mit fataler Konsequenz durch unsere Politik und Mainstreampresse geleugnete und bagatellierte Islamisierung sowie eine gegen besseres Wissen sogar schöngeredete massive islamische Zuwanderung von kaum auf ihre wirklichen Absichten und ihre demokratische und integrative Eignung geprüften Muslimen hat bereits zu weitgehend irreversiblen Schäden an unserer abendländischen Wertewelt und zur kaum noch übersehbaren Spaltung des europäischen Zusammenhalts geführt.

Ebenfalls nicht zu übersehen ist die als Folge des Islamimports deutlich zunehmende Radikalisierung und Demokratieverachtung sowie die wachsende Judenfeindschaft der hier bereits länger ansässigen Muslime, deren zweite und dritte Generation bezeichnenderweise und im Gegensatz zu anderen Migranten-Ethnien häufig weniger integriert und integrationsbereit ist als die ursprüngliche Einwanderungspopulation

ihrer Väter und Großväter.

Linksideologische Islamfreundlichkeit, Israeldämonisierung und antijüdischer Vorbehalt bilden gegenwärtig zunehmend unheilvolle Allianzen mit dem neuimportierten gewalttätigen Judenhass der muslimischen Migranten und dem tradierten Antisemitismus des reaktiv erstarkten rechten Randes.

Während auch weiterhin selbstüberhebliche Kritikunfähigkeit der politisch Verantwortlichen an der eigenen unsäglichen Politik das Nennen der eigentlichen Ursachen für dieses Geschehen ausklammert, weisen die hiesigen Wahlumfragen und nicht zuletzt das Ergebnis der Wahlen in Österreich nur allzu deutlich aus, dass der seiner politischen Heimat – wegen des Versagens der politischen Mitte – verlustig gegangene Wähler zunehmend nach rechts abwandert.

Die Relativierung und Einzelfall-Kleinredung islamischer Gewalttaten auf unser Leben und unsere Rechtsordnung, die bewusste Nichtanwendung unserer Gesetze gegenüber muslimischen Tätern und die stereotype Wiederholung der grundfalschen Behauptung, der Islam gehöre zu Deutschland und Europa, schaffen da keine Abhilfe, sondern beschleunigen nur diesen Trend und die Strukturauflösung unserer westlichen Gemeinschaften.

Das zum Teil – auch durch einige als jüdisches Alibi gern genutzte opportunistisch-willfährige jüdische Funktionsträger – übernommene unentwegte Rechtfertigen des Islam und das bevormundende und diffamierende ständige Bashing besorgter Islamisierung-Gegner tragen ein Übriges zum Misstrauen der Wähler auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft bei.

Dabei ist es ausschließlich die durch unsere Politik uneinsichtig, verboht und selbstgefällig am Wählerwillen vorbeigehende praktizierte Verweigerung der Verteidigung unserer westlichen Werte gegen deren Verachtung durch den Islam, die zum Erstarken der neuen politischen Formierungen geführt hat. Die arrogante Verteufelung und Beschimpfung der sich neu orientierenden Wähler und ihrer Vertreter ist nur ein Zeichen der Ratlosigkeit des versa-

gungen politischen Establishments und wird das Phänomen nicht beseitigen.

Abhilfe könnte nur eine Abkehr von dem bisherigen Ausverkauf unserer säkularen, freiheitlichen Werte und eine grundlegende, auch mit drastischen Personalveränderungen einhergehende Umbesinnung und Neuausrichtung unserer politischen Mitte.

Leider gibt es dafür keine Anzeichen. Vorschläge wie etwa die vollständige Abschaffung der Strafbarkeit bei Diebstahldelikten in Einzelhandelsgeschäften oder die Hergabe unserer Pressefreiheit für die Befindlichkeit von islamischen Diktatoren stellen eine Anbiederung an die falsche Seite und ein fatales Signal gegen unser aller Rechtscredo dar und sind wenig angehtan, die massive Wählerabwanderung aufzuhalten.

Unerträglich ist auch die zur allgemeinen Politik-Usance gewordene Delegitimierung und Dämonisierung des jüdischen Staates Israel, der als einzige wirkliche Demokratie in der gesamten, nahezu sämtlich aus islamischen „failed states“ bestehenden Region eine Heimstatt für alle Juden und ein Bollwerk gegen den täglichen islamischen Terror geworden ist.

Zusammen mit Israel begehen wir in den folgenden Mai-Tagen mit dem Jom HaShoah, dem Jom HaZikaron und dem Jom HaAztma'ut drei wichtige Feiertage, die an den Leidensweg des jüdischen Volkes aber auch an die Wiedergeburt des jüdischen Staates Israel auf seinem historisch legitimierten Gebiet erinnern.

Allen alten und neuen Pharaonen, dem islamischen Terror und allen übrigen Feinden der Juden zum Trotz – das demokratische Israel hat sich seit seiner Neugründung prächtig zu einem Ort der Stabilität und des Wohlstandes entwickelt und wird auch in Zukunft ein sicherer Zufluchtsort für alle Juden bleiben.

In diesem Sinne wünschen wir dem Staat Israel, seiner lebensbejahenden, jungen demokratischen Gesellschaft, dem gesamten jüdischen Volk, Ihnen und uns allen alles erdenklich Gute.

Am Israel Chail

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Von Monty Aviel Ott

Es ist nicht lange her, da haben wir uns eine Woche lang vom „Brot der Armut“ ernährt. Das trockene Gebäck braucht so einigen Erfindungsreichtum, um wirklich genießbar zu werden. Doch verbergen die staubtrockenen Mazzeblättchen, wie auch andere symbolische Handlungen in jüdischen Ritualen, eine tiefgründige Bedeutung: „Wir waren Sklaven in Ägypten“. Pessach ist das Fest der Befreiung an welchem wir uns zweierlei bewusst machen sollten: einerseits, welche Freiheit wir heute genießen und andererseits, von was wir uns heute noch versklaven lassen.

Doch eine knappe Woche nach dem Ende von Pessach, liegt ein säkularer Tag der Befreiung vor uns. Und mit dem 71. Jahrestag dieser Befreiung wird es mal wieder Zeit für eine Bestandsaufnahme. Auch an diesem Tag sind wir von einem Übel befreit worden. Ein Übel, das keinen Vergleich kennt. Ein Unheil, das in seiner Monstrosität singular in der Geschichte des Menschen ist. Der 8. (bzw. im russischsprachigen Raum der 9.) Mai markiert das Datum der Erlösung vom Nationalsozialismus, der Erlösung von den Mordfabriken, die unter anderem die Namen Auschwitz, Sobibor und Treblinka trugen.

Doch was meint eigentlich Erlösung bzw. Befreiung in diesem Zusammenhang? Wer ist befreit worden vom Nationalsozialismus? Und welche Lehren wurden daraus gezogen? Der Frankfurter Sozialpsychologe und Mitbegründer der sogenannten „Frankfurter Schule“ Theodor W. Adorno konstatierte in seinem Essay „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“: „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.“ Adornos Forderung aus den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts hätte zur Leitmaxime der jüngeren bundesrepublikanischen Gesellschaft werden sollen. Doch weder der Fakt des industriellen Mordes, noch sein Ausmaß besiegelten das Ende des Antisemitismus. Es wurde fast das komplette europäische Judentum ausgerottet und dennoch scheint die Vergangenheit in Deutschland „höchst lebendig“. Adorno stellte sich die Frage, „ob bloß als Gespenst dessen, was so monströs war, daß es am eigenen Tode noch nicht starb, oder ob es gar nicht erst zum Tode kam“. Wie lebendig der Antisemitismus weiterhin ist, wird einem bewusst, wenn man die Anschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und die Botschaft des Staates Israel liest, wie Monika Schwarz-Friesel es auf wissenschaftlicher Basis getan hat.

Auch in Teilen der deutschen Gesellschaft leben antisemitische Vernichtungswünsche fort. Diese äußerten sich sehr offen während militärischer Konflikte im Nahen Osten oder während der Beschneidungsdebatte im Jahr 2012. Zuletzt zeigte sich die Fratze des antisemitischen Hasses auf deutschen Straßen während der Auseinandersetzung zwischen den israelischen Verteidigungskräften und der Hamas im Jahr 2014. Hier gab es die Querfront zwischen Kräften, die im politischen Spektrum links und rechts angesiedelt werden, jedoch mit unterschiedlichem Wortlaut, aber denselben Stereotypen gegen den Judenstaat mobil machten.

„Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, hätte auch eine „Stürmer“-Überschrift lauten können. So manch einer, der gerade diese Zeilen liest, wird wahrscheinlich die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, oder er wird die Seite mit meinen Worten herausreißen und wegwerfen. Alles Paranoia, alles übertrieben! Doch frage ich mich, wie übertrieben kann die Angst vor den antisemitischen Vernichtungswünschen sein, hinsichtlich der Mordanschläge, die in den letzten 24 Monaten auf Juden in Europa abzielten?

Der Wert der Befreiung

Vor 71 Jahren endete der Zweite Weltkrieg



71 Jahre danach ist der Antisemitismus noch immer nicht besiegt.

Wer hier von Übertreibung redet, der vergisst, dass jüdische Gemeinden Hochsicherheitstrakten gleichen. In meiner Gemeinde werden wir beim Beten durch kugelsicheres Glas geschützt. Übertrieben ist nicht das jüdische Sicherheitsbedürfnis, sondern der Hass der Antisemiten. Und das auch in Deutschland nach 1945.

Trotz des offensiven Auftritts antisemitischer Auswüchse im Jahr 2014, muss konstatiert werden, dass die bekennenden Antisemiten weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden sind. Da, wo es vor 1945 noch Antisemitenvereine gegeben hatte, wird der plumpe Neonazi-Antisemitismus

man noch ganz offen, dass „die Juden“ die Weltbrandstifter seien. Israel wird in dieser Projektion also zum „kollektiven Juden“, zum „Juden unter den Staaten“ und all das nur, weil man „uns nie verzeihen (wird), daß wir uns nicht haben erschlagen oder ein bißchen vergasen lassen“ (Zwi Rex).

Franz Joseph Strauß sagte: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.“ Während die Vergangenheit immer weiter derealisiert wurde, schloss man den „großen Frieden mit den Tätern“, was der Publizist Ralph Giordano als die „zweite

entführer, die bei der Entführung der Air-France-Maschine im Juli 1976 nach Entebbe Schützenhilfe leisteten. Die deutschen Terroristen waren es auch, die an Bord die Selektion jüdischer Passagiere vornahmen. Hierbei kam es dann zu einer nennenswerten Begebenheit: „Als ein Holocaustüberlebender Böse (Anm.: einer der beiden Terroristen) dabei seine eintätowierte Häftlingsnummer zeigte und ihn so an die Selektion in den Konzentrationslagern erinnerte, erwiderte Böse auf den darin implizierten Vorwurf, er sei kein Nazi, sondern Idealist.“

Zuvor hatten Gruppierungen deutscher Terroristen bereits Anschläge auf das jüdische Gemeindezentrum in Berlin und das jüdische Altenheim in München verübt. Das Weltbild, das diese Gruppierungen vertraten, ist bis heute in einem Teil der „Linken“ aktiv. Es ist eben jener Teil linker politischer Gruppierungen, die immer noch in Israel das absolut Böse sehen und versuchen durch Täter-Opfer-Umkehr ihr Gewissen zu beruhigen. Sie leben im Wiederholungszwang, frei nach dem Motto „die Geschichte beweist, dass der Mensch nichts aus der Geschichte lernt“. Der Status Quo ist, dass die Angst jüdischer Gemeinden nicht nur in Bezug auf faschistische Gruppierungen und pseudo-demokratische Parteien besteht, sondern dass sich Antisemitismus 71 Jahre nach der Befreiung quer durch die Gesellschaft bewegt.

Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene gibt es weiterhin viele progressive und emanzipative Kräfte, die sich dem Kampf gegen Judenhass widmen. Auch im Alltagsleben kommt es immer wieder zu positiven Begegnungen. Doch muss man sich als Jude in Deutschland die Frage stellen, kann ich selbst, oder können meine Kinder (sobald/sofern ich welche habe, ihr) mein Judentum öffentlich leben, ohne Repression zu fürchten? Wir begehen den Tag der Befreiung, doch die Wahrheit ist, dass wir nicht endgültig von dem befreit wurden, was vor 71 Jahren so unsägliches Leid über Europa gebracht hat. Die Feinde der Juden befinden sich weiterhin auf dem Angesicht der Erde und einige greifen nach atomaren Waffen. Die logische Konsequenz, die gelebte Verantwortung nach der Schoah, nach dem Zweiten Weltkrieg, sollte also heißen: „Nie wieder Auschwitz“. Wie diese Grundmaxime in die Tagespolitik übersetzt werden kann, sollte am besten am Beispiel der Atomverhandlungen mit dem Iran gezeigt werden.

„Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar.“

weitgehend, das heißt in immer wiederkehrenden Beschwörungsformeln, geächtet. Aber wie Jean Amery bereits 1969 feststellte, „der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar.“ Dabei spielt Amery darauf an, dass es heute als politisch korrekt gilt, wo antisemitische Ressentiments qua Umwegkommunikation als „Kritik am Kapitalismus“ oder „freundschaftlicher Ratschlag an Israel“ geäußert werden.

Die Ironie ist, dass das Kriegsende, also die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten, eine neue Form (anderes Äußeres, gleiche Substanz) des Antisemitismus begründete. Die sog. „unauflösbare Verbindung“ (Bundespräsident Joachim Gauck) zwischen Deutschland und Israel wird dabei immer wieder belegt mit Schuldabwehr und Projektionen. Und hierbei wird die politische Einordnung von „rechts“ und „links“ rissig, denn der antizionistische Antisemitismus ist, contraire zu manchen Faschismustheorien der 60er Jahre, kein dezidiert „rechtes“ Phänomen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die negativen Eigenschaften bzw. das „Gerücht über die Juden“ (Adorno) wird mit der Staatsgründung Israels (die auch in diesem Monat wieder zelebriert wird), auf den Judenstaat übertragen. So erkannte das „gute Gewissen der Bundesrepublik“ in personae in Israel eine Bedrohung für den Weltfrieden. 100 Jahre zuvor sagte

Schuld“ beschrieb. Victor Klemperer, dessen detaillierte Tagebücher der Jahre der nationalsozialistischen Diktatur jedem Historiker ein Begriff sind, erklärte bereits 1945, dass das „3. Reich (...) schon so gut wie vergessen (ist), jeder ist sein Feind gewesen, immer‘ gewesen“. Doch das Fortleben des Nationalsozialismus spiegelte sich nicht nur in dieser Massenpsychose wieder, sondern auch in dem zunehmenden Wahlerfolg rechtsradikaler Parteien und eines sich als links begreifenden Israelhasses.

Bezüglich des Letzteren berichtet der bereits angeführte Theodor W. Adorno von einer Situation aus der Frankfurter Uni. Der jüdische Studentenverband hatte den israelischen Botschafter eingeladen, um über die Situation im Nahen Osten zu referieren. Asher Ben-Natan, der einst mit seiner Familie vor der nationalsozialistischen Verfolgung aus Deutschland geflohen war, wurde von einer Allianz aus rechtsradikalen, linksradikalen und „palästinensischen“ Studenten niedergebrüllt. Adorno schreibt an einen Freund: „Du müßtest nur einmal in die manisch erstarrten Augen derer sehen, die, womöglich unter Berufung auf uns selbst, ihre Wut gegen uns kehren.“ Unter ihnen waren auch eben jene Studenten, die sich unter anderem in „palästinensischen“ Terrorlagern ausbilden ließen, um später in Deutschland Attentate auf Prominenz aus Politik und Wirtschaft auszuführen. Unter jenen, die sich ausbilden ließen, waren auch zwei Flugzeug-

Was Ihnen das ZDF nicht erzählt

Die „beste Lehrerin der Welt“, die mit einem Terroristen verheiratet ist

Von Alexander Gruber

Vor wenigen Wochen erhielt die „palästinensische“ Lehrerin Hanan Al-Hroub den von der Varkey-Stiftung ausgelobten Preis als „beste Lehrerin der Welt“. Verliehen wurde ihr diese Auszeichnung, weil sie sich mit ihren pädagogischen Methoden für Dialog statt für Gewalt einsetze und „sich gegen Zwangsmethoden im Unterricht aus[spricht], die gerade im Umfeld des Nahostkonflikts Traumata bei den Kindern verstärken können“, wie die Presse in ihrem Bericht zur Preisverleihung schrieb. Die Arbeit Al-Hroubs und die Anerkennung, die diese durch die international zur Kenntnis genommene Auszeichnung erhielt, wusste denn auch der „Palestine Chronicle“ zu schätzen, der – ganz der Gewaltfreiheit verpflichtet – folgende Zeilen über die Preisträgerin zu Papier brachte:

„Sie bekam den 1-Million-Dollar-Preis bei einer Zeremonie in Dubai überreicht. In dieser stand sie groß und stolz da wie ein vielgeliebter palästinensischer Olivenbaum, dessen Wurzeln tief in der Erde des Heimatlandes verankert sind, ertränkt vom Blut seiner Märtyrer.“

Nun kann man Al-Hroub schwerlich vorwerfen, mit welchen Worten in „palästinensischen“ Zeitungen über sie berichtet wird, doch erfährt man in dem in Rede stehenden Artikel einige Details aus der Biographie der Lehrerin, die nicht so bruchlos zu den Jubelbeiträgen passen wollen, die auch in westlichen Medien über sie verfasst wurden. In einem dieser Beiträge stellte etwa die ZDF-Nachrichtensendung „heute plus“ Al-Hroub als Opfer israelischer Gewalt dar, die auf das ihr Widerfahrene allerdings nicht mit Hass, sondern mit Gewaltlosigkeit und Friedensarbeit geantwortet habe:

„[Hanans] Schüler erleben häufig Gewalt, so wie Hanans eigene Kinder einst – Gewalt zwischen Palästinensern und Israelis: ‚Meine Kinder haben gesehen,

wie ihr Vater und ihre Tante an einem Checkpoint angeschossen und schwer verletzt wurden. Das war für sie traumatisch.“

Mit keinem Wort erfährt man in dem ZDF-Bericht jedoch, wer der Mann Al-Hroubs ist, der da scheinbar gänzlich unbeteiligt in eine bloß abstrakt als „Gewalt zwischen Palästinensern und Israelis“ bezeichnete Militärkontrolle geraten ist. Die deutschen Reporter schienen es wohl nicht so genau wissen zu wollen, jedenfalls fragten sie nicht nach. Der „Palestine Chronicle“ dagegen kannte solche Skrupel nicht, weswegen man in seinem Artikel auch erfährt, mit wem die „beste Lehrerin der Welt“ verheiratet ist:

„[Hanan] heiratete einen palästinensischen Freiheitskämpfer, Omar Al-Hroub, der an einer der wagemutigsten Guerillaoperationen in den besetzten Gebieten teilgenommen hat – der Dabboya-Operation in Hebron im Mai 1980. ... Dreizehn Siedler, inklusive ihres Militärführers in Hebron, wurden getötet, und dutzende wurden verletzt. Monate nach der Operation wurden die Guerillakämpfer gefasst,



Hanan Al-Hroub drückt bei der gewalttätigen Vergangenheit ihres Mannes beide Augen zu.

6 Menschen sterben bei der Daboyya-Operation

Omar wurde inhaftiert und verbracht viele Jahre in israelischen Gefängnissen, bevor er entlassen wurde. Dies war auch die Zeit, als er seine Lebenspartnerin traf und heiratete, die zur besten Lehrerin der Welt werden sollte.“

Der damalige israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Yehuda Blum, beschrieb in einem Brief an den UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim die „Daboyya-Operation“: Diese war ein bewaffneter Überfall auf jüdische Gläubige, die sich auf dem Rückweg von ihrem Schabbat-Gottesdienst beim Grab des Patriarchen in Hebron befanden. Der Attacke, die mit Gewehren und Handgranaten ausgeführt

wurde und zu der sich Jassir Arafats Fatah bekannte, fielen sechs Menschen zum Opfer, 16 wurden dabei verletzt, darunter Frauen und Kinder. Hanan Al-Hroubs späterer Ehemann wurde für die Beteiligung an diesem Überfall verurteilt und verbüßte mehrere Jahre in israelischen Gefängnissen, bevor er im Zuge eines Gefangenaustauschs freikam.

Insofern wäre es durchaus interessant gewesen zu erfahren, wie die für ihre gewaltfreie Pädagogik ausgezeichnete Lehrerin über diesen Lebensabschnitt ihres Mannes denkt. Distanziert sie sich davon und verurteilt, was er getan hat? Oder geht die Gewalt, als deren Opfer Al-Hroub in

dem ZDF-Bericht präsentiert wurde, für sie bloß von jenen israelischen Checkpoints aus, die genau zur Verhinderung solcher Attentate bestehen, wie ihr Mann eines begangen hat? Nicht zuletzt daran ließ sich ja auch beurteilen, wie ernst es ihr mit der friedlichen Erziehung wirklich ist – und damit die Frage beantworten, ob der „Palestine Chronicle“ ihr in seiner Charakterisierung Unrecht tat oder nicht.

Den ZDF-Zusehern konnten solche Fragen allerdings gar nicht kommen, erfuhren sie doch kein einziges Wort über den (familiären) Hintergrund der Ausgezeichneten. Anstatt die Preisträgerin, die doch für ihre Ablehnung von Gewalt mit dem Titel „beste Lehrerin der Welt“ bedacht wurde, nach dem von ihrem Mann mitbegangenen Anschlag zu befragen, zog das ZDF es vor, den verurteilten Terroristen als Opfer israelischer Gewalt zu präsentieren.

72 Millionen Pfund aus England an die „Palästinenser“ – pro Jahr

Britische Steuerzahler zahlen Millionen an „palästinensische“ Terroristen

Von Gideon Raffa

Laut der Zeitung „Daily Mail“ bezahlen die englischen Steuerzahler indirekt palästinensische Terroristen und fördern damit weitere Anschläge auf Israelis.

Tausende „palästinensischer“ Terroristen, darunter die Drahtzieher von Selbstmordattentaten und die Mörder von Frauen und Kindern, erhalten Unterstützungsgelder vom Vereinigten Königreich, wie die „Daily Mail“ kürzlich bekannt gab.

Eine zweimonatige globale Recherche des britischen Printmediums hat aufgedeckt, dass in Judäa, Samarien und Gaza „trotz der Versprechen der regierenden Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die bisherige Praxis, Hilfgelder an überzeugte Terroristen zu zahlen, zu beenden, ... [sie] den Westen betrogen haben, indem sie schlicht und einfach der PLO erlaubt haben, an ihrer Stelle die Gelder auszugeben.“

Dem Bericht zufolge zahlt Großbritannien jährlich 72 Millionen Pfund (101 Millionen Dollar) an die Palästinenser. „Mehr als ein Drittel davon geht direkt an die PA“, die „offen zugibt, Terroristen zu unterstützen, die sie als Helden feiert, weil sie gegen die illegale Besetzung

kämpfen, und die lebenslange Zahlungen vergibt, deren Höhe je nach der im Gefängnis verbrachten Zeit und der Schwere ihrer Verbrechen steigen.“ heißt es in der „Daily Mail“.

Ein Beispiel ist der Bombenleger der Hamas, Abdallah Barghouti, der 67 mal zu lebenslanger Haft verurteilt wurde: er hat insgesamt 106.000 Pfund (150.000 Dollar) erhalten. Aus britischen Geldmitteln werden auch „Gehälter“ an die Familien von Selbstmordattentätern gezahlt, ebenso an „Teenager, die an der jüngsten Eskalation tödlicher Anschläge gegen Israel beteiligt waren“.

Das britische Ministerium für Internationale Entwicklung (Department for International Development, DFID) und die Europäische Union (EU) „unterstützen diese Zahlungen an Tausende von Terroristen nach wie vor effektiv – trotz ihrer Behauptungen, sie hätten diese Verbindungen schon vor zwei Jahren beendet“, stellt die „Daily Mail“ weiter fest. Dies sei „von ehemaligen Häftlingen und Familien, die das Geld erhalten haben sowie in offiziellen Stellungnahmen der PA“ bestätigt worden.

a Außerdem sei ein Teil des von Großbritannien erhaltenen Geldes vom Führer

der PA, Machmud Abbas, – 8 Millionen Pfund (11,31 Millionen Dollar) – für den Bau eines Palasts in Ramallah verwendet worden.

Der Bericht enthielt auch ein Interview mit Achmad Musa, einem zu lebenslanger Haft verurteilten „palästinensischen“ Doppelmörder, der als Geste Israels im Rahmen der Fortführung des „Friedensprozesses“ nach fünf Jahren Haft aus einem israelischen Gefängnis freigelassen wurde. Er erhält jeden Monat 605 Pfund (855 Dollar). Andere Täter wie er erhalten wesentlich höhere Beträge und wenn sie sterben, wird das Geld weiter an ihre Familien gezahlt. Das Geld für diese Zahlungen stammt aus den Taschen der britischen und europäischen Steuerzahler.

Amjad Awad, der 2011 Ehud und Ruth Fogel samt ihren drei Kindern ermordete, erhielt bislang geschätzte 16.000 Pfund (22.600 Dollar) aus dem Fonds.

Amr Nasser, Berater des Ministers für soziale Angelegenheiten, sagte der „Daily Mail“ gegenüber: „Es ist kein Verbrechen, gegen die Besetzung zu kämpfen. Diese Leute sind Helden. Selbst wenn wir ihnen noch viel mehr Geld zahlen würden, wäre das noch nicht genug.“ Nasser fügte hin-

zu, wenn „Palästina“ die Unabhängigkeit erlangen sollte, würde die Regierung des Landes aufgrund der historischen Rolle Großbritanniens bei der Förderung des Zionismus Reparationszahlungen von den Briten fordern. „Ihr solltet noch viel mehr Geld an uns zahlen“, sagte er.

Im Februar schrieb das britische Parlamentsmitglied Joan Ryan einen Brief an Premierminister Cameron, in dem sie feststellte, dass es nicht angehen könne, dass das Geld der britischen Steuerzahler benutzt wird, um der PA einen „Blankoscheck“ auszustellen und dass sie Rechenschaftspflicht über den Verwendungszweck der Gelder fordert, und zwar durch eine unabhängige Überprüfung der Finanzhilfen.

Ryan, die Vorsitzende der „Labour Friends of Israel“, sagte, sie sei „bestürzt“ darüber, dass die PA in ihren Schulen Terroristen glorifiziert und der offizielle Fernsehsender der PA Antisemitismus propagiert. Ryan erklärte, in einer partiübergreifenden Untersuchung könne festgelegt werden, für welche Zwecke die Gelder verwendet werden.

(Mit freundlicher Genehmigung von Redaktion Audiatur)

Wie stehen die britischen Juden zum Brexit?

Europas zweitgrößte Gemeinde in der britischen Parteienlandschaft

Von Marius Bischoff

Als der britische Premierminister David Cameron (Conservative and Unionist Party) am 23. Januar verlauten ließ, dass es zu einer Abstimmung über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens, dem so genannten Brexit, am 23. Juni 2016 kommen wird, löste dies vor allem innerhalb der Europäischen Union heftige Kritik aus. Seitdem sind vor allem die Wirtschaft und die Menschen ausländischer Herkunft in Großbritannien verunsichert.

Offiziell setzt sich Cameron für einen Verbleib in einer „flexibleren, anpassungsfähigeren und offeneren“ EU ein. Nach Ansicht des Premiers wird es dazu kommen, dass Großbritannien aus der Europäischen Union driften wird, sollte es nicht zu grundlegenden Veränderungen und tiefgreifenden Reformen innerhalb der Staatengemeinschaft kommen. Auch in der britisch-jüdischen Gemeinde hat sich eine Debatte um einen möglichen Brexit entfacht.

Wer sind die britischen Juden?

Mit 300.000 Mitgliedern stellt Großbritannien die zweitgrößte jüdische Gemeinschaft in Europa nach Frankreich mit seinen 600.000 Juden dar. Zwei Drittel aller Juden lebt im Großraum London, besonders im Norden der Stadt, sowie im Ballungsraum Manchester. Laut des britischen Zensus aus dem Jahr 2011 haben britische Juden im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau und Qualifikationen im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung: Mit einer 80-prozentigen Wahrscheinlichkeit haben sie „eine höhere akademische Ausbildung“.

Wo stehen die britischen Juden politisch?

Gemäß einer Umfrage des „Jewish Chronicle“ von Anfang 2015 neigen britische Juden dazu, politisch eher konservativ zu sein. Es ist deutlich erkennbar, dass von den befragten britischen Juden 69 % für die Conservative and Unionist Party stimmen, während nur 22 % für die linke Labour-Partei stimmen würden. Es gab wenig jüdische Unterstützung für die UK Independence Party (UKIP) um Nigel Farage oder die Liberaldemokraten mit nur jeweils um die 2 %. Dies steht im signifikanten Gegensatz zum Rest der wahlberechtigten britischen Bevölkerung, bei der nach einer BBC-Umfrage Conservative und Labour jeweils etwa ein Drittel der Stimmen auf sich vereinen konnten.

Juden sind in der Regel Teil der britischen Mittelklasse, die traditionell eher Heimat der Conservative and Unionist Party gewesen sind, wohingegen die Anzahl der Juden in der Arbeiterschicht, vor allem in London, in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Zurzeit wählt der Hauptwählerblock der ärmeren Juden in Großbritannien – in erster Linie Ultraorthodoxe – en masse die konservative Partei Camerons. Es ist wichtig zu beachten, dass die Einstellung gegenüber Israel bei 75 Prozent der britischen Juden eine durchaus wichtige Rolle spielt. Laut dem „Jewish Chronicle“ genießt Cameron in erheblichen Maße Unterstützung innerhalb der jüdischen Gemeinde: 64 Prozent der Befragten gaben in der Umfrage

an, dass Cameron die beste Haltung gegenüber dem britischen Judentum vertritt.

Wie haben sich die britisch-jüdischen Organisationen positioniert?

Der Vorsitzende der britischen jüdischen Gemeinde, Jonathan Arkush, Präsident des Board of Deputies der britischen Juden, sagt, seine Organisation habe „nicht die Absicht, eine Position zu der aktuellen Debatte um einen britische Ausstieg aus der Europäischen Union zu beziehen. Dieses sei ein Thema, welches keine klaren Auswirkungen auf die jüdische Gemeinschaft oder Israel habe.“

In „The Jewish News“ gab er zu bedenken: „Es ist wahr, dass die europäischen Institutionen in der Vergangenheit Themen diskutiert haben, wie die Kennzeichnung von koscherem Fleisch, Brit Mila (männliche Beschneidung) und Israel. Wer allerdings kann schon sagen, dass in einem künftigen unabhängigen Westminster nicht etwas ebenso negatives vorkommen kann?“

Er fügte hinzu: „Die Direktoren des Board of Deputies planen in naher Zukunft eine Debatte über einen britischen Austritt zu halten, um diese Probleme zu erörtern.“

Nachgefragt

Der britisch-jüdische Historiker Geoffrey Alderman sprach sich klar für einen Brexit aus. Alderman kritisiert vor allem Premierminister Cameron und dessen Konzept von „geteilter Souveränität“. Für Alderman bedeutet dies, dass Großbritannien bereits „zu viel seiner eigenen Souveränität verloren hat“. Einige Juden, so Alderman, seien sicherlich besorgt, dass ein Brexit schlechte wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen würde. „Als religiöser Jude bete ich für das Wohl der Nation. Und aus diesem Grunde werde ich für den Brexit am 23. Juni stimmen,“ lautet das Credo des orthodoxen Historikers, der an der Universität Oxford forscht.

Innerhalb der jüdischen Studentenvereinigungen kommen unterschiedliche Stimmen zu Wort. Laut Daniel Jacobson (Name geändert), Student und Mitglied der Jüdischen Studentenvereinigung der Universität Oxford, steht das Ergebnis noch nicht so klar fest: „Ich denke, dass das allgemeine Wahlverhalten angelsächsischer Juden das der meisten Briten widerspiegeln wird. Die meisten werden für einen Verbleib innerhalb der EU stimmen aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten, die ein Austritt mich sich bringen könnte.“

Halfon, Minister ohne Portfolio im britischen Kabinett, sagte, er habe Angst als Brite und als Jude und denke er im Angesicht der Weltereignisse kontinuierlich an die „immer weiter zunehmende Bedrohungen unserer Sicherheit in Großbritannien, der weiterhin existenziellen Bedrohung Israels, und ob die Welt stark genug sein wird, um den extremistischen Islam zu bekämpfen.“ Halfon wird für einen Verbleib innerhalb der „fehlerhaften Europäischen Union“ stimmen.

Laut Jacobson wird jedoch eine große Minderheit der britischen Juden



Der britisch-jüdische Minister Robert Halfon, Abgeordneter der Conservative Party.

wohl für einen Austritt stimmen, weil sie die EU als eine Institution wahrnehmen, die Israel feindlich gesinnt ist und eine Masseneinwanderung von Menschen aus dem Nahen Osten ermöglicht, die mit „virulent antisemitischen Ansichten“ assoziiert werden. Persönlich ist Jacobson noch nicht ganz sicher, aber er sagt, dass er wahrscheinlich für einem Brexit stimmen wird, da das Vereinigte Königreich weltweit „in einer besseren Position stünde, wenn es von einigen sehr restriktiven Verträge zu Handel, Außenpolitik und Grenzkontrolle befreit wäre.“ Doch seine Familie, die sich selbst als orthodox bezeichnet, ist gespalten. Sein Vater ist für einen Verbleib innerhalb der EU und besorgt über die möglichen negativen wirtschaftlichen Folgen, die ein Austritt des Vereinigten Königreichs für den Handel und die

Mitarbeiter aus EU-Ländern nach sich ziehen würde. Seine Mutter bleibt unentschlossen.

Obwohl die britischen Juden tendenziell die Conservative and Unionist Party von Premierminister David Cameron unterstützen, spiegelt die Zerrissenheit dieser Partei auch die Einstellung der britischen Juden im Vereinigten Königreich wieder. Es gibt zahlreiche Befürworter und Gegner eines möglichen Austritts aus der Europäischen Union innerhalb der konservativen Partei. Die Board of Deputies der britischen Juden, vergleichbar mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, hat eher eine neutrale Position zu dem Thema.

Es bleibt also weiterhin spannend, wie die Juden Großbritanniens sich am Tag der Abstimmung am 23. Juni positionieren werden.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Noch sind es nur Flughäfen und Konzertsäle - bald Uran und Plutonium?

Der islamische Terrorismus ist die Hauptursache der Flüchtlingswelle

Von Michael Guttman

Der globale islamische Terrorismus ist die Hauptursache für die Flüchtlinge, die Europa überziehen. Ihn zu bekämpfen, ist die einzige reale Chance, die Flüchtlingsströme zu stoppen. Dieser Kampf ist eine internationale Aufgabe. Die Scheu davor ist verständlich. Seit Jahren blieb dieser Kampf ohne nachhaltige Erfolge. Nichts tun oder Fluchtsymptomen nachjagen ist noch schlimmer, denn der Terror rückt näher und die Flüchtlinge werden immer mehr. Im folgendem sollen die Ausweglosigkeit der Flüchtlingspolitik und die Chancen der Terrorbekämpfung näher betrachtet werden.

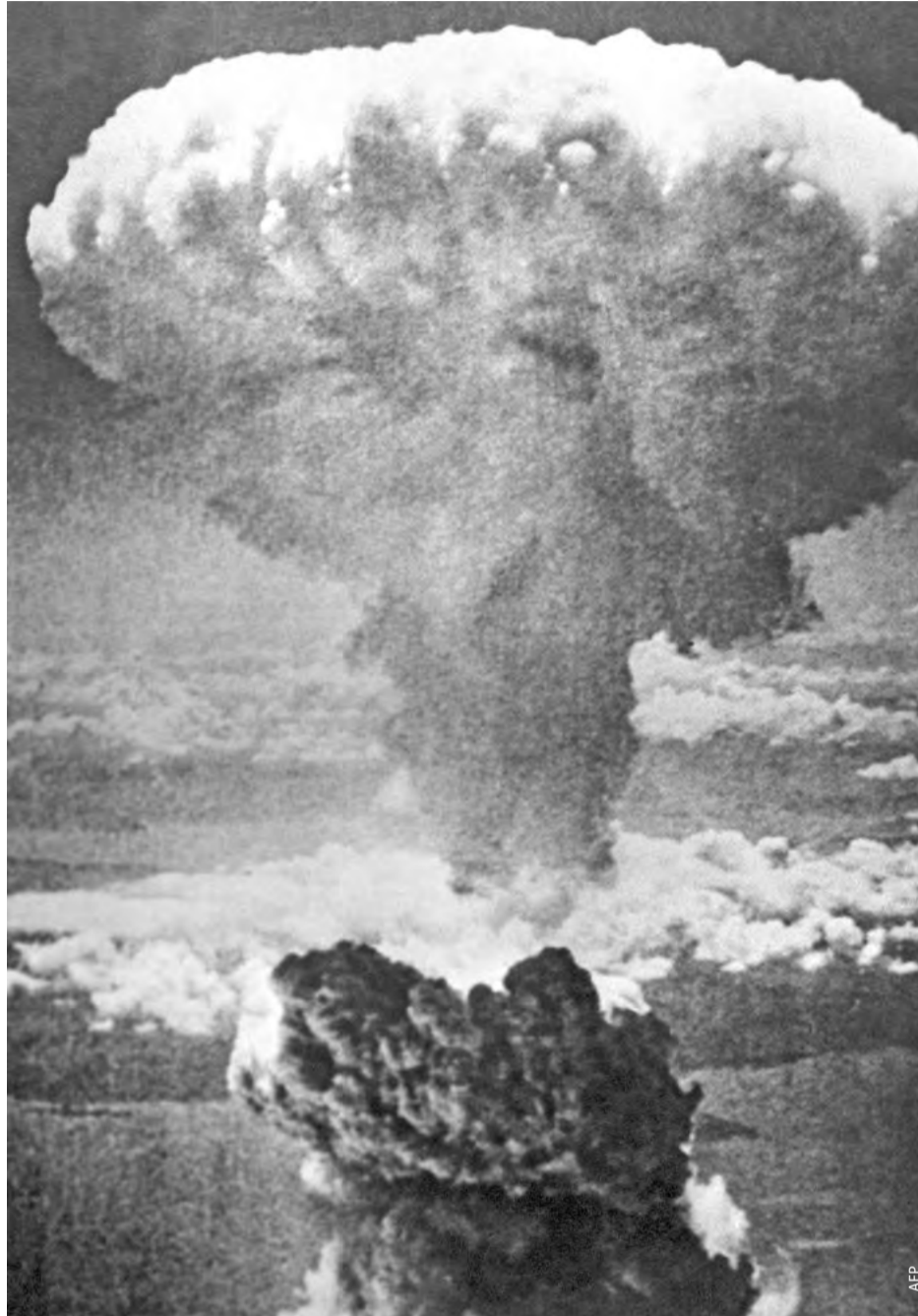
Fluchtursachen und Fluchtsymptome

Eine Flüchtlingsdebatte erregt die Gemüter in Europa. Linke, Rechte, Humanisten, Populisten, Militante, Regierungen, Parlamentarier und Oppositionelle erhitzen sich an den Flüchtlingsfragen, ohne die Probleme zu lösen. Es ist eine fatale politische Fehlorientierung eingetreten, sich auf Fluchtsymptome statt auf Fluchtursachen zu konzentrieren. Erfolge werden weder die Verfechter von Obergrenzen und Zäunen noch die Vertreter der Parole „Wir schaffen das!“ haben. Beide narren die Bevölkerung, deren Sorgen sie nichts entgegenzusetzen haben. Sie könnten ebenso verkünden, dass sie die Verhinderung des Sonnenuntergangs schaffen.

Was wurde alles schon debattiert? Obergrenzen, Kontingente, Einwanderungsgesetze, Auffanglager, Stacheldrahtzäune, Abschiebungen und Schleuserbekämpfung. Alles Maßnahmen gegen Symptome, die der Flucht keinen Einhalt geboten haben, sondern die Situation nur verschlimmerten, weil sie nicht an die Wurzeln der Übel gingen. Es bleibt eine Illusion, unsere sozialen Netze durch schärfere Gesetze und Grenzzäune schützen zu können. Die Asylanten erreichen diese Gesetze nicht. Sie scheren sich nicht darum, wenn das Taschengeld gekürzt oder durch Gutscheine ersetzt wird. Der beschwerliche Gang durch die Behörden, Demütigungen, selbst das Abfackeln ihrer Quartiere können Menschen, die dem Terror entkommen sind, das Meer und die Landrouten überlebt haben, nicht abschrecken. Ehe wir uns versahen, war die Balkanroute dicht, das Flüchtlingsproblem zum Flüchtlingsdrama geworden. Die Verursacher der Massenflucht, die Terroristen, spielen in den Debatten kaum eine Rolle. Sie können ungestört ihr Unwesen treiben. Von der EU droht ihnen die wenigste Gefahr.

Asyl oder Integration?

Führend auf dem Irrweg scheint die deutsche Regierung zu sein. Die politischen Auseinandersetzungen haben mittlerweile die Form einer Staatsohnmacht angenommen. Politiker und Wählervolk driften auseinander, weil die gesellschaftliche Zielstellung verworren ist? Bekämpfen wir den Terrorismus oder fetzen wir uns an seinen Folgen? Haben wir eine humanitäre Aufgabe vor uns, den Flüchtlingen ein gesichertes Asyl zu gewähren oder wollen wir sie auf Dauer als deutsche Staatsbürger integrieren? Käthe Stutzig und Oskar Sorge runzeln die Stirn. Umgekehrt. Versteht die Kanzlerin das Volk noch? Nie waren ihre Antworten so widersprüchlich und



Ein atomarer Terroranschlag ist noch unvorstellbar... – Selbstmord-Angriffe mit Flugzeugen waren es auch mal!

realitätsfremd wie in ihren letzten Interviews: „Keine nationale Obergrenze für Flüchtlinge, gleichgültig was in Syrien passiert oder wie die Situation in den Ländern um uns herum ist.“, andererseits „Flüchtlinge reduzieren, damit auf Integration genügend Wert gelegt werden kann.“

Nach dieser Logik ist Integration für Flüchtlinge sogar kontraproduktiv, weil Reduzierung Abschiebung bedeutet. Ihre Formulierung: „Menschenrecht

die Rede, obwohl für jeden spürbar ist, dass sie es in grundverschiedene Kontexte stellen. Da stimmt doch was nicht! Zurzeit wird an einen Integrations-Masterplan gearbeitet. Was wir alles schon für Integrationsgebilde hatten: Integrationsräte, Integrationsbeauftragte, Integrationskonferenzen mehrerer Bundesinnenminister, Integrationsplan des Bundeskanzlers. Kurz, eine ganze Integrationswirtschaft, die viel Geld kostete und deren Resultate niemanden im Lan-

„ Was wurde alles schon debattiert? Obergrenzen, Kontingente, Einwanderungsgesetze, Auffanglager, Stacheldrahtzäune, Abschiebungen und Schleuserbekämpfung. Alles Maßnahmen gegen Symptome, die der Flucht keinen Einhalt geboten haben. “

kennt keine Obergrenzen“, stellt die Kanzlerin damit selbst in Frage. „Geschlossene Haltung der EU“ setzt Verständigung über Kontingentierung voraus. Ist das kein Limes? Wer soll diesen Wirrwarr noch verstehen?

Mit Ausnahme der militanten Populisten ist in allen Parteien, von den Linken bis zur CSU, ständig von Integration

de auch nur halbwegs befriedigten. Es ist eine unreale Zielstellung, für die der Kanzlerin zudem die erforderliche Legitimation fehlt. Jetzt will die Bundesregierung bis Ende Mai die Integration von Flüchtlingen in die deutsche Gesellschaft mit einem eigenen Gesetz regeln. Die Eckpunkte stehen schon. Das Motto heißt fördern und fordern. Die Verfah-

rensweise, wie solche grundlegenden Gesetze durchgepeitscht werden, erinnert in fataler Weise an die Gesetze des Dritten Reiches. Die Bevölkerung ist mit Beifallsbekundungen beteiligt.

Dumm wird es, wenn Frau Merkel von „wachsender Verantwortung etwas gegen die Ursachen der Flucht zu tun“ spricht. Sie meint damit nicht Terrorbekämpfung sondern „humanitäre Hilfe, damit die Menschen wieder eine Bleibeperspektive in ihren Herkunftsländern haben“. Will sie mehr Humanität mit dem IS oder den Despotenstaaten aushandeln?

Seit Neuesten spricht sie von Antiterrormaßnahmen. So soll der Kauf von Prepaid-Karten für Handys nur gegen Vorlage eines Ausweises möglich sei. In der Tat ein wirksamer Schlag gegen Terroristen: Sie lachen sich tot.

Wie hilflos die Politiker dem Terrorismus gegenüber stehen, zeigt der jüngste Anschlag. Offensichtlich hatte Belgien vor lauter Flüchtlingsproblemen die Terrorgefahr aus den Augen verloren, wofür es reichlich Kritik gegeben hat. Als sichtbar wurde, dass die Terroristen mit einem Anschlag auf das Brüsseler Terminal einen empfindlichen Nerv der zivilen Luftfahrt trafen, war die Reaktion darauf verblüffend. Europaweit wurde spekuliert über eine neue unendlich teure Sicherheitsarchitektur für das zivile Flugwesen. Auf die reale, wesentlich billigere Alternative, dem IS endlich das Handwerk zu legen, ist niemand gekommen. Was wird sein, wenn die Terroristen an Plutonium und angereichertes Uran herankommen?

Die türkische Offerte

Der Deal mit der Türkei ist ein äußerst genialer Einfall der Bundeskanzlerin, um alle Probleme mit wenigen Tricks zu verdrängen: Rücknahme aller Kriegsflüchtlinge und Wirtschaftsmigranten, die illegal nach Griechenland gelangten, im 1:1-Austausch gegen syrische Flüchtlinge aus der Türkei. Ein Massenaustausch vorrangig Syrer gegen Syrer. Massenaustausch ist Massenabschiebung. Die Türkei, die nicht mal die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert hat, scheint dafür gerade noch der geeignete Partner zu sein. Wie die „Glücklichen“, die nicht in die Türkei zurück müssen, auf die EU-Staaten verteilt werden, ist kein Problem der Türkei. Frau Merkel löst das auf neuer Basis: „Freimütige“ Flüchtlingsaufnahme an Stelle von verbindlichen Quoten, an die sich kaum ein EU-Staat bisher hielt, und schwups ist die Geschlossenheit wieder hergestellt. Die sechs Milliarden Euro für die Türkei sind das geringste Problem. Für die Sanierung von Banken sind weit größere Summen geflossen.

Visa-Erleichterungen für Türken in die EU würden jedoch die angespannte Situation noch verstärken. Die EU-Beitrittsverhandlungen zu forcieren, sind unter der Herrschaft von Präsidialsultan Erdogan die größte Zumutung. Die Türkei ein riesiges Flüchtlingscamp für Menschen, die lieber heute als morgen dort raus wollen. Was macht das schon? Es ist weit weg von uns. Verlockend ist, dass der Flüchtlingsstrom in die EU abnehmen könnte. Unsere Kanzlerin hat an alles gedacht. Wirklich? Von Asyl- und Menschenrechten kann nicht mehr die Rede sein, geschweige denn von Integration.

Schon wechselt die Kanzlerin die Begriffe. Aus Asylanten werden „illegale Migranten“, wenn sie nicht zur Aus-

tauschmasse zählen. Sie werden stigmatisiert, weil weder in Syrien noch in der Türkei ein deutsches oder EU-Visabüro zu finden ist und sie gezwungen sind, auf eigene Faust nach Europa überzusetzen. Mit solchen „Asylbetrüger“ können die Behörden kurzen Prozess machen. Sollte es für die Austauschmigranten keine Übereinstimmung zwischen EU und Türkei geben, wird zurückgeschoben. Eine Austausch-Kettenreaktion, wie auf dem Basar. Dieser Austausch stinkt nach Menschenhandel.

Mit dem Türkeiideal hat die Kanzlerin ihre Grundsätze aufgegeben. Dazu zählen geheime Absprachen, was sie bei anderen EU-Staaten verurteilte. Der EU-Ratschef, der eigentliche Unterhändler, wusste nichts vom Berliner Alleingang mit Ankara, bei dem die umstrittenen Zäune von der Balkanroute ein wenig aus Europa verschoben wurden. Genial, wie die Kanzlerin mit stoischer Haltung und hemmungsloser Veränderung der Spielregeln straff durchregierte. Zu Recht wird sie aufgefordert ihre Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik öffentlich einzugestehen.

Der Deal mit der Türkei trifft aber nicht nur Flüchtlinge. Griechenland und sicher auch wieder Italien werden künftig die Hauptlast der veränderten Asylpolitik tragen. Flugverbotszonen und Abschiebung von Flüchtlingen in eine „Sicherheitszone“ in nordsyrischen Kampfgebieten sind allzu offensichtliche Ziele, die sich mehr gegen die Kurden richten. Vergessen ist, dass Erdogans Regime ein Teil dieses Konflikts ist. Ebenso könnte man die Präsenz Irans und Saudi-Arabien in Syrien legalisieren.

Merkels Ansichten sind halt äußerst flexibel. In der Summe ist es eine tückische türkische Offerte eines fragwürdigen politischen Regimes, das sich selbst in einen Bürgerkrieg gegen Minderheiten und Demokraten im eigenen Land befindet. Die Gefahr ist groß, dass dieser Flüchtlingsdeal ein moralisches Desaster für die EU wird. Es ist höchste Zeit, nach einer Alternative für die Flüchtlingspolitik zu suchen.

Ursachenbekämpfung

Zurzeit werden Asyl und Integration vermischt, Migranten und Emigranten in einen Topf gesteckt. Politik und Medien begreifen langsam die Phänomene des Terrors, seine Triebkräfte – die Religionsideologie des Dschihadismus und die asymmetrischen Kampfmethoden. In der Bevölkerung gibt es einen Stimmungswandel. Vorbei ist die Zeit der sorgenfreien Spaßgesellschaft.

Deutschland ist aber für einen Antiterrorkampf schlecht gerüstet, seine Menschen für die Unterstützung einer staatlichen Mobilisierung nicht vorbereitet, weil Toleranz gegenüber den Islam das Vertrauen in die eigenen Werte übersteigt, der Selbsthass zuweilen größer als die moralische Verdammung der Dschihadisten ist.

Lassen wir diejenigen links liegen, die uns seit den 1950er Jahren weismachen, dass der islamische Terrorismus, ausgerechnet in den an Naturschätzen reichen Ländern des Orients und des Maghrebs, eine Folge der Armut sei. Auch heute sei nicht der IS der Feind, sondern diskriminierte Jugendliche aus der eigenen Gesellschaft, die ihren Hass nicht aus dem Kalifat, sondern aus dem Elend daheim beziehen: „Sie sind doch hier geboren. Den Hass, den sie als Terroristen benötigen, gäbe es auch ohne den IS.“

Über die Jahre hinweg sind die Spitzen des „Think Tank“ in Sachen Terror und Naher Osten, wie Perthes, Lüders, Todenhöfer sowie die Kolumnen-



Heute hu, morgen hott: Außenminister Steinmeier

„ Seit neuestem spricht Merkel von Antiterrormaßnahmen. So soll der Kauf von Prepaid-Karten für Handys nur gegen Vorlage eines Ausweises möglich sei. In der Tat ein wirksamer Schlag gegen Terroristen: Sie lachen sich tot. “

gurus Bommarius, Wiedmann und Co. von der „Berliner Zeitung“ resistent wie Ebolaviren und renitent wie störrische Esel geblieben, die den Lesern ihren Ballawatsch unentwegt vortragen, sobald eine Sicherheitsvorkehrung zum Gesetz werden soll oder ein Terroranschlag in Europas Zentren wieder verübt wurde.

In einer Zeit, wo die weltweite Vernetzung des IS immer offensichtlicher wird, wo täglich neue Beweise für die Rekrutierung von Nachwuchs und Finanzierung der Konvertiten auftauchen und die Kampfparole heißt: „Soldaten des Kalifats schlagen die Kreuzfahrstaaten“, ist es absurd und dumm, Molenbeek als ein isoliertes vor sich hinschlummerndes Stadtviertel von Brüssel darzustellen, in dem die Gründe für den islamischen Terror im Elend der westlichen Kriminalität zu suchen sind. Ganz abgesehen davon, sind die Muslime selbst die ersten und häufigsten Opfer des IS und ihrer Netzwerke. Der IS ist zur beispiellosen Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit geworden, der sich weder mit Jugendkriminalität, Mafiamethoden, Drogenkartellen oder mit RAF, Tupamaro u.a. vergleichen lässt.

Die Pflicht zum Handeln

Die größte Herausforderung für die EU ist der islamische Terrorismus und nicht die Flüchtlinge. Während die EU der Kampf mit Symptomen ausfüllt, leisten die USA und Russland, die von Flüchtlingsströmen und Attentaten weniger betroffen sind, die meiste Un-

terstützung im Kampf gegen die Verursacher. Wie lange noch glaubt die Bundesregierung, sich mit militärischen und humanitären Hilfsdiensten weit weg vom Schuss, zurückhalten kann?

Dass dies keine Utopie ist, beweisen die zunehmenden Flüchtlinge aus dem Irak, die freiwillig in ihre Heimat zurückkehren, nachdem der IS dort empfindliche Schlappen hinnehmen musste. Selbst unser Außenminister und Appeasefreak, der noch vor kurzem gegen Frankreich und Großbritannien wettete: „Es kann nicht sein, dass wichtige Partner auf die militärische Karte setzen und Verhandlungslösungen (für Syrien) wieder zerstören“, kommt heute zu der Einschätzung, dass es richtig war, die Peshmerga mit deutschen Milan-Raketen aufzurüsten. Unsere Politiker sind eben flexibel in ihren Ansichten.

Die deutsche Politik steht vor einem Scheideweg. Machen wir uns weiter durch stures Beharren auf lebensfremden Lösungen, die selbst die eigene Bevölkerung nicht mitträgt, unbeliebt in der EU oder bringen wir uns verstärkt mit unserem Potentialen und eigenem, militärischem Engagement ein? Mit unseren Möglichkeiten gehören wir an die Spitze, um den Kampf der Heimatvertriebenen zu koordinieren, damit sie die Chance bekommen zu siegen statt zu flüchten. Darin sehe ich auch den Eigennutzen für die EU (Fluchtströme und Terrorgefahren zu beenden), der sich aber nicht allein aus der Luft und durch Stellvertreterkriege erzielen lässt.

Wir wissen heute, dass der IS, Al-Kaida/Al-Nusra, Al-Shabaab und Boko Haram an mehreren Stellen Niederlagen hinnehmen mussten, hauptsächlich durch den entschlossenen Kampf der kurdischen Milizen, der Jesiden u.a. örtlichen Kräften, unterstützt aus der Luft durch die Allianz der Willigen. Was liegt näher, als dass die EU mit den USA und Russland ein Antiterrorbündnis einget? Beide Großmächte engagieren sich im Kampf gegen den islamischen Terrorismus. Freilich verfolgt Russland andere Interessen als die USA. Hat Deutschland mit seinem Türkeiideal nicht auch eigene Ziele im Visier? Im Interesse der Verhütung der schlimmsten Gefahr für die Welt ist Geschlossenheit aller Gegner der IS-Netze oberstes Gebot, wären Kompromisse notwendig und vertretbar.

Wer wollte an der gemeinsamen haushohen technischen Überlegenheit zweifeln, dass wir mit den lokalen Verbündeten, die Dschihadis, diese IS-Kreaturen, in kürzester Zeit schlagen, deren Finanzquellen stopfen, Sympathisanten und unterstützende Regime isolieren können? Wenn der Nahe Osten vom Terror befreit ist, werden auch in Afrika die Satelliten Al-Shabaab, Boko Haram u.a. leichter zu bezwingen sein. Die weit langwierigere Aufgabe wird sein, demokratische Staatsformen aufzubauen, welche die Massen der Mitläufer umerziehen. Im Grunde altbekannte Prozesse aus der Niederschlagung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg. Es besteht kein Zweifel, dass die aufgeklärte Welt obsiegen wird. Mir ist bewusst, dass diese Lösung Kampf bedeutet. Es wird kein Kampf um Rohstoffe sein, sondern um die Hirne und Herzen der Menschen. Es ist kein Religionskrieg und kein Kampf um Werte des Abendlands gegen das Morgenland, sondern um verbrieft, elementare, humane Rechte.

Auch wenn die Bereitschaft zum entschlossenen Handeln heute noch nicht Allgemeingut ist. Der Terrorismus sorgt mit seiner Barbarei selbst dafür, dass wir zusammenrücken. Ich bin kein Kriegstreiber. Meine Motive sind nicht rassistisch und Islamphobie ist nicht mein Ding. Ein Pazifist bin ich aber auch nicht.

Großbritanniens oberste Studentenvertreterin eine Israel-Hasserin?

Wirbel um neue Präsidentin der „National Union of Students“

Von Richard Diesing

Wenn ein Verband von Studienvertretungen eine neue Präsidentin wählt, ist das an sich nichts besonderes. Trotzdem ist seit Tagen die Wahl von Malia Bouattia Thema in den Medien Großbritanniens. Warum ist das so?

Die „National Union of Students“ (kurz: NUS) ist ein Verband aus – laut eigenen Angaben – 600 Studentenvertretungen des Vereinigten Königreiches. Die NUS will, so schreibt sie auf ihrer Internetseite, die studentischen Rechte fördern, verteidigen und ausweiten. Auch bekämpfe der Verband Diskriminierung, Ausgrenzung und Unrecht. „Wir sind 7 Millionen Studentenstimmen“, heißt es von Seiten der NUS. Der Verband hat also Macht, wenn es um die Belange von Studenten geht. Nun hat die NUS eine neue Präsidentin gewählt. Malia Bouattia ist 28 Jahre alt und die erste farbige und moslemische Präsidentin des Verbands. Mitglieder der NUS beschreiben sie als „mit Leib und Seele dabei, 100 Prozent der Zeit.“ Sie würde normalerweise keine Einladung zu einer Rede ablehnen. Das alles mache sie „nicht, um für sich selbst zu werben, sondern um die Bewegung gegen Rassismus und Faschismus bekannter zu machen, für die sie sich seit Jahren engagiert.“

Doch in der Vergangenheit fiel Bouattia immer wieder mit Äußerungen auf, die von einigen als antisemitisch aufgefasst wurden. So schrieb sie mit einem weiteren Autor 2011 in einem Artikel für ihren „palästinensischen“ Uni-Verein: „Die Universität von Birmingham hat etwas von einem zionistischen Außenposten in der höheren britischen Bildung. Sie hat auch die größte JSoc im Land, deren Führung von zionistischen Aktivisten dominiert ist.“ JSoc ist die Abkürzung für „Jewish Society“.



Malia Bouattia

Der israelisch-„palästinensische“ Friedensprozess verstärke, so sagte sie in einem geleakten Video, das „kolonia-

Bouattia fühlt sich unterdessen missverstanden. Als Antwort auf den offenen Brief schrieb sie ebenfalls einen

„ **Bouattia ist die erste farbige und moslemische Präsidentin des Verbandes** “

le Projekt“. Auch sprach sie von „zionistisch geführten Mainstream-Medien“, die Widerstand als einen Akt von Terrorismus darstellen würden.

Widerstand gibt es auch gegen sie. So schrieben mehr als 50 Präsidenten von jüdischen Uni-Gemeinschaften aus dem gesamten Vereinigten Königreich eine Woche vor Bourattias Wahlsieg einen offenen Brief an sie. Bezug nahmen sie dabei vor allem auf den von ihr mitgeschriebenen Artikel von 2011. In dem offenen Brief heißt es: „Es gibt etwa 8.500 jüdische Studenten im Vereinigten Königreich, was 0,12

Prozent der sieben Millionen Studenten sind, die vom NUS repräsentiert werden. Wir sind schockiert, dass jemand, der anstrebt, diese Organisation zu repräsentieren, möglicherweise eine große Anzahl jüdischer Studenten als Herausforderung ansehen könnte und nicht als etwas, was man begrüßen sollte.“ Die Autoren des offenen Briefs warfen Bourattia vor, in dem 2011 mitgeschriebenen Artikel die Aussage, dass die Birminghamer Universität die größte Jüdische Gemeinschaft des Landes habe, als „Herausforderung“ dargestellt habe.

zu sein.“ In einigen Artikeln wurde danach behauptet, Bouattia verweigere eine Verurteilung des IS. Dabei habe Bouattia, so schreibt Iman Amrani in einem Kommentar auf der Internetseite des britischen „Guardian“, nur nach einer Änderung gefragt, da sie fand, dass die ursprüngliche Formulierung des Antrags dazu benutzt werden könnte, Moslems generell ins Visier zu nehmen.

Die Britischen Zeitungskommentatoren sind sich beim Thema Bouattia uneins. Die einen behaupten, Bouattias Wahl sende „ein dunkles Zeichen an jüdische Studenten“, andere meinen, „Attacken auf die neue NUS-Präsidentin zeigen die Grenze von freier Meinungsäußerung für Moslems“.

Die Debatte um Malia Bouattias schlägt währenddessen weiter hohe Wellen. Nun fordern vier der sechs NUS-Delegierten der Oxford-Universität eine universitätsweite Wahl darüber, ob man aus der NUS austreten soll. Die Gruppe der vier Delegierten schrieb dazu in einem Facebook-Post: „Wir glauben, dass die Mitgliedschaft Oxfords bei der NUS nicht länger gerechtfertigt werden kann.“

Malia Bouattias hat sich inzwischen zu den Vorwürfen geäußert. In einem Beitrag auf der Webseite des „Guardian“ schreibt sie: „Es gibt keinen Platz für Antisemitismus in der Studentenbewegung oder in der Gesellschaft.“ Falls einige ihrer früheren Reden anders interpretiert würden, wie ihr Kommentar über Zionismus in den Medien, würde sie dies korrigieren wollen, um sicherzustellen, dass es keinen Raum für Unklarheiten gibt. „Ich war kritisch gegenüber Medien, die bedingungslos Israels Aktionen und Misshandlungen von Palästinensern unterstützen“. Sie habe nicht von Medien als ganzes gesprochen oder habe verachtenswerte antisemitische Vorurteile verwendet.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Die Ukraine hat jetzt einen jüdischen Ministerpräsidenten!

Wolodymyr Grojsman begann als gewissenhafter Bürgermeister

Von Dmitri Stratiewski

Am 14. April 2016 wurde der 38-jährige Wolodymyr Grojsman von der Werchowna Rada zum 16. Regierungschef der unabhängigen Ukraine gewählt. Dabei konnte er 61 Prozent der Abgeordnetenstimmen auf sich vereinen. Die Parlamentsmitglieder votierten für den noch vor zwei Jahren international unbekanntem Politiker. Der Ministerpräsident bekräftigte in seiner hochemotionalen Antrittsrede, dass er „das Vertrauen in die Regierung wiederherstellen“ wolle, und prangerte alle Politiker an, die „innerhalb von 24 Jahren keine Möglichkeit für die Menschen geschaffen haben, menschenwürdig zu leben“. Zum Schluss behauptete Grojsman selbstbewusst: „Ich werde euch zeigen, wie man regiert!“

Wer ist eigentlich dieser Grojsman?

Winniza, eine zentralukrainische Gebietshauptstadt mit gegenwärtig 370.000 Einwohnern, gilt am Ende des 19. Jahrhunderts als Hochburg des Judentums in der Region. Laut der gesamtrossischen Volkszählung von 1897 bildeten hier die Juden 36 Prozent der Stadtbevölkerung. Das jüdische Viertel hieß im Volksmund „Jerusalem“. Der Schtetl Bershad bei Winniza war einer der bedeutenden Chassidismus-Zentren in Osteuropa. In diesem Schtetl lebte Rabbi Raphael, Schüler von Rabbi Pinhas von Korzec, der ein hohes Ansehen auch in der nichtjüdischen Nachbarschaft genoss. Im 20. Jahrhundert erlebte das jüdische Winniza zwei Schicksalsschläge: Die Verfolgung nach der Etablierung der Sowjetmacht und die beinahe totale Vernichtung während der deutschen Besatzung. 1930 wurde die letzte Synagoge der Stadt geschlossen. Der Oberrabbiner El Kordonski sorgte für die Gebete im Untergrund. Als die Wehrmachtstruppen im Juli 1941 Winniza erreichten, versuchte dieser 80-jährige deutschsprachige Intellektuelle mit den Deutschen zu verhandeln. Im September 1941 töteten die Nazis fast alle Bewohner der Winnizker Ghettos, etwa 28.000 Menschen. Die letzten 150 Juden der Stadt wurden im August 1942 erschossen. Überlebt haben nur diejenigen, die zum Zeitpunkt des deutschen Einmarsches an der Front, im Hinterland oder in einem Partisanenverband waren. Nach dem Krieg übersiedelten viele Juden aus anderen ukrainischen Regionen nach Winniza. So lag 1959 der jüdische Bevölkerungsanteil bei immerhin 16 Prozent. Die örtlichen sowjetischen Machthaber waren für die damaligen Verhältnisse relativ liberal. In der Stadt gab es sogar eine Synagoge. In den 70er Jahren verschärfte sich jedoch nach dem entsprechenden Befehl aus Moskau die Verfolgung der ausreisewilligen Juden. 1971 wurde der Anführer der Dissidentenbewegung Itzhak Schkolnik wegen angeblicher „Spionage für Israel“ zu 10 Jahren Lagerhaft verurteilt.

Doch diese antisemitische Kampagne verlor schnell an Boden. Ein besonderes gesellschaftspolitisches Klima in der Stadt, eine friedliche Koexistenz von Ukrainern und Juden prägte entscheidend die Reformbestrebungen der 80er Jahre. Die ukrainische Emanzipation Winnizas war im Gegensatz zu denen in anderen Regionen der Ukraine nicht nationalistisch gefärbt. 1992 wurde Dmitri Dworkis als landesweit erster Jude zum Bürgermeister der Stadt gewählt. Dworkis bekannte sich zum Judentum und trug öffentlich den Davidstern.

Vor dem Hintergrund dieser doppelten jüdisch-ukrainischen Identität ist Grojs-



Wolodymyr Grojsman

mans Gang in die Politik sowie seine spätere politische Handschrift zu verstehen. 2009 erzählte er im Interview mit „Radio Liberty“ von der jüdischen Abstammung seiner Eltern, betonte aber zugleich, dass seine Frau Ukrainerin sei und die ethnische Herkunft keine Rolle in der Politik spielen solle. Als Bürgermeister Winnizas pflegte Grojsman enge Kontakte zur israelischen Politik und Geschäftswelt. 2012 eröffnete der israelische Außenminister Avigdor Lieberman im Beisein des damaligen Wirtschaftsministers Petro Poroschenko ein modernes, auf Kosten Israels errichtetes medizinisches Forschungszentrum in der Stadt. „Unsere Hilfsprojekte laufen in vielen Ländern der Welt. Ich habe noch nirgends so ein hohes Maß an Sympathie und Freundlichkeit gegenüber unserem Staat verspürt wie in Winniza“, so Lieberman.

„ 1992 wurde Dmitri Dworkis als landesweit erster Jude zum Bürgermeister der Stadt Winniza gewählt.“

Darüber hinaus zog Grojsman private Investitionen von jüdisch-schweizerischen Geschäftsleuten für seine Stadt heran.

Das zweite wichtige Postulat für Grojsman ist sein äußerster Pragmatismus, seine Fähigkeit, karrierefördernde Bündnisse zu schließen. Im Alter von 24 Jahren wurde Grojsman der jüngste Stadtrat und arbeitete im Menschenrechtsausschuss. Er schloss sich der Gruppe des amtierenden Bürgermeisters Oleksandr Domrowskij, eines engen Vertrauten Poroschenkos, an. Poroschenko, einer der Strippenzieher der ukrainischen Politik, hatte in Winniza das größte Werk seines Schokoladempireums Roshen und benötigte eine loyale Machtvertikale in der Region. Die Lage verschärfte sich, als Poroschenkos Erzrivalin Julia Timoschenko ukrainische Ministerpräsidentin wurde. 2005 wurde Grojsman zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Ein Jahr später wurde er der jüngste Bürgermeister einer Gebietshauptstadt. Dabei machte Grojsman einen geschickten Schachzug. Er sicherte sich die Unterstützung sowohl von Poroschenko als auch von Tymoschenko, die in Winnyzja ihr Stimmenreservoir hatte, und wurde von beiden Parteien nominiert. Zum Schluss war seine Wahl nur noch die Formsache.

Im Amt positionierte sich Grojsman als populismusferner Technokrat ohne Ambitionen auf gesamtnationaler Ebene, als Vertreter der Gemeinde. Seine zwei Legislaturperioden als Gemeindevorsteher werden in der Ukraine positiv bewertet. Zu den wichtigen Errungenschaften zählte die Reform des Kleinhandels, die

Vereinfachung des Zulassungswesens für Unternehmer und das Wiederbeleben des zuvor de-facto zerstörten ÖPNV-Netzes. Winniza kaufte gebrauchte, aber intakte schweizerische Straßenbahnen und kaufte mit einem zinsgünstigen Kredit neue Linienbusse. Aufmerksamkeit verdiente außerdem das Sonderprogramm zur Straßenbeleuchtung und Steigerung der Energieeffizienz, ein Novum für die ukrainischen Realitäten. Bei allen Großprojekten wurde der gemeinnützigen Poroschenko-Stiftung eine Schlüsselrolle zuteil. Laut dem ukrainischen Magazin „Focus“ war Winniza 2013 die lebenswerteste Stadt der Ukraine.

Stellvertretender Regierungschef und Parlamentspräsident

Unmittelbar nach dem Machwechsel im

Februar 2014 entflammte in Kiew der Kampf zwischen zwei Gruppen, angeführt von Petro Poroschenko und Arseni Jazenjuk, um die zentrale Stellung in der Regierungsetage. Das Poroschenko-Team litt unter Personalmangel. Der Präsidentschaftskandidat brauchte Vertraute in der neuen Regierung. Grojsman wollte sich mit der Funktion eines Trojanischen Pferdes nicht abfinden und zeigte wieder seine politische Haltung. Im Endergebnis wurde er von Jazenjuk selbst für das Amt des Ministers für Bau und Regionalentwicklung sowie des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der Ukraine vorgeschlagen. In der Hauptstadt wurde Grojsman vordergründig mit einer schweren Aufgabe betraut. Er sollte die Umsetzung des Dezentralisierungsmodells (Entmachtung des Zentrums zugunsten der Regionen) koordinieren, was unter anderem das Minsker Abkommen vorsieht. Im Gespräch war ein mehrstufiges Vorhaben in Anlehnung an die polnische kommunale Reform der 90er Jahre. Außerdem plädierte Grojsman für die Reduzierung der Anzahl der ukrainischen Kontroll- und Aufsichtsbehörden, deren Befugnisse sich zum Teil überschneiden. Dadurch wird die Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen essentiell erschwert. Das Ergebnis seiner Arbeit ist unterschiedlich einzuschätzen. Die Verwaltungsreform war im Wesentlichen von Erfolg gekrönt. Von 56 zentralen Kontroll- und Aufsichtsbehörden sind gegenwärtig nur 26 geblieben. Das Dezentralisierungskonzept der Regierung wird hingegen bis dato nicht vollständig umgesetzt.

Die Kommunen erhielten zwar infolge der Haushaltsumstrukturierung etwas mehr Geld, die Maßnahmen erwiesen sich jedoch als ungenügend. Die lokalen ukrainischen Behörden haben immer noch stark eingeschränkte Kompetenzen und können ohne enge Absprache mit Kiew kaum handeln.

Grojsman begründete seine Teil-Misserfolge mit dem Widerstand anderer Minister und nannte sich selbst „oppositioneller Vize-Premier in der Koalitionsregierung“. Ferner ist zu bemerken, dass in der ukrainischen Elite und in weiten Teilen der Bevölkerung jede Dezentralisierung bzw. Schwächung der Zentralregierung mit der Föderalisierung oder gar mit dem potentiellen Separatismus verwechselt wird. Diese unmotivierten Ängste bremsen die Reformen.

Im November 2014 trat Grojsman zurück und wechselte ins Parlament. Er kandidierte auf dem Listenplatz vier des „Poroschenko-Bündnisses“ und wurde anschließend zum Parlamentsoberhaupt gewählt. Kritiker warfen Grojsman mangelnde Erfahrung und Linientreue gegenüber Poroschenko vor. Auch den Zusammenbruch der breiten Koalition der Maidan-Kräfte konnte er nicht verhindern. Andererseits bemühte er sich sehr die Zusammenarbeit im Dreieck Parlament-Präsident-Regierung in geregelte Bahnen zu bringen. Parallel dazu kümmerte sich Grojsman um klare Verhältnisse in seiner Heimatstadt. Kurz vor der Kommunalwahl 2015 gründete Grojsman seine eigene politische Partei „Europäische Strategie von Winniza“, zu der fast die ganze Verwaltungsspitze der Region sowie bekannte Geschäftsleute und Journalisten gehören. Ihr Kandidat siegte souverän bei der Bürgermeisterwahl. Die Partei entsandte 20 Abgeordnete ins Stadtparlament mit seinen insgesamt 50 Sitzen. In der Zählgemeinschaft mit der 10-köpfigen Fraktion der Poroschenko-Partei werden in der Region Fakten geschaffen.

Zukunftsansichten als Premier

Im Vorfeld der Regierungsbildung machte Grojsman deutlich, dass er freie Hand bei der Zusammenstellung des Personaltableaus haben will. Er sah nur eine Person, die diesbezüglich das Mitspracherecht hat: der Staatspräsident. Der Beistand Poroschenkos war uneingeschränkt. Er drohte mit der Auflösung des Parlaments und vorgezogenen Parlamentswahlen, wenn Grojsman nicht gewählt würde. Diese Option kam für Jazenjuk nicht in Frage. Während 2014 seine Partei noch die stärkste Kraft wurde und den Regierungschef stellte, liegt sie heute in Umfragen unter der Fünf-Prozent-Hürde. Im Ministerkabinett verzichtete Grojsman auf die ausländischen Fachkräfte der Vorgängerregierung und favorisierte ausschließlich einheimische Politiker der Poroschenko- und Jazenjuk-Parteien, darunter zwei seine Landsleute aus Winniza. Zusätzlich wurden noch die Vorschläge der Präsidentenquote der Verfassung nach berücksichtigt.

Grojsman gilt als unversöhnlicher Gegner der russischen Führung und will die Einführung der Visumpflicht für die Russen. Zugleich stellte Wadym Tschernych, der Chef des neugegründeten Ministeriums für die besetzten Gebiete, eine mögliche Lockerung der Wirtschaftsblockade der Separatistenregionen in Aussicht, einschließlich der Rentenzahlung. Grojsman wird mit Sicherheit seinem politischen Gespür folgen und ideologiefrei, ergebnisorientiert agieren – so wie er das schon immer tut.

NATO-Schmiererkomödie in Osteuropa

Tatenlosigkeit in Syrien, sinnloser Aktionismus im Baltikum



Von Attila Teri

Was will die NATO?

Seit einigen Tagen sorgt eine Meldung für Aufregung: Die NATO-Mitgliedstaaten im Osten fühlen sich zunehmend von Russland bedroht und fordern die Verstärkung der mobilen Einsatztruppen. Eine Entscheidung über die Aufstockung auf 1.000 Mann mit wechselnder Besetzung soll Anfang Juli beim NATO-Gipfel in Warschau fallen. Falls es so weit kommt, gibt es auch Gedankenspiele, nach denen die Bundeswehr eine Führungsrolle in Litauen übernehmen könnte. Die Rede ist von 150 bis 250 deutschen Soldaten. Andere, größere NATO-Staaten überlegen, in anderen osteuropäischen Ländern es den Deutschen gleichzutun.

Viele fragen sich – ich auch – was denn das Ganze eigentlich bringen soll? Putin ist sicher alles anderer als ein Waisenknabe, aber – haben wir gerade keine anderen Probleme? Es ist doch seltsam, wenn die NATO dort, wo sie gebraucht wird, eher das Weite sucht, und dort wo es kaum einen Sinn macht, die Muskeln spielen lässt!

Aber ist die Antwort wirklich so einfach? Je länger ich mir darüber Gedanken mache, umso verwirrter fühle ich mich. Oder ist „für dumm verkauft“ für mein Empfinden doch die bessere Beschreibung?

Ich stelle mir gerade vor, wie Zar Wladimir Wladimirowitsch der Erste auf seinem Thron in Schockstarre fällt vor Angst wegen der drohenden deutschen Invasion in Russland. Auf jeden Fall versucht Lawrow, sein Außenminister, der mit seinem stets grimmigen Gesicht allmählich schon Gromyko (zwischen 1957 und 1985 Außenminister der Sowjetunion) Konkurrenz machen könnte, diesen Eindruck zu vermitteln. Russland fühle sich bedroht und sei bereit darauf zu antworten, lässt er verlauten.

Klingt ganz schön albern – in An-

betracht der Tatsache, dass nach unzähligen Wasserstandsmeldungen die Bundeswehr in einem so maroden Zustand sein soll, dass sie nicht einmal eine Schrebergartenkolonie vor einem Überfall zu beschützen vermag. Wer schiebt schon ernsthaft Panik vor einer Armee, die kaum brauchbares und funktionierendes Arbeitsgerät besitzt, geschweige denn genügend Kampferfahrung? Ausgenommen sind nur diejenigen deutschen Soldaten, die in Afghanistan für nichts und wieder nichts „die Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt“ haben und entweder in einer Holzkiste oder völlig desillusioniert zurückkamen, beschimpft von den „Blumenkindern“ der verlogenen „Friedensbewegung“.

Warum sich die Bundeswehr nicht lieber mehr im syrischen Bürgerkrieg engagiert? Im Irak? In Jemen? Weil sie es vermutlich nicht mal könnte, wenn es gewollt wäre. Zudem sei die Frage erlaubt, mit wem und mit was? Und wofür denn überhaupt? Obama lief mehr oder weniger davon, nachdem er mit dem Einlösen seines großspurigen Versprechens, die amerikanischen Soldaten heimzuholen, alles getan hat, um die Region noch mehr zu destabilisieren als sein Vorgänger Bush. Der (ohn)mächtigste Mann der Welt betreibt Augenschere und Europa ist sich uneinig wie üblich in der Frage, wie die Region dauerhaft befriedet werden könnte. In Syrien lässt Putin den Westen hinhalten, lehnte unlängst eine erneute Feuerpause in Aleppo ab und lässt es zu, dass Assads Armee die Stadt sturmreif schießt. Im Irak droht sich die staatliche Ordnung endgültig aufzulösen – mit unabsehbaren Folgen. Also, was bleibt übrig außer der alten (Schmier-)Komödie im Osten? Oder passt Realsatire, Tragikomödie, Trauerspiel besser als korrekte Bezeichnung?

Das ganze Schauspiel mutet auf den ersten Blick eher an wie in den guten, alten Zeiten des „Kalten Krieges“, der in den letzten Jahren eine Wiedergeburt zu erleben scheint, und sei es nur als eine Art Fata Morgana. Für mich bedeutet es viel mehr als nur Geschichte, denn es ist mein halbes Leben. Zumindest bis 1989. Dann kam bekanntlich die große Wende. Und zwei Jahre danach sah es nach der nächsten aus.

Es war August 1991. Ich saß gemütlich mit Freunden in einem der altherwürdigen Kaffeehäuser in Budapest, genoss meinen Urlaub. Unsere Pläne hatten für den Tag eigentlich nur einen Programmpunkt vorgesehen: Müßiggang in vollen Zügen. Doch von einer Sekunde auf die andere änderte sich alles!

Aufgeregt rannte jemand zum Fernseher und schaltete hastig das alte Ding ein. „Es ist vorbei mit der Freiheit! Die Russen kommen wieder!“ – murmelte er vor sich hin. Verwundert schauten wir erst ihn an, um uns dann gebannt der aktuellen Sendung zu widmen. Wir wollten nicht glauben, was über den Bildschirm lief. Es waren aktuelle Live-Bilder aus Moskau. Panzer fuhren durch die Straßen, Menschenmassen versuchten sie aufzuhalten. Um das „Weiße Haus“, den Regierungssitz der Russischen Föderation, tobten heftige Straßenkämpfe. Der Putsch gegen Gorbatschow war im vollen Gange. Noch war es nicht klar, wer am Ende als Sieger hervorgehen wird. Innerhalb kürzester Zeit herrschte in ganz Ungarn blanke Panik. Die Regierung schickte alle verfügbaren Truppen Richtung russische Grenze. Die Ukraine gab es als Staat noch nicht.

Nach drei Tagen war der Spuk vorbei. Die Ewiggestrigen schienen nicht nur die Schlacht, sondern auch den Krieg verloren zu haben. Noch unter Schock,

verabschiedete nach drei weiteren Tagen das ukrainische Parlament die formale Unabhängigkeitserklärung. Ihre Hoffnung war, dass so das Land vor einer weiteren russischen Intervention verschont bliebe.

Aber die Angst vor dem unberechenbaren, russischen Bären blieb – bis heute. Nicht nur in der Ukraine – im gesamten Ostblock. Nicht umsonst suchten die meisten ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten so schnell wie möglich Schutz in der NATO. Sie trauten dem Frieden nicht und tun es immer noch nicht. Nicht ganz grundlos. Immerhin holte sich Putin die Krim zurück. Wobei die Halbinsel und ihre Geschichte sicher nicht zu vergleichen ist mit dem Baltikum oder den anderen ehemaligen Satellitenstaaten. Aber mit der Angst lässt sich bekanntlich immer schon gemütlich Politik machen. Mit dem neuerlichen Säbelrasseln im Baltikum, Rumänien und Polen, befriedigt die NATO die zu Recht oder zu Unrecht paranoiden Regierungen und Völker, trägt dem wachsenden Rechtsruck in den betroffenen Ländern Rechnung und liefert zudem auch noch Putin unerwartete Schützenhilfe bei seinen Bemühungen, seine Bürger von den wahren Problemen Russlands abzulenken.

Wie heißt es so schön heutzutage? Eine Win-win-Situation für alle beteiligten Parteien. Denn außer Verschwörungstheoretikern geht wohl kaum ein vernünftiger Mensch tatsächlich davon aus, dass es zwischen Russland und der NATO zu einem heißen Krieg kommt. Das kann sich niemand leisten. Also, wen stört es dabei schon, dass wieder ein paar Milliarden in Rauch aufgehen und dafür der Nahe Osten weiterhin in Schutt und Asche gelegt wird? Übrigens, ohne eine mobile Einsatztruppe unter deutscher Führung.

Jecken außerhalb der fünften Jahreszeit

Eine neue Narretei der Israel-Hasser im beschaulichen Bad Honnef

Von Monika Winter

„BIB“, das neue „Bündnis zur Beendigung der israelischen Besetzung“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Welt dazu zu bewegen, Israelis aus angeblich besetzten Gebieten zu verbannen und Terrorismus zu verharmlosen. In Israel wird man sicherlich schon vor Angst und Sorge schlottern.

Speziell in Deutschland gibt es leider eine Reihe von einfältigen Politikern, die in der Gefahr stehen, auf das Ansinnen des BIB hereinzufallen. Wie wir wissen, sind insbesondere Juden gerne gesehen, die als Antizionisten auftreten und Verrat am Staat Israel üben, der auch ihnen selbst einmal lebensrettender Hafen in der Not werden könnte. Der Sitz der neuen Gesellschaft ist Bad Honnef im lustigen Rheinland.

Die Gründungsmitglieder sind wieder einmal die üblichen, überwiegend bekannten Persönlichkeiten: Prof. Dr. Rolf Verleger, Dr. Martin Breidert, Dr. Yazid Shammout, Judith Bernstein, Prof. Dr. Ghaleb Natour, Prof. Dr. Norman Peach, Dr. Albrecht Schröter, Nirit Sommerfeld, Prof. Dr. Udo Steinbach, Dr. Rupert Neudeck, Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik.

BIB veröffentlicht auf seiner Internetseite die üblichen Ungeheuerlichkeiten wie z.B. „Die israelischen Friedenskräfte sind marginalisiert, jede Form von palästinensischem zivilen Widerstand wird unterdrückt. Nur Druck von außen kann die Konfliktparteien bewegen zu einer Einigung auf der Grundlage der Beschlüsse und Resolutionen der Vereinten Nationen zu kommen. Dieser Druck MUSS VOR ALLEM auf den Staat Israel als den eindeutig überlegenen Akteur ausgeübt werden, dessen Regierung sich anhaltend weigert, den durch das Völkerrecht und die Menschenrechte vorgegebenen Handlungsrahmen zu akzeptieren“.

Die neuerlichen arabischen Gewaltwellen gegen Juden finden natürlich keine Erwähnung; der gezielte Einsatz von Messern. Wenn Juden mit Messern abgeschlachtet werden, dann ist es eine Warnung an die Israelis, dass weder sie noch ihre Kinder jemals in Frieden im Land Israel leben werden. Damit wird der Konflikt am Leben erhalten. Kinder und jugendliche Messerstecher wurden aufgewiegelt und angestachelt, z.B. durch eine Fernsehsendung. Von Anfang 2015 bis Anfang 2016 wurden alleine 1.703 Terroranschläge im Land registriert – auch davon ist natürlich nichts zu lesen bei BIB.

Der Versuch Deutschland gegen Israel in die Pflicht zu nehmen, ist bekanntermaßen nicht neu im anti-israelischen Spektrum. „Wir wollen die verantwortlichen Politiker in Deutschland darin bestärken, eine dezidierte Rolle für die Beendigung von Israels Besetzung der palästinensischen Gebiete zu überneh-



Bad Honnef von oben.

men: des Westjordanlandes, des abgeriegelten Gaza-Streifens und des annektierten Ost-Jerusalem. Dies soll geschehen durch: Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Kampagnen zur Unterstützung der israelischen Friedenskräfte und des palästinensischen gewaltfreien Widerstands, Beratung von Personen des öffentlichen Lebens durch Einwirken auf verantwortliche Politiker. Insbesondere geht es darum, von den verantwortlichen

„ Sogar Helmut Kohls Mitarbeiter Horst Teltschik macht mit! “

Politikern zu fordern, alle Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, die auf der Grundlage des Völkerrechts zulässig, angemessen und zielführend sind, und offen und mutig alle Schritte auf diesem Wege zu gehen.“

Weiter heißt es: „Deutschland ist in vielerlei Hinsicht in der Pflicht, wenn es um eine Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts geht... Ein Grund für dieses Defizit ist die Behauptung, dass sich Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit zurückhalten müsse, die Politik Israels zu kritisieren oder gar Israels Regierung Ratschläge zu erteilen. Jedoch kann es aus der langen Geschichte der Diskriminierung der Juden im christlichen Europa nicht die richtige Lehre sein, die Augen vor aktuellem Unrecht zu verschließen.“

Konzentrieren wir uns auf die Gründungsmitglieder dieser Gruppe: Prof. Dr.

Rolf Verleger war im Zeitraum von 2005-2009 Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland. Mit seinen anti-israelischen Ansichten stand er jedoch oft alleine. Der Professor bezeichnet den Gazastreifen schon mal als „größtes Gefängnis der Welt“ und sieht die Wurzeln des Konflikts überhaupt nur darin, dass Europa vor 100 Jahren mit seiner jüdischen Minderheit nicht fertig wurde, und dieses Problem nach Palästi-

na exportierte.

In seiner Familie befanden sich Holocaustopfer, er vertritt aber die Ansicht, man könne nicht mit Verweis auf schreckliche Dinge in der Vergangenheit heute weiteres Unrecht geschehen lassen. (nachzulesen in einem Interview vom Deutschlandfunk am 22. Juli 2014 unter dem Titel „Wer hat uns das denn eingebrockt?“ Rolf Verleger im Gespräch mit Tobias Armbrüster).

In seiner Meinung bestätigt fühlt sich Dr. Martin Breidert, der im Herbst 2012 das Westjordanland besuchte. Israel verletze unaufhörlich internationales Recht und die Menschenrechte. Dr. Breidert sieht sich selbst als Experte für den Nahostkonflikt. Deutschland trage eine besondere historische Verantwortung für Israel, aber gerade weil die Gründung des Staates Israel mit dem Holocaust zusammenhänge, habe Deutschland auch eine besondere Verantwortung für das Schicksal der „Palästinenser“. Diese müssten jetzt für das büßen, was Deutsche Juden angetan haben. (Schreiben an Botschafter Yaakov Hadas-Handelsmann vom 26. Juli 2013)

Dr. Yazid Shammout ist Vorsitzender der „palästinensischen“ Gemeinde in Hannover. Auf dem Internetportal der „Palästina-Solidarität Hannover“ findet sich in Zeiten des antisemitischen Sommers 2014 ein Aufruf: „Unter dem Motto: ‚Ihr seit (!) nicht allein‘ wollen wir unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volk gegen die israelische Aggression zum Ausdruck bringen. Wir möchten

die (!) Opfer des israelischen Staatsterror gedenken und ihren Namen bekannt machen.“

Die in Jerusalem geborene Judith Bernstein gehört der „Genfer Initiative“ an und hat gemeinsam mit ihrem Ehemann mehrere Bücher veröffentlicht, während Prof. Dr. Ghaleb Natour ein in Deutschland lebender arabischer Physiker aus Israel ist. Als Vorsitzender des Vereins „zur Förderung des Friedens in Israel und Palästina“, ruft er zu einem Ende der „Besetzung“ Israels auf, aber nicht zu einem Ende des arabischen Terrorismus.

Dr. Norman Peach ist den Lesern der JÜDISCHEN RUNDSCHAU sicherlich als Politiker der Linkspartei bekannt. Er hält Vorträge z.B. unter dem Titel „Palästina – ewiger Krieg im Nahen Osten? Zur Geschichte und Zukunft des Nahostkonfliktes“. Dr. Norman Peach ist Völkerrechtler, weshalb er sich auch erlauben kann, Antizionist zu sein.

Ein spezieller Fall ist auch Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister in Jena. Er weiß, wer sich gegen rechte Ideologien stellt, kann auch auf Israel draufhauen.

Nirit Sommerfeld, geboren in Eilat am Roten Meer, aufgewachsen in Ostafrika und Deutschland, ist Künstlerin. Sie bezeichnet den Konflikt zwischen Israelis und Arabern als jahrzehntelang politisch aufrechterhalten. Welcher Seite sie damit einen Vorwurf macht, ist nicht schwer zu erraten.

Zu Prof. Udo Steinbach und Dr. Rupert Neudeck brauchen wir sicherlich nichts weiter zu schreiben, zu bekannt sind diese „guten“ Menschen. Interessant ist, dass Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik mit von der Partie ist. Er gehörte fast zwei Jahrzehnte lang zu Helmut Kohls wichtigsten politischen Mitarbeitern. Neben zahlreichen Tätigkeiten, z.B. in der Münchner Sicherheitskonferenz, war er von 2002 bis 2011 Präsident der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung DIW. Damit tätigte er auch zahlreiche Israelbesuche. Umso erstaunlicher mutet es, dass er sich einer anti-israelischen Bewegung anschließt.

Was zusammen gehört, findet auch zusammen. Ein paar Namen fehlen noch... sie werden sicherlich nicht lange auf sich warten lassen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Meinungsfreiheit gilt für mich ab jetzt radikal!

Erlebnisse eines „kriminellen Israel-Lobbyisten“ in Köln 2010 bis 2016

Von Gerd Buurmann

Am 21. Januar 2010 ging ich mit meiner Frau durch Köln spazieren. Am Abend zuvor hatte die Uraufführung ihres Stückes „Morgen noch hier“ im Severins-Burg-Theater stattgefunden und wir gingen beseelt vom Erfolg durch die Straßen der Stadt. Als wir am Dom vorbeigingen, entdeckten wir einen Rentner, der vor dem Dom eine Galerie aufgestellt hatte, an der er den Passanten unter anderem eine Karikatur zeigte, auf der ein Jude zu sehen war, der ein Kind aß und sein Blut trank. Ich war von der Karikatur so entsetzt, dass ich sofort die Polizei anrief und eine Anzeige wegen des Verdachts aus Volksverhetzung nach §130 StGB stellte. Das „Simon Wiesenthal Center“ applaudierte mir damals zu diesem Schritt.

Die Kölner Staatsanwaltschaft entschied jedoch, die Karikatur sei nicht antisemitisch, da die dargestellte Person auf der Karikatur nicht als Jude erkennbar sei, da sie keine „Krummnase“ habe:

„Typisch für antijüdische Bild Darstellungen zu allen Zeiten ist die Verwendung von bestimmten anatomischen Stereotypen, die den Juden schlechthin charakterisieren sollen. Dabei werden insbesondere Gesichtsmarkierungen überzeichnet, um den Juden als hässlich, unansehnlich und rassistisch minderwertig erscheinen zu lassen (jüdische „Krummnase“, etc.) Einer solchen Bildsprache wird sich vorliegend nicht bedient.“

Mit anderen Worten: Wo keine Krummnase, da kein Jude!

Der Rentner vor dem Kölner Dom tat sich nicht mit weiteren Aussagen hervor. An seiner Galerie erklärte er, das israelische Volk erpisse bereits seit Jahrhunderten die Welt, er verglich Israel mit Hitler und behauptete: „Wie früher die Deutschen mit den Juden – so heute die Israelis mit den Palästinensern.“ Da im Oktober 1994 die Holocaustleugnung als expliziter Straftatbestand zum §130 StGB hinzukam und gut zehn Jahre später auch die Billigung, Leugnung und Verharmlosung des Nationalsozialismus ihren Eingang in die Bestimmung fand, erstatte ich erneut Anzeige, da die Behauptung, die Nazis damals seien so gewesen wie die Israelis heute, eine klare Verharmlosung des Holocausts darstellt. Wieder entschied die Kölner Staatsanwaltschaft, bei der Aussage handele es sich um erlaubte Kritik am Staate Israel:

„Ferner bleibt entscheidend zu berücksichtigen, dass im Falle einer Mehrdeutigkeit des Erklärungsgehalts solange nicht von einer allein strafrelevanten Deutung auszugehen ist, bis andere Deutungsmöglichkeiten auszuschließen sind.“

Im Jahr 2014 schließlich erklärte der Rentner vor dem Dom den Völkermord an Juden als legitimen Widerstand, indem er titelte: „HAMAS = Volks-Widerstand“. Mehrere Juden erstatteten daraufhin Anzeige. Eine Anzeige las sich wie folgt:

„Die Hamas fordert meinen Tod! Artikel 7 der Gründungscharta der Hamas fordert den Tod aller Juden weltweit, also auch in Deutschland. Das ist der Grund, warum die Hamas in Deutschland als Terrororganisation eingestuft wird. Ich bin Jüdin! Die Hamas fordert meinen Tod. Vor dem Kölner Dom wird diese Forderung als legitimer Widerstand verharmlost. Ich erstatte daher Strafanzeige. So lange vor dem Kölner Dom der Aufruf zum Judenmord als Widerstand bezeichnet wird, werde ich in Köln als Jüdin beleidigt, bedroht und verfolgt.“



Erdoğan bei seiner Rede in der Lanxess-Arena in Köln. „Verflucht sei Israel!“ erschallt es da im „weltoffenen“ Köln.

All diese Anzeigen wurden von der Kölner Staatsanwaltschaft abgelehnt!

Die ständige Ablehnung der Kölner Staatsanwaltschaft, brachte mich im Jahr 2014 dazu, einen Test zu starten. Für meinen Blog „Tapfer im Nirgendwo“ schrieb ich eine Glosse, in der ich die Parolen des Rentners vor dem Kölner Dom nahm und lediglich das Wort Israel mit dem Namen des Rentners austauschte. Ich wurde da-

an und berichtete, dass das Ordnungsamt nicht tätig werden könne. Die Polizei erklärte, dann doch mal einen Wagen vorbei zu schicken. Vor Ort wurde mir erklärt, dass des Rentners Plakate an den Laternen toleriert werden. Ein Polizist erklärte sogar: „Er genießt hier nun mal Narrenfreiheit. Er wird toleriert!“

Die Narrenfreiheit des Rentners reichte weit. In einem Flugblatt, das er im April

und krimineller Israel-Lobbyist“ geht, „Erdoğan ist ein Ziegenficker“ geht nicht.

Am 24. Mai 2014 hielt Erdoğan übrigens eine Rede in der mit 18.000 Menschen besetzten Lanxess Arena in Köln. Während der Rede riefen Teile des Publikums lautstark „Verflucht sei Israel!“. Es war der selbe Tag, an dem der Anschlag im jüdischen Museum in Brüssel standfand. Kritik an Israel geht immer als Meinungsfreiheit durch. Solidarität mit Israel jedoch nicht!

Bei einer Demonstration vor dem Hauptbahnhof am 27. März 2011 entfernte ebenfalls die Berliner Polizei eine Israelfahne und nahm zwei Menschen in Gewahrsam, weil sie sich weigerten, ihre friedliche Solidaritätsbekundung mit Israel zu unterlassen. Im Januar 2009 stürmten Einsatzkräfte in Duisburg sogar eine private Wohnung in Abwesenheit der Mieter, um eine Israel-Flagge aus dem Fenster zu entfernen, da eine aufgepuschte Meute von israelfeindlichen Judenhassern auf der Straße den Anblick eines blauen Davidsterns nicht ertragen konnten und in guter alter Tradition deutscher Pogrome damit begonnen hatten, das Fenster mit Steinen zu bewerfen. Die Polizei hätte zwar auch dafür sorgen können, dass die Meute mit ihrer Gewalt aufhört, aber stattdessen stürmte sie lieber die Wohnung und machte somit die Mieter der Wohnung nicht nur zu Opfern der Judenhasser, sondern gleich auch zu Opfern des Deutschen Staates. Wieder einmal kapitulierte der Deutsche Staat vor dem Terror der Sturmtruppen auf der Straße.

Im selben Monat fand in Bochum eine Demonstration von über 1500 Personen gegen den Staat Israel statt, zu der vier Moscheegemeinden aufgerufen hatten. Im Zuge dieser Demonstration wurden Parolen wie „Kindermörder Israel“, „Stoppt den Holocaust in Gaza“ und „Terrorist Israel“ laut. Alles schien darauf hinaus zu laufen, dass gleich jemand eine Israel-Flagge verbrennt. Als jedoch eine Studentin die Israel-Flagge herausholte und nicht verbrannte, sondern stolz schwenkte leitete die Staatsanwaltschaft später ein Strafverfahren gegen die Studentin ein, das mit einer Geldstrafe von 300,- Euro gegen die Studentin endete. Die Richterin hielt der Angeklagten vor: „Das war keine

„ Ein Polizist erklärte sogar: „Er genießt hier nun mal Narrenfreiheit. Er wird toleriert!“

raufhin von dem Rentner angezeigt und siehe da, die Kölner Staatsanwaltschaft forderte prompt 100 Euro von mir, damit kein Verfahren wegen Beleidigung gegen mich eingeleitet wird.

Ein weiterer Test von mir nahm die Kölner Polizei unter die Lupe. Am 9. Juli 2011 rief ich bei der Polizei an, weil der Rentner seine abscheulichen Parolen an Laternen vor dem Kölner Dom befestigt hatte und niemand das Recht hat, wild zu plakätieren, schon gar nicht mit politischen, propagandistischen und aufstachelnden Plakaten. Nicht mal politische Parteien dürfen außerhalb der Wahlzeit einfach so Plakate an Laternen und Schildern aufhängen. Die Polizei erklärte mir, dass das Ordnungsamt zuständig sei. Ich rief also beim Ordnungsamt an und fragte, ob es erlaubt sei, Plakate an öffentlichen Laternen und Schildern aufzuhängen. Die Dame vom Ordnungsamt erklärte unmissverständlich, dass dies verboten sei. Daraufhin schlug ich vor, dann mal schnell zum Domkloster 4 zu kommen, da dort seit Jahren nahezu täglich politische und anti-israelische Vorurteile verbreitet würden. Die Dame erklärte mir, dass momentan keine Kapazitäten frei seien, da das Ordnungsamt damit beschäftigt sei, „wild grillende“ Menschen zu entfernen.

Ein wenig davon überrascht, dass dem Ordnungsamt das Entfernen von „wild grillenden“ Leuten wichtiger war, als das Entfernen von wild plakatierten anti-israelischen Parolen vor dem Kölner Dom, rief ich zur Sicherheit noch mal bei der Polizei

2013 vor dem Kölner verteilte, bezeichnete er mich als „kriminellen Israel-Lobbyisten“ und holt weit aus gegen mich. Eine Anzeige meinerseits endete am 12. Februar 2014 vor dem Kölner Amtsgericht mit der Entscheidung, dass ich als „krimineller Israel-Lobbyist“ bezeichnet werden dürfe, da dies zulässige Kritik sei. Als zulässige Kritik wurde auch eingestuft, was ein Rentner aus Dortmund über mich verbreitete. Dieser Rentner stelle mich als Schwein, Terrorist und Bombenmohammed dar. Alles „legitime Kritik“.

Am 22. April 2016 wurde ein Redner auf einer Demonstration vor der türkischen Botschaft in Berlin von der Polizei festgenommen, weil er auf einer angemeldeten Demonstration einen wissenschaftlichen Vortrag über ein „Schmähgedicht“ von Jan Böhmermann gehalten und dabei zur Analyse des Gedichts zwei Zeilen daraus zitiert hatte.

Laut Polizei war das Vorgehen gerechtfertigt, da die Demonstration nur unter der Auflage genehmigt wurde, dass keine Passage aus dem Böhmermann-Gedicht ausgesprochen wird. Die Auflage der Polizei gilt inzwischen für alle Demonstrationen in Berlin. Ich lebe somit in einem Land, in dem ich als „krimineller Israel-Lobbyist“ bezeichnet und als Schwein und Terrorist dargestellt werden darf, aber eine Gedichtsanalyse verboten wird, wenn das Gedicht gegen den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan geht. So sieht Meinungsfreiheit in Deutschland aus: „Buurmann ist ein Terrorist, Schwein

ungefährliche Situation, die Sie geschaffen haben.“

Die deutsche Freiheit hat somit folgende zwei Faustregeln:

1. Nicht das Werfen von Steinen gegen ein Fenster mit Davidstern ist ungesetzlich, sondern das Fenster selbst!

2. Das Zeigen der Israel-Flagge ist in Deutschland zu gewissen Zeiten nicht erlaubt.

Es gibt jedoch Aussagen, die offensichtlich vom Recht auf freie Meinung geschützt werden, zum Beispiel: „Tod den Juden! Adolf Hitler!“ Diese Parolen wurden auf einer Demonstration gebrüllt, die im Sommer 2014 in Essen stattfand. Dort wurden Hakenkreuze in Davidsternen gezeigt, vom „Judenterror“ gefaselt und sogar behauptet, Juden seien „früher angeblich Opfer“ gewesen, ganz so, als habe es den Holocaust niemals gegeben.

Die Polizei schaute bei all dem zu.

Am selben Tag interviewte der WDR-Journalist Stefan Göke die Polizistin Tanja Hagelüken. Sie wusste von einer friedlichen Demonstration zu berichten und Stefan Göke fügte hinzu:

„Es hat keine Anzeichen dafür gegeben, dass sich Extremisten unter diese Demonstration gemischt haben, also weder von islamistischer Seite auf der einen Seite, aber auch keine Rechtsextreme, die dann das ganze nutzen konnten als Plattform, um ihren Hass aufs Judentum oder auf Israel kundzutun. Das ist jedenfalls alles nicht passiert. Und bisher ist alles ein bisschen brisant, aber durchaus friedlich.“

Während Stefan Göke im WDR dieser Worte in die Kamera sprach, zeigte ein Demonstrant direkt hinter ihm ein Plakat hoch, auf dem geschrieben stand: „Israel = Terrorists“.

Der Journalist vom WDR hätte sich nur umdrehen müssen und er hätte gemerkt, dass er Blödsinn redet! Im Sommer 2014 schallten die übelsten Parolen gegen Juden über deutsche Straßen:

„Jude, Jude, feiges Schwein, komm her und kämpf allein!“ (Berlin)

„Juden ins Gas!“ (Gelsenkirchen)

„Scheiß Jude, brenn!“ (Essen)

Am 12. Juli 2014 zog eine Menschenmenge durch die Frankfurter Innenstadt und brüllte „Allah ist groß“ und „Kindermörder Israel“. Die Polizei schritt nicht ein, im Gegenteil: Die Polizei in Frankfurt stellte sogar die Lautsprecher eines Polizeiwagens zur Verfügung, damit die Hetze weithin gehört werden konnte!

Die Frage, was auf deutschen Demonstrationen geht und was nicht, kann mit folgender Formel zusammengefasst werden: „Gegen Israel geht immer!“ Sollten sie was gegen Juden haben, sagen sie nur, es sei Israelkritik, dann bekommen Sie sogar



Die Piratenpartei ist zwar untergegangen, aber ihre letzten Reste demonstrieren immerhin noch gegen Erdogan.

für einen Anschlag auf eine Synagoge mildernde Umstände:

Im Juli 2014 verübten gegen vier Uhr früh drei junge Männer mit sechs selbstgebastelte Molotowcocktails einen Brandanschlag auf eine Synagoge in Wuppertal. Das Amtsgericht Wuppertal erklärte damals, der Anschlag auf die Synagoge sei keine antisemitische Tat gewesen, da die Attentäter erklärt hatten, mit dem Anzünden der Synagoge in Wuppertal, die Aufmerksamkeit auf den Konflikt zwischen Israel und Gaza lenken

Kunstwerke und Zeichnungen vermögen es nicht, Religionsausübungen zu stören. Religiöse Menschen müssen harsche Kritik, Spott und Polemik ebenso ertragen können wie Politikerinnen, Schauspieler, Köche, Lehrerinnen und alle anderen Menschen. Warum genießen gläubige Menschen einen besonderen Schutz, kritische Menschen jedoch nicht?

Der wegen eben dieser Gotteslästerung verurteilte Pensionär Albert Voß hat recht:

„Erdogan beleidigen geht nicht, „Juden ins Gas“ bleibt straffrei

zu wollen. Das Gericht verstand dieses Ansinnen und erklärte, es gäbe „keine Anhaltspunkte für eine antisemitische Tat“!

Im Februar 2006 hatte das Amtsgericht Lüdinghausen schon mal ein über die Grenzen der Provinz hinaus bekanntes Urteil gefällt. Ein Mann war zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden, weil er die Worte „Koran, der heilige Koran“ auf Toilettenpapier gestempelt hatte und diese Druckerzeugnisse dann an mehrere Fernsehsender, Moscheen und islamische Kulturvereine verschickt hatte.

Nicht nur im Iran und in Saudi-Arabien maßen sich weltliche Gerichte an, Gott zu vertreten und sein Lästern zu ahnden, auch in Deutschland wird diese Tradition gepflegt und zwar mit §166 StGB.

§166 StGB läßt notorisch beleidigte Leberwürste geradezu ein, eine Störung der öffentlichen Ruhe herbeizuführen. Was immer Fundamentalisten jedoch glauben machen möchten, Worte, Bilder,

„Gotteslästerung ist für mich ein Menschenrecht, das muss sein, damit man alles diskutieren kann. Also Gotteslästerung so verstanden, dass man in der Gesellschaft offen über alles reden kann.“

Im Mai 2012 zeigte die deutsche Polizei jedoch, dass es dieses Menschenrecht auf Gotteslästerung in Deutschland nicht gibt und verbat das öffentliche Zeigen eines religionskritischen Kunstwerks. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger von der SPD erließ in dem Monat hat eine Auflage an die Polizei, wonach auf einer Demonstration das Zeigen der berühmten Mohammed-Karikatur von Kurt Westergaard untersagt wurde. Der Innenminister begründet sein Handeln mit folgenden Worten: „Die Beamten dürfen nicht gefährdet werden.“

Einige Salafisten schlugen mit von Zäunen abgebrochenen Latten auf die Polizisten ein. Insgesamt 29 Beamte erlitten bei der Auseinandersetzung Verletzungen. Das Handelsblatt titelt: „Mohammed-

Karikatur sorgt für Explosion der Gewalt.“

Mich schockierte die Überschrift des Handelsblatts damals sehr. Salafisten marodierten durch die Straßen Bonns, aber das Handelsblatt erklärte, eine Zeichnung von Kurt Westergaard sei dafür verantwortlich gewesen, weil Mitglieder einer recht unsympathischen Truppe diese Karikatur bei einer angemeldeten Demonstration hochgehalten hatten. Für die Eskalation waren jedoch einzig und allein die Salafisten verantwortlich. Sie hatten mit Steinen geworfen, mit Zaunlatten geschlagen und mit Messern zugestochen.

Kurt Westergaards Karikatur verbieten zu wollen ist genauso falsch wie den Bau einer Moschee verbieten zu wollen!

Ich habe mich nun über sechs Jahre mit den Gesetzen, die die Meinungsfreiheit in Deutschland einschränken beschäftigen und muss feststellen. All diese Gesetze schützen nicht! Sie schützen mich nicht davor, als Schwein bezeichnet zu werden und sie schützen Juden nicht davor, dass ihre Vernichtung als „Widerstand“ verharmlost wird. Stattdessen verbieten diese Einschränkungen das Zeigen der Fahne Israels, das Kritisieren von Religionen und die Schmähung von Diktatoren!

Wenn ein Gesetz dazu führt, dass ein Gedicht nicht mehr analysiert oder die Fahne des Staates Israels nichts mehr gezeigt werden darf, dann ist das Gesetz falsch, dann wird die Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft mit Füßen getreten. Solche „Auflagen“ dürfen nicht hingenommen werden, schließlich sind es auch solche „Auflagen“ der Türkei, gegen die die von der türkischen Polizei zusammengetretenen und geschundenen Demonstranten in Istanbul und Ankara verstoßen haben.

All die deutschen Paragraphen, die die Meinungsfreiheit einschränken, müssen verschwinden! Ich lebe lieber in einem Land, in dem Gott, der Präsident und eine Fahne geschmäht werden können, es aber wenige tun, als in einem Land, wo es verboten ist, Gott, den Präsidenten oder die Fahne zu schmähen, aber sich unzählige Unterdrückte danach sehnen, es zu können!

Die Paragraphen 90, 103, 130 und 166 müssen verschwinden. Sie schützen weder mich, noch Juden, Satiriker, Israelfreunde oder Religionskritiker, dafür aber Fundamentalisten und Diktatoren.

Ich habe aus meiner eigenen Erfahrung gelernt. Alle meine Anzeigen in der Vergangenheit haben nichts gebracht. Stattdessen sorgen die Paragraphen, derer ich mich bedient habe, heute dafür, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland empfindlich beschnitten wird. Das kann ich nicht hinnehmen. Daher erkläre ich: „Meinungsfreiheit gilt für mich ab heute radikal!“

TUS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum für GUS-Länder

7Tage
ISRAEL RUNDREISEN
pro Person ÜF/ DZ

ab
887
EUR

Flüge nach Israel mit mit TUS REISEBÜRO
EL AL | EasyJet | UP | Germania

ab
119
EUR

UNSERE HOTELANGEBOTE IN ISRAEL

- HOTEL LOT Dead Sea 3* DZ | HP AB 650 EUR p.P.
- HOTEL Dan Panorama Eilat DZ/ÜF AB 700 EUR p.P.
- HOTEL Park Jerusalem 3* DZ/ÜF AB 455 EUR p.P.
- HOTEL Grand Beach TLV 4* DZ/ÜF AB 430 EUR p.P.

ab 75 EUR

TAGESAUSFLÜGE

Tel Aviv Jaffa
Nazareth Galiläa
Haifa Ceasaria Akko
Jerusalem Bethlehem

EXCLUSIVE TOURS **NEU**

- VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
- SRI LANKA ab 1350€ (10 Tage)
- MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
- GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

Entdecke unsere Reiseangebote auf TUS-REISEN.com

Der deutsch-jüdische Tausendsassa

Sasha Stawski ist der vielleicht umtriebige jüdische Aktivist Deutschlands

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU traf den Tausendsassa Sasha Stawski, den Mann hinter der Plattform „Honestly Concerned“ und Organisator der größten Pro-Israel-Veranstaltungen Europas, um mit ihm über seine bewundernswürdigen Arbeit zu sprechen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Hallo Sasha, wie würdest du die heutige Stellung von Israel in der deutschen Öffentlichkeit zusammenfassen?*

Sasha Stawski: Leider betrachte ich die Situation im Moment mehr als kritisch. Die breite Öffentlichkeit ist Israel gegenüber sehr voreingenommen und sieht Israel als brutalen Aggressor und Besatzer. Man ist es müde über den Konflikt zu hören; Empathie für israelische Opfer gibt es kaum noch. Medial werden Terroristen, die bei Anschlägen zu Tode kommen, als Opfer dargestellt. Israelische Opfer werden oft gar nicht erst benannt. Und in absoluten Zahlen betrachtet, werden bei Anschlägen und Anschlagversuchen durch israelische Verteidigungsmaßnahmen getötete Terroristen mit israelischen Opfern verglichen.

Gleichzeitig dient Kritik an der angeblichen Siedlungspolitik oder an einzelnen israelischen Politikern oder Verteidigungsmaßnahmen als Steilvorlage für antizionistische Verallgemeinerungen und um die Existenz des israelischen Staates insgesamt in Frage zu stellen. Dies gebündelt mit der stärker werdenden Boykottbewegung (BDS), die dann auch noch mit so genannten „Menschenrechtspreisen“ gestärkt werden, trägt nicht zu einer Besserung der Gesamtsituation bei.

In der Öffentlichkeit haben sich einige Klischees festgesetzt, die faktisch falsch sind und wegen der steten Medienberichterstattung nur schwer zu bekämpfen sind.

Hier ein paar Beispiele: Die Zwei-staatenlösung ist keineswegs alternativlos, wie auch sonst nichts in der Politik. Die Siedlungen sind keineswegs ein Hindernis für den Frieden, denn sonst müsste der Gazastreifen heute ein Hort des Friedens sein. Netanjahu wird vorgeworfen, den Friedensprozess zu blockieren, trotz Baustopp in den Siedlungen. Es wird ignoriert, dass ausgerechnet Abbas jegliche Gesprächsangebote ausschlägt und auch noch unerfüllbare Bedingungen allein an die Aufnahme von Verhandlungen knüpft. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Es wird oft behauptet, Deutschland sei einer der besten und treuesten Freunde Israels, insbesondere die jetzige Regierung und die Kanzlerin Angela Merkel. Auf der anderen Seite konnte man durch Wikileaks sehr unfreundliche Attacken Deutschlands auf Israel nachverfolgen. Wie würdest Du das Verhältnis und die Sicht der jetzigen deutschen Regierung auf Israel und seine Regierung beschreiben?

Ganz nüchtern betrachtet, ist die Haltung der deutschen Regierung immer noch positiver als die anderer Länder, Schwedens etwa, Frankreichs und sogar der USA.

Es ist Merkel zu verdanken, dass Deutschland auch aus eigenem militärischen Interesse heraus Israel mit U-Booten und Korvetten beliefert, die



jene Erdgasfelder schützen sollen, die in Zukunft auch Deutschland mit Gas, anstelle des russischen Erdgases beliefern sollen.

Spionage, Abhören von Telefonen und Ähnliches beruht offenbar auf

Deutschlandradio. In dem Bericht wird kein einziger „Palästinenser“ befragt. Geführt werden da Schriftsteller allein durch die winzige jüdische Enklave im alten jüdischen Viertel, geführt vom einschlägigen israelischen Aktivist Jehuda Schaul. Die Gruppe tut keinen Schritt auf die arabische Seite der Stadt, wo 200.000 Araber bestenfalls von der eigenen Polizei unterdrückt werden, fern von israelischen Besatzern. Berichtenswert ist halt nur, was sexy ist, also jüdische Unterdrücker und nicht „Palästinenser“, die gegen ihre eigenen Leute vorgehen.

Woher kommt das? Ist die Nachfrage bei den Lesern/Zuschauern nach einem „bösen Israel“ so groß oder sind es die Journalisten und Redakteure, oder gar die Presseagenturen?

Das ist eine schwierige Frage. Ich gehe mal davon aus, dass Gil Jaron, Inge Günther, Peter Münch und alle anderen keine Anweisung erhalten, die Wirklichkeit zu verdrehen oder bestimmte Themen auszusparen. Einige

„Spionage, Abhören von Telefonen und Ähnliches beruht offenbar auf Gegenseitigkeit. Würden die Israelis nicht auch in Deutschland schnüffeln, hätten sie neulich nicht vor einem vermutlich verheerenden geplanten Anschlag im Fußballstadion von Hannover warnen können.“

Gegenseitigkeit. Man sollte aber auch da die Proportionen wahren. Würden die Israelis nicht auch in Deutschland schnüffeln, hätten sie neulich nicht vor einem vermutlich verheerenden geplanten Anschlag im Fußballstadion von Hannover warnen können.

Israel könnte Deutschlands Erdgaslieferant Nummer 1 werden? Das ist keine Sache, über die groß berichtet wird...

So eine Meldung passt absolut nicht ins Weltbild der deutschen Medien und Öffentlichkeit, was Israel betrifft, und ist nicht schlagzeilentragend genug. Zeitungen wollen Schlagzeilen und Klischees, die sich gut verkaufen lassen.

Was haben die deutschen Medien an Israel?

Die sind ein schwieriges Pflaster. Nur Kennern und Eingeweihten fällt auf, wie absurd manche Berichte sind. Da wird aus Trümmerlandschaften in Gaza berichtet, während die Villen der Herrschenden, die mit israelischen Waren prall gefüllten Einkaufszentren und die ständige Belieferung des Gazastreifens mit Tausenden Lastwagen einfach unter den Tisch fällt. Es muss halt die Vorstellung eines israelischen Boykotts des Gazastreifens aufrecht erhalten bleiben.

Oder kürzlich eine Reportage über Hebron unter israelischer Besatzung, berichtet von Torsten Teichmann bei

haben eine klare Weltanschauung, die sich in ihren Berichten widerspiegelt. So kann der linksgerichtete Gil Jaron PM Netanjahu nicht ausstehen. Inge Günther kommt aus der Frankfurter Szene, als sie dort zusammen mit Joschka Fischer noch Steine auf die Polizei geworfen hat. Und Peter Münch von der SZ hat wohl einfach nur einen „gesunden“ Hass auf Juden und Israel, wie er bei vielen Menschen in Deutschland verbreitet ist.

Entsprechend schreiben diese Kollegen, wie es offenbar eine Mehrheit der Deutschen gerne erfährt. Bei manchen Kollegen, wie dem inzwischen nach Rom versetzten „Juden“ Richard C. Schneider konnte man wunderbar beobachten, wie er mal korrekt und verständnisvoll über die Israelis berichtet und dann wieder völlig einseitige Berichte abrieferte, wohl um seinen Posten behalten zu können. Warum wird eigentlich nur bei Schneider betont, dass er „Jude“ sei, während wir bei anderen Kollegen nicht wissen, ob sie protestantisch, katholisch oder sonstwas sind?

Wenn ich richtig verstehe, müssen deutsche Israelkorrespondenten u.a. „negativ genug“ über Israel berichten, um die antiisraelischen Vorstellungen ihrer Redaktionen zu erfüllen und ihren Posten zu behalten?

Ja, tatsächlich. Sonst laufen sie leider Gefahr ihre Stellen zu verlieren. Bei

spielen dafür gibt es zu Genüge, egal ob wir von einem Ulrich Sahn, oder zuletzt von einem Daniel Killy sprechen, um nur zwei beim Namen zu nennen.

Und da stellt sich natürlich die Frage, was man tun kann? Inwieweit kann man überhaupt etwas verändern? Wen kann man erreichen und wen nicht?

Falsche Fakten kann man gelegentlich mit kurzen sachlichen Leserbriefen beheben, nicht aber die geäußerten Meinungen. Wir versuchen eben mit unseren Mitteln, ein anderes Bild von Israel vorzustellen, mit ILI und dem „Deutschen Israelkongress“ vor allem das Israel außerhalb des Konfliktfeldes: die Hightech-Industrie, die israelischen Erfindungen, touristische Attraktion und vieles mehr; mit „Honestly Concerned“ die harten politischen Fakten und Hintergründe. Es gibt da kein Geheimrezept. Alles bedeutet harte Arbeit und Beständigkeit.

Du bist die treibende Kraft hinter „Honestly Concerned“ (HC), dem „I like Israel“ (ILI)-Newsletter, den jährlichen Israeltagen und dem größten Europäischen Pro-Israel-Event und das zu großen Teilen ehrenamtlich. Wie machst du das alles, und bleibst noch Zeit für Privates?

Über Jahre hinweg, habe ich diese Arbeit ehrenamtlich gemacht. In den letzten Jahren, in denen mein Engagement zu einer wortwörtlichen Rund-um-die-Uhr-Beschäftigung geworden ist, ist aus diesem Engagement mein Vollzeitjob geworden; ein schweres Brot, da beide Vereine gemeinnützig sind und bislang keine staatlichen Fördergelder bekommen, oder dauerhafte Unterstützer haben.

So kämpfen wir jeden Monat um neue Fördermitglieder und appellieren immer wieder an die Großzügigkeit eines jedes Einzelnen, um uns eine dauerhafte Fortsetzung unseres Engagements und einen weiteren Ausbau unserer Tätigkeiten zu ermöglichen: mehr Veranstaltungen, mehr regionale Arbeit, verbesserte Vernetzung, neue Hintergrundmaterialien und Broschüren, ein Ausbau unserer Leserbriefaktionen und Petitionen, usw., usw.. Es gibt so vieles mehr, was wir noch gerne tun würden...

Gerade weil diese Arbeit im Zeitalter des Internets eine Rund-um-die-Uhr Beschäftigung ist, ist mir die Zeit mit meinen Kindern, in der wir auch viel unternehmen, wie auch mit meiner Freundin, heilig und da kann ich dann auch mal abschalten. Und natürlich habe ich auch ein Privatleben, aber es ist bei dem Aufwand neben meiner beruflichen Tätigkeit nicht immer einfach und zu oft häufen sich die Beschwerden über meine (Nicht-)Erreichbarkeit...

Wer unterstützt dich, wie kann man helfen und wo würdest Du Dir mehr Unterstützung wünschen?

Für ILI-News zum Beispiel haben wir eine Reihe von treuen Mitarbeitern, die im Laufe der Woche die Texte vorbereiten und zusammenstellen. Das ist sehr viel Arbeit, fast unvorstellbar, wenn man nur das Endergebnis mit den kurzen, auf wenige Sätze gestutzten Beiträgen sieht. Da stecken sehr viele Stunden aufopfernder Arbeit dahinter und wir können hier wie in allen ande-

ren Bereichen Hilfe immer dringend benötigen.

Genauso suchen wir akut nach Freiwilligen, die uns beim „4. Deutschen Israelkongress“ unterstützen können, insbesondere bei der Mobilisierung von Teilnehmern, Ausstellern und vor allem natürlich auch Sponsoren. Letzteres ist natürlich ein ganz entscheidendes Thema insgesamt für alle unsere Tätigkeiten...

Honestly Concerned e.V. (HC) und „I like Israel“ e.V. (ILI) setzen sich gegen Antisemitismus ein. Das ist auch ein erklärtes Ziel der deutschen Regierung. Unterstützt Deutschland die Arbeit von HC und ILI?

Kurze Antwort: Nein!

Hast du Anhaltspunkte warum nicht?

Einzelne Projekte werden unterstützt, aber nicht Organisationen als Ganzes, die vor allem politische Arbeit machen, wie wir das tun.

Du begibst dich oft ins Kreuzfeuer zwischen Antisemiten, Leuten die nichts (Positives) von Israel hören wollen, Politikern, u.a. auch antizionistischen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde. Woher nimmst du die Kraft? Was genau passierte, dass du dich so einsetzt? Gibt es ein besonderes Ereignis, einen besonderen Gedanken, der Deinen Einsatz ins Rollen brachte? Kurz: Wie fing Alles an?

Ja, am Anfang, im Jahr 2000, standen die unsäglichen Angriffe von Möllemann auf Ariel Scharon und Michel Friedman. Damals war mir klar, dass wir deutsche Juden antworten und Farbe bekennen müssen, um in Deutschland überleben zu können.

Wir könnten auch die Koffer packen und nach Israel ziehen oder gar „zurück nach Auschwitz“ gehen, wie es manche „palästinensische“ Propagandisten fordern. Das ist für uns und auch für mich keine Alternative.

Mit unserem Arbeitseinsatz, darunter der Organisation eines Israelkongresses haben wir manchen Kritikern hoffentlich klargemacht, dass wir kein Freiwild sind und uns nicht niederlassen lassen. Wir müssen dann halt damit leben, als „Israel-Lobby“ verunglimpft zu werden. Man kann sich wohl nicht vorstellen, dass wir Juden oder Israel-Freunde mit gleicher Berechtigung wie die Parteien oder die Kaninchenzüchtervereine unsere Anliegen vortragen und in der Öffentlichkeit offen und klar vertreten.

Gibt es einen Punkt, wo du sagen würdest: „Es ist hoffnungslos, jetzt ist doch die Zeit zum Kofferpacken und zum Auswandern nach Israel gekommen“? Was müsste dazu passieren?

Eine schwierige Frage. Bei allem, was ich jeden Tag lese und erlebe, ist die Grenze zum Kofferpacken eigentlich schon lange überschritten und die Tendenz ist über die Jahre so viel schlimmer geworden, dass ich eigentlich schon lange weg sein müsste. Die Salonfähigkeit von dem, was heute unwidersprochen an Antisemitismus im Alltag akzeptiert wird, ist nicht mit dem vergleichbar, was wir bei den Anfängen unserer Arbeit bereits als skandalträchtig betrachtet hatten. Ein Jürgen Möllemann würde heute kaum noch Schlägezeilen mit einem antisemitischen Pamphlet machen, wie er es damals tat.

Rechter Stimmenfang gehört heute genauso zum Alltag, wie es kaum noch Grenzen zwischen sogenannter „Israelkritik“ und antizionistischer

Hetze gibt. Im Gegenteil. Heute demonstrieren sogar die Anhänger des Al-Kuds-Tages, die explizit gegen das Existenzrecht Israels sind, gegen Antisemitismus. Welch ein Hohn!

mand hier bleiben, um den Millionen von Flüchtlingen, die zum großen Teil mit antisemitischen Klischees groß geworden sind, auf der einen Seite, und den Horden von Pegida und fehlgelei-

festhalten, bzw. diesen in vielfältiger Weise weiter ausbauen und verinnerlichen – und zwar nicht nur auf „gezwungener“ politischer Ebene, sondern vor allem auch auf der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen auf Ebene der einfachen Bevölkerung.

Ich wünsche mir weniger Ideologie oder Antisemitismus in den Medien, weniger als angebliche „Kritik“ getarnte Hetze, und einfach einen normalen Umgang mit Israel wie mit den meisten anderen Ländern der Welt. Damit allein wäre schon viel erreicht. Ich erwarte nicht einmal eine besondere „Liebe“ zu Israel, sondern einfach nur eine sachgerechte faire Behandlung und kein Herausheben des jüdischen Staates, wie etwa im Falle der Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen. Warum gelten diese Regeln nicht genauso für die West-Sahara, Nordzypern oder Tibet?

Lieber Sacha, vielen Dank für das Interview und für Deinen Einsatz und weiterhin viel Erfolg.

Das Interview führte Ulrich Jakov Becker.

„ Da wird aus Trümmerlandschaften in Gaza berichtet, während die Villen der Herrschenden, die mit israelischen Waren prall gefüllten Einkaufszentren und die ständige Belieferung des Gazastreifens mit Tausenden Lastwagen einfach unter den Tisch fällt.“

Doch noch haben wir erfreulicherweise nicht das Level von Paris oder Malmö erreicht, z.B. was die körperlichen Übergriffe betrifft, und noch lohnt es sich gegen den auf uns zukommenden Tsunami anzugehen und zu versuchen diesen zumindest zu verlangsamen. Außerdem muß ja noch je-

teten AfD-Anhängern auf der anderen Seite etwas entgegen zu setzen.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft – für Israel, für Deutschland?

Ich hoffe, dass beide Länder an ihrem jetzigen Kurs des gegenseitigen Respekts und der engen Kooperation



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com

Linker Antisemitismus am 1. Mai in Kreuzberg

Betrachtungen eines jüdischen Sozialdemokraten

Von Michael Groys

Zu Beginn meiner politischen Sozialisation konnte ich nicht verstehen, wie es angehen kann, dass „linke“ Menschen Antisemiten sein können, da in einer sozialistischen Welt beziehungsweise Utopie alle Menschen gleichwertig sind und auch jedes einzelne Individuum unabhängig seiner Herkunft, Hautfarbe und Religion respektiert wird. In diesem Punkt werden sich vermutlich alle „linken“ Theoretiker einig sein – umso weniger in dem Weg zu diesem Ziel.

Mit der Zeit begann ich aber zu begreifen, dass zwar alle gleich sind, aber die Juden eben etwas ungleicher. Das hat auch nichts mit einem pessimistischen Weltbild oder der Haltung „Alle gegen uns“ zu tun, sondern mit einem real existierenden Problem in der Gesellschaft und in der demokratischen als auch radikalen „Linken“. Kurz gefasst haben sich „linke“ Menschen nicht von dem Judenhass emanzipieren können. Genauer gesagt ist das Problem nicht nur existent, es ist lebendig und floriert sogar. Dabei scheint der Jude im Gewand des Zionisten von besonderem Interesse für die deutsche „Linke“ zu sein. Wenn „Linke“ etwas in Deutschland gemeinsam haben, dann ist es die Beschäftigung mit Israel, sei es nun positiv oder zumeist negativ. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass die Beschäftigung mit internationalen Fragen, Konflikten und Themen zum Selbstverständnis eines jeden „linken“ Menschen gehört, was im Kern lobenswert ist. Das Problem besteht darin, dass dieses Kapitel mit einer ähnlichen Obsession behandelt wird, wie es sonst die so verhasste bürgerliche Gesellschaft tut.

Der konsequente Antifaschismus vieler „Linker“ ist kein Schutz vor Judenhass. Mit anderen Worten: Auf Demos gegen

Nazis zu protestieren, bedeutet nicht die Befreiung vom Hass auf Juden. Von einer besonderen Demonstration handelt auch dieser Artikel, von der sogenannten „Re-



Seit 1987 lässt die Polizei die Linksradikalen gewähren.

volutionären 1. Mai Demo“ um 18 Uhr in Berlin-Kreuzberg.

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, demonstrieren viele Gruppierungen der radikalen „Linken“ für – wie sie selbst behaupten – eine gerechte, friedliche Welt, gegen Ausbeutung und Kapitalismus, gegen Gentrifizierung, Rassismus und Antisemitismus. Zusammengefasst ist man gegen vieles und für vieles und gegen den Hass auf Juden.

Ich würde lügen, wenn ich nicht zugebe als „Linker“ Sympathien für viele dieser Themen zu haben. Doch schon nach dem Lesen des Aufrufs, wird auf dem Flugblatt ein „palästinensischer“ Junge mit einem Stein abgebildet, der vor einem riesigen israelischen Panzer steht. Es ist ein Symbol des „palästinensischen“ Widerstandes gegen den israelischen Kolonialismus und Imperialismus. Die radikale „Linke“ hat

sich auf die Seite der Schwachen gestellt. Übrigens tat sie es bei den Juden auch, solange sie unterdrückt waren. Die spannende Frage ist, was eine „linke“ Bewegung

mit Juden im Sozialismus machen würde, wenn sie weiter Juden bleiben wollen. Die Geschichte „linker“ Versuchen hat eher negative Beispiele gezeigt. Geliebt werden tote Juden von allen und ebenfalls von „Linken“. Verteidigungsfähige Juden passen da eher weniger rein. Wie stehen Sozialisten zu ehemals Schwachen, die stark werden konnten?

Bei dem Bündnis der „revolutionären 1. Mai Demonstration“ nehmen äußerst skurrile Gruppierungen teil, die für die Befreiung „Palästinas“ eintreten wie die Organisation F.O.R. (For One State and Return to Palestine). Sie plädieren dafür, dass nicht-zionistische Juden in Palästina bleiben dürfen, nur der Rest muss wohl irgendwie weg. Über die Mittel zur Erreichung ihres Zieles sind sie sich wohl noch nicht einig. Die Nähe zur BDS-Kampagne

(Boycott, Desinvestition, Sanctions) gehört mittlerweile zum guten Ton in diesen Kreisen.

Die ganze „israelfreundliche“ Stimmung möchte ein „Antideutscher Block“ aufmischen. Diese israelsolidarischen „Linken“ wurden deshalb angefeindet und mit unzähligen Drohungen überschüttet, denn die Flagge Israels ist wohl für den einen oder anderen schwer zu ertragen.

Natürlich muss man bei jeder Demonstration Abstriche machen, da nicht alle Menschen gleich denken und sicherlich wird man mit vielem nicht einverstanden sein können – doch warum ausgerechnet beim Thema Antisemitismus Prinzipien so schnell fallen, bleibt mir ein Rätsel.

Jetzt werden die Verteidiger dieser Veranstaltung entgegenn, man dürfe sich doch kritisch mit Israel auseinandersetzen. Das sehe ich genauso, aber es wäre schön, wenn dabei die Existenz dieses Staates nicht infragegestellt und der Holocaust nicht relativiert würde, indem man vermeintliche Verbrechen der israelischen Armee mit denen der Waffen-SS und der deutschen Wehrmacht gleichstellt.

Wer den „linken“ Antisemitismus verschweigt, tut es bewusst, da er leider in „linken“ Kreisen allgegenwärtig ist. Es passt nur der Jude, den man sich ausgemalt hat und eben keiner, der beschneidet. Die Kritik an der jüdischen Religion ist nicht weniger notwendig als an jeder anderen Religion, dennoch hat der Jude immer das Privileg einer Extrabehandlung – was nun einmal Antisemitismus ist.

Ich würde dringend empfehlen mehrfach über das Zitat des kürzlich verstorbenen Holocaustüberlebenden und Nobelpreisträgers Imre Kertész nachzudenken: „Mein Gott, wie gut, dass ich den Judenstern auf israelischen Panzern sehe, und nicht, wie 1944, auf meiner Brust.“

Mehr Sozialarbeiter für die armen Terroristen, bitte!

Der Meaculpismus des Westens

Von Christian Ortner (Die Presse)

So schnell kann man gar nicht „Allahuakbar“ ausrufen, wie nach einem Terroranschlag sofort die Relativierer wieder das große Wort führen.

Der Rauch hatte sich nach den Anschlägen von Brüssel noch nicht einmal verzogen, als ausgerechnet der ranghöchste Polizist des Landes, Konrad Kogler, im ORF den eigentümlichen Eindruck erweckte, Terror dieser Art sei vor allem einem Mangel an Sozialarbeit an von der Gesellschaft nicht ausreichend gewürdigten Jugendlichen mit Migrationshintergrund geschuldet – und nicht etwa Folge einer faschistoiden, religiösen Herrenmenschen-Ideologie.

Die armen muslimischen Migranten, erfuhren wir da, litten in ihren tristen Wohnvierteln unter Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Chancenarmut und Perspektivlosigkeit, was sie entweder der gewöhnlichen Kriminalität oder eben dem Dschihad gleichsam naturgesetzlich in die Hände treibe. Die unausgesprochene Botschaft dahinter: Irgendwie sind unsere Gesellschaften letztlich selbst schuld am Terrorismus, weil wir dessen „soziale Ursachen“ nicht ausreichend bekämpfen.

Die Schuld nicht bei den Tätern, sondern bei der Gesellschaft der Opfer zu verorten ist ein nach islamistischen

Anschlägen beliebter Topos. Dass viele der Täter – von den Terroristen des 11. September bis zu einigen der Pariser Mörder des Vorjahres – aus dem Mittelstandsmilieu oder sozial noch höheren Schichten kommen und in der nicht-moslemischen Welt ziemlich viele Menschen ebenfalls unter bedauerenswerten sozialen Umständen leben müssen, ohne deshalb Terroristen zu

„Die nach jedem Blutbad vorgebrachte Phrase, das habe ja nichts mit dem Islam zu tun, tönt von Massaker zu Massaker hohler.“

werden, falsifiziert die These von den „sozialen Ursachen“ des Terrors zwar weitgehend, mindert deren Beliebtheit aber nicht im Geringsten.

Das dürfte nicht zuletzt an einer unter den politischen und medialen Eliten Europas weit verbreiteten Lust an der „heuchlerischen Selbstbezeichnung des Westens“ (der slowenische Philosoph Slavoj Žižek) liegen, die alle Übel der Welt lieber bei sich selbst sucht und die Anklagebank der Weltgeschichte (Kreuzzüge! Kolonialismus!) als ihre liebste Sitzgelegenheit betrachtet.

Dieser „Meaculpismus“ (Samir Khalil Samir) hat freilich den großen Vorteil, seinen zahlreichen Anhängern ein paar als unangemessen empfundene Fragen zu ersparen: etwa jene nach dem Zusammenhang zwischen dem Wesen des Islam (nein, nicht des Islamismus) und den Motiven der Selbstmordattentäter. Die nach jedem Blutbad vorgebrachte Phrase, das habe ja nichts mit

dem Islam zu tun, tönt von Massaker zu Massaker hohler.

Oder die Frage, ob die monatelang von Berlin und Wien geduldete Zuwanderung Hunderttausender Menschen, deren Identität zum Großteil unbekannt war und ist, nicht zumindest die Arbeit der IS-Dschihadisten erleichtert und damit zumindest indirekt einen Beitrag zum Gedeihen des islamistischen Terrors geleistet hat (in Salzburg sitzen sechs „Schutzsuchende“ ein, die dem IS nahestehen dürften).

Oder auch die Frage, warum wir ei-

gentlich annehmen sollten, dass die Integration der seit 2015 nach Europa gekommenen Migranten aus Nordafrika, dem Nahen Osten oder aus Afghanistan besser gelingen soll als die jener moslemischen Zuwanderer, die in Brüssel Dschihad-Stadtteile wie Molenbeek geformt und geprägt haben, wo die Polizei von dort Ansässigen attackiert wird, wenn sie einen Terroristen verhaften will, weil er als „local hero“ gilt.

Frankreich müsste Molenbeek bombardieren, nicht Rakka“, kalauerte nicht ganz grundlos der französische Krawall-Intellektuelle Eric Zemmour nach den jüngsten Anschlägen von Paris.

Oder schließlich die Frage, ob es der Weisheit letzter Schluss ist, nun den Inhabern türkischer Pässe die visumfreie (und damit bis zu einem gewissen Grad unkontrolliertere) Einreise in die EU zu gestatten. Immerhin hat jüngst eine Meinungsumfrage ergeben, dass 20 Prozent aller Türken der Meinung sind, dass unter bestimmten Umständen Gewaltanwendung im Namen der Religion zulässig ist.

Eine ehrliche Antwort auf all diese Fragen dürfte zu Konsequenzen führen, vor denen sich die Politik derzeit noch drückt. Deshalb werden sie verdrängt, solange es halt geht.

Die Grassmann-Schwwestern und der Antisemitismus

Flüchtlingsarbeit mit Israelhass

Von Alex Feuerherdt

Ein Theaterprojekt für Flüchtlinge soll vom Berliner Senat mit einem sechsstelligen Betrag gefördert und von der Bundesregierung mit einem Kulturpreis bedacht werden. Als sich jedoch herausstellt, dass die Führungsfiguren der Initiative veritable Antisemiten sind, werden die entsprechenden Anträge zurückgezogen. Dass der Senat und die Bundesregierung aus Schaden klug werden, darf man gleichwohl bezweifeln.

Was der Berliner „Refugee Club Impulse“ (RCI) bezweckt, klingt erst einmal durchaus vorbildlich. Auf seiner Webseite bezeichnet sich das Theaterprojekt als „das beste Beispiel für eine Selbstorganisation, bei der die Geflüchteten ihre Ideen verwirklichen, zusammenarbeiten und sich so einbringen, wie sie es gerne möchten“. Man wolle Flüchtlinge ermutigen, ihre Gefühle und Probleme künstlerisch auf der Bühne auszudrücken, und strebe zudem an, „in der Zukunft noch mehr soziale und kulturelle Projekte“ auf die Beine zu stellen. Ein ehrgeiziges und anspruchsvolles Unterfangen, das vor allem der Arbeiterwohlfahrt (AWO) so sehr zusagte, dass sie beim Berliner Senat 100.000 Euro an Fördermitteln für den RCI beantragte. Eine Jury schlug den „Refugee Club Impulse“ zudem für den Sonderpreis für Kulturprojekte mit Flüchtlingen vor, der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters (CDU), verliehen wird. Dieser Preis ist mit 10.000 Euro dotiert, schon für die Nominierung gibt es eine Prämie von 2.500 Euro.

Besonders gründlich schien sich aber weder die AWO noch die Jury mit dem RCI beschäftigt zu haben, anders als Fabian Weißbarth von der Berliner Dependence des American Jewish Committee (AJC). Weißbarth fand nämlich heraus, dass sich die künstlerische Leiterin des RCI, Nadia Grassmann, und die pädagogische Leiterin, Maryam Somaya Grassmann, seit Jahren aktiv am sogenannten „Al-Quds-Tag“ beteiligen. Im Zentrum dieser Manifestation, zu der das iranische Regime weltweit aufruft und die seit 1996 regelmäßig auch in der deutschen Hauptstadt stattfindet, stehen antisemitische, islamistische Aufmärsche, bei denen die Eroberung Jerusalems und die Vernichtung Israels gefordert werden. Hauptorganisator der Berliner Demonstration ist Jürgen Grassmann, der Vater der beiden RCI-Führungsfiguren.

Karneval und Hisbollah-Ohrringe

Dieser wird von seinen Töchtern unterstützt, wie das AJC recherchierte und die „Berliner Zeitung“ berichtete. Demnach belegen Fotos und Videos beispielsweise, „wie Nadia Grassmann auf dem Lautsprecherwagen mitfährt und ihre Schwester Maryam Plakate bereitstellt, Flyer verteilt und Spenden sammelt“. Darüber hinaus ist auf mehreren Bildern zu sehen, dass Maryam Grassmann auffällige Ohrringe mit dem Logo der Hisbollah trägt. Die libanesische Terrororganisation hat sich die Zerstörung Israels auf die Fahnen geschrieben und greift weltweit immer wieder jüdische und israelische Ziele an. Zudem ist die Gotteskriegerpartei, wie das AJC zu Recht anmerkt, „an der Seite des syrischen Machthabers Assad aktiv im Bürgerkrieg in Syrien beteiligt und dadurch ein wesentlicher Grund dafür, dass viele Menschen überhaupt flüchten



Gegen den vom iranischen Regime bezahlten Al-Quds-Tag regt sich Protest.

mussten und müssen“. Ein Widerspruch, gar ein Problem scheint das für die Grassmann-Schwwestern gleichwohl nicht zu sein.

Zwei führende RCI-Aktivistinnen sind also veritable Israelhasserinnen. Und dass dieser Hass auf den jüdischen Staat auch für die politische Arbeit des „Refugee Club Impulse“ eine nicht unerhebliche Rolle spielt, ließ sich beispielsweise am „Karneval der Geflüchteten“ erkennen, der am 20. März dieses Jahres stattfand. Hauptinitiator dieses „Aktionstags“, in dessen Mittelpunkt eine „antirassistische“ Demonstration stand, war der RCI, wie eine Presseerklärung



Maryam Grassmann mit Hisbollah-Ohrringen auf der Al-Quds-Demonstration in Berlin.

des verantwortlichen Aktionsbündnisses „My Right Is Your Right“ zeigt. Der Aufruf zum „Karneval“ wurde zudem von der Gruppierung „F.O.R. Palestine“ unterstützt, die für die Beseitigung Israels sowie für einen „palästinensischen“ Staat vom Jordan bis zum Mittelmeer eintritt und die tödlichen Messerattacken auf jüdische Israelis ausdrücklich legitimiert. Zu den aufrufenden Organisationen gehörte überdies „BDS Berlin“, eine Vereinigung, die Boykotte und Sanktionen gegen den jüdischen Staat befürwortet. Auf dem vom RCI initiierten „Karneval der Geflüchteten“ waren diese Initiativen dann auch präsent und aktiv. Offenkundig gehört es zu ihrem Verständnis von Flüchtlingsarbeit, die Geflüchteten antisemitisch zu indoktrinieren respektive

deren bereits vorhandenen Antisemitismus zu bekräftigen.

Antisemitismus als „Privatangelegenheit“

Als die Recherchen des AJC von der „Berliner Zeitung“ aufgegriffen und verbreitet wurden, nahmen der Berliner Senat, die AWO und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien schließlich Abstand von den Vorhaben, den RCI auszuzeichnen und finanziell zu unterstützen. Die Kulturstaatsministerin Monika Grütters widerrief die Nominierung des „Refugee Club Impulse“ für den Sonderpreis für kulturelle Projekte mit Flüchtlingen und stellte klar, dass auch die Nominierungsprämie nicht ausbezahlt werde. Die AWO zog ihren Antrag auf Förderung des RCI aus den Mitteln des Projektfonds Kulturelle Bildung zurück. Der für die Mittelvergabe zuständige Bildungsstaatssekretär Mark Rackles (SPD) schrieb in einem Brief an das AJC: „Wir würden zu keinem Zeitpunkt dulden, dass öffentliche Gelder unmittelbar oder mittelbar Personen oder Gruppen zugutekommen, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, antisemitische oder antijüdische Positionen vertreten.“ Ein Bekenntnis, an dem man zweifeln darf, schließlich wäre dem Senat ohne die Arbeit des AJC und den Bericht der Lokalzeitung nichts Verhängliches aufgefallen.

Beim RCI ist man nun in Not, schließlich waren die Gelder dort fest eingeplant. In einer Erklärung distanzierte sich das Projekt dann auch pflichtschuldig „von jeglicher Form von Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus oder anti-demokratischer Haltung“, es behauptete, mit Organisationen wie „F.O.R. Palestine“ und „BDS Berlin“ eigentlich gar nichts zu tun zu haben, und zog sich darauf zurück, die Positionen seiner künstlerischen und seiner pädagogischen Leiterin (!) seien lediglich „Einzelmeinungen“. Da das jedoch niemand glaubte, ließ der RCI zwei Tage später eine Pressekonzferenz folgen, auf der Ahmed Shah, einer seiner Mitbegründer, eine schrift-

liche Erklärung von Nadia und Maryam Grassmann verlas, in der es hieß: „Aufgrund der Geschehnisse distanzieren wir uns von der Al-Quds-Veranstaltung und werden an dieser nicht mehr teilnehmen.“ Falls erforderlich, werde man zudem von seinen Ämtern zurücktreten. Auch Shah hielt die antisemitischen Aktivitäten der Schwestern jedoch für deren „Privatangelegenheit“.

Das ist allerdings nicht verwunderlich, wenn man weiß, dass Shah bei seinem künstlerischen Wirken ähnliche Positionen vertritt wie die Grassmanns. In seinem Theaterstück „Intifada im Klassenzimmer!“ beispielsweise werden „Vergleiche zum Nationalsozialismus und zur Shoa angestellt, um die Situation von Arabern und Moslems in Deutschland und die der Palästinenser darzustellen“, wie der Journalist Patrick Neu im Mai 2006 schrieb. Bilder aus nationalsozialistischen Vernichtungslagern würden auf eine Leinwand hinter der Bühne projiziert, und es fielen Sätze wie: „Panzer im Heiligen Land, dann sprengen sich die Menschen in die Luft.“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung und das AJC kamen in einer 2007 veröffentlichten Studie dann auch zu dem Schluss, dass das Theaterstück bei der Zielgruppe „antisemitische Stereotype reproduziert und diese so bei den Jugendlichen verfestigt, statt sie zu dekonstruieren“. Es werde „politische Propaganda“ produziert. Dennoch zeichnete die SPD das Stück mit dem Jugendpreis „Goldener Alex“ aus. Und der Berliner Senat förderte Shajs Theater. Zudem verlieh Kulturstaatsministerin Grütters im Jahr 2015 dem von Shah und seinem „JugendTheaterBüro Berlin“ betriebenen Projekt „KulTür auf“ einen mit 20.000 Euro dotierten „Preis Kulturelle Bildung“. Aus dem mit Steuergeldern des Landes Berlin gespeisten „Projektfonds Kulturelle Bildung“ erhält Shah – wie auch der RCI – ebenfalls finanzielle Zuwendungen. Ob sich daran in Zukunft etwas ändern wird?

(Zuerst veröffentlicht auf MENA-Watch.)

Ich bin krank!

Biblisches Gewässer in Not

Von Jerome Lombard

Der Jordanfluss leidet unter Verschmutzung und ist von Austrocknung bedroht – Nun meldet sich in der JR der größte Fluss Israels exklusiv „selbst“ zu Wort:

„Ur-Strom für zwei Weltreligionen“. „Gewaltiger Wasserlauf“. „Heiliges Gewässer“. Gleich, mit welch wohlklingenden Titeln man mich auch zu bezeichnen suchte, stets hatte ein jeder das Bild eines vitalen, sich majestätisch durch die Landschaft schlängelnden Wasserstroms vor Augen. Den man nicht mal einfach so schiffbar machte. Den man nicht mal einfach so überquerte. Den man sich nicht mal einfach so Untertan machte. Ungestim. Reißend. Mystisch. Ein Bild von einem Fluss.

Doch das alles ist jetzt passé und findet seine Erwähnung höchstens noch in Geschichtsbüchern. Achso, und in Thora und Bibel natürlich. Wobei deren Inhalt ja quasi zeitlos zu verstehen ist. Schlägt der geneigte Leser heutzutage ein Umweltmagazin oder die Feuilletonseiten einer Tageszeitung in der thematischen Sauren-Gurken-Zeit auf und führt sich – aus welcher Laune auch immer heraus – einen Bericht über mich zu Gemüte, prallem ihm unwillkürlich Begriffe wie „unscheinbares, stinkendes Rinnsal“ oder „halb ausgetrocknete grün-braune Brühe“ entgegen. Häufig garniert mit der leicht süffisant formulierten Frage: Gibt es eine Zukunft für diesen Schatten seiner selbst?

Eine Zukunft wird es für mich in jedem Fall geben. Aber auch eine Rettung? Ich sage Ihnen, es ist wirklich erniedrigend. Ich will nun nicht länger schweigen. Wir müssen dringend reden. Ach! Aber wo sind denn bloß meine Manieren! Ich habe mich Ihnen ja noch gar nicht richtig vorgestellt. Die Lage mag nicht rosig sein, aber ein Gentleman sollte man doch bitteschön immer bleiben. Gestatten, Jordan mein Name. Der Fluss, wohlgeachtet – nicht das Land. Das heißt ja eben nach mir. Ein ganzes Land haben sie nach mir benannt! Und jetzt dieser beschämende Zustand. Soweit ist es schon gekommen... Aber halt, ich gebe mich nicht wieder den Tränen hin. Ich will Ihnen gegenüber, werter Leser, nicht lange um den heißen Brei herum reden.

Ich bin krank. Schon seit langem. Schuld sind die Menschen mit ihrem schier unersättlichen Durst nach Wasser in dieser regenarmen Region, die seit jeher meine Heimat ist. Mir aber geht das Wasser aus, ich bin verschmutzt, geschrumpft. Mein Flussbett droht an einigen Stellen auszutrocknen. Ich bin ein häufig vergessenes Opfer der chaotischen politischen Situation im Nahen Osten. Eine Geisel des unsäglichen Hasses der arabischen Nachbarn auf den jüdischen Staat. Um jedem sogenannten Israel-Kritiker gleich den Wind aus den Segeln (PS: Schiffe können auf mir seit einer Ewigkeit nicht mehr segeln) zu nehmen: Nein, voreingenommen bin ich als Grenzfluss bestimmt nicht. Ich bennene schlicht und ergreifend zwei der Hauptprobleme für den Zustand meiner Heimat: Die bis auf den heutigen Tag weithin verwurzelte Nicht-Akzeptanz der Existenz Israels und die arabische Feindschaft gegenüber dem jüdischen Staat seit 1948. Während die mich plagenden Krankheiten nach einer ökologisch-politischen Kooperation, einem gemeinsames Wassermanagement, einem Baustopp für



Christliche Pilger in Yardenit.

nationale Staudämme verlangen würden, gibt es solche Projekte heute in Ansätzen nur zwischen Jordanien und Israel. Und das auch nicht gerade mit Enthusiasmus. Es ist ein kalter Frieden, der da seit 1994 zwischen den beiden herrscht. Hass macht bekanntlich blind. Auch vor den speziellen Bedürfnissen eines stolzen

Großteil der Grenze zwischen Jordanien und Israel. Ich bin der Methusalem unter den Flüssen und so alt wie die Zeit selbst. Joschua, der Anführer der Israeliten nach Mosche, führte das auserwählte Volk auf seinem langen Weg aus der ägyptischen Knechtschaft über meine Ufer erstmalig ins Heilige Land. Alle kamen sie trocken-

Wasserbedarf für Landwirtschaft und Trinkwassersicherung. Die israelische Forschungseinrichtung setzt sich für ein grenzübergreifendes Wasserhaushalten ein und hat in den letzten Jahren immer wieder Berichte über meine dramatische Situation vorgelegt.

Es ist ja keineswegs so, dass mein Schicksal jedem hier gleichgültig wäre. In Israel haben meine Unterstützer und Freunde sich bislang am einflussreichsten Gehör verschaffen können. Vielen Menschen ist klar geworden, dass es so nicht weiter gehen kann, will man mein Überleben sichern. So haben die Israelis viel Geld in die Hand genommen, um in Hightech-Entsalzungsanlagen am Mittelmeer zu investieren, um so die Wasserrahme aus meinem Reich zu drosseln und sich selber eine vor den Spannungen der Region unabhängige Versorgung zu sichern. Rund die Hälfte des israelischen Trinkwassers, mit dem auch die Palästinensergebiete versorgt werden, ist heute entsalzt. Bis 2020 werden 70 Prozent angestrebt. Waren es also 2008 noch 400 Millionen Kubikmeter (cbm), die Israel aus dem See Genezareth pumpt, liegen die Zahlen für das Jahr 2013 bei 160 cbm. Zudem hat der jüdische Staat damit begonnen, wieder Frischwasser in den See zu pumpen. Das ist alles nicht genug. Keine Frage. Aber es bewegt sich endlich etwas in die richtige Richtung. Das aus dem Mittelmeer gewonnene Trinkwasser will Israel auch an seine Nachbarn verkaufen. Zum Glück hat sich die jordanische Regierung, die durch die Aufnahme tausender Flüchtlinge aus Syrien einen weiter steigenden Bedarf angemeldet hat (300 cbm jährlich), dazu bereit erklärt. Entgegen der öffentlichen Meinung in dem Land, die eine offene Zusammenarbeit mit Israel gleich auf welchem Gebiet mehrheitlich ablehnt. Aus der Not heraus gehen die Jordanier weiter auf die Israelis zu.

Es ist die jordanisch-israelische Kooperation, die mich, wenn auch verhalten, hoffnungsvoll stimmt. Man kann nur ahnen, welche Möglichkeiten es gäbe, würden auch Syrien und Libanon diesen Weg einschlagen. Aber bis es irgendwann mal so weit ist, wird wohl noch viel Wasser den Jordan hinunter fließen.

„ Ich bin ein häufig vergessenes Opfer der chaotischen politischen Situation im Nahen Osten. “

Flusses. In der aufgeheizten Stimmung des Nahen Ostens wird ein Fluss zum Politikum. Der Zugang zu Wasser zum Kriegsgrund.

Der eine oder andere von Ihnen mag schon an meinen Ufern gestanden haben. Habe ich in meiner gegenwärtigen Lage Ihre Erwartungen erfüllt? Ich kann nur hoffen, dass dem nicht so ist. Falls nämlich doch, hatten Sie freilich erbärmliche Erwartungen.

Pardon. Ich will es nonchalant formulieren: Hätten Sie mich, sagen wir mal, vor 100 Jahren, im Jahr 1916 besucht, würden Sie mich kaum wiedererkennen. Damals ein stattlicher Fluss mit vielfältiger Flora und Fauna, den die britischen Truppen unter ihrem legendären General Allenby während ihres Kampfes gegen die Osmanen nur mit rasch zusammengezimmerten Holzbrücken zu überqueren wagten. Heute ein schmales Flüsschen von höchstens fünf Metern Breite und zwanzig Zentimetern Tiefe, das sich müde dahin schleppt und eine miserable Wasserqualität vorweist. Was ist das andere, als erbärmlich?

Mit meinen rund 250 Kilometern Länge bin ich, der Jordan, schließlich der größte und wichtigste Süßwasserfluss Israels! Von meinem Quellsprung aus den Höhen in der Umgebung des Berges Hermon hoch im Norden, fließe ich durch den See Genezareth bis in die Tiefen des Toten Meeres hinein. Auf meinem Weg durchquere ich den Libanon, streife Syrien, schlängele mich entlang der Palästinensergebiete und bilde den

nen Fußes hinüber, da sich meine mächtigen Wasserströme wie die des Roten Meeres zuvor auf mysteriöse Art und Weise zu einem Säulentunnel formten (Jos 3-4). Würde dieser Exodus heute stattfinden, wäre eine Spaltung des Wassers völlig überflüssig. Joschua und Co. könnten mit einem beherzten Sprung geknont über mich hinweg hopen.

An meinen Ufern wurde Jesus von Johannes dem Täufer getauft. Von diesem Moment an nahm er seine Predigtstätigkeit auf (Matt 3.). Christliche Pilger reisen bis heute zu der vermuteten Stelle in Yardenit am See Genezareth um sich vor Ort neuerlich taufen und spirituell neu beleben zu lassen. Aber mal ganz ehrlich: Würde der Zimmermannssohn aus Nazareth sich heute in meine „Fluten“ wagen, würde er sich wahrscheinlich sogleich an einem Stein stoßen. Zum Glück nur für die heutigen Pilger, dass mein Wasser an der Taufstelle künstlich aufgestaut wird und ich nicht ganz so trist wie anderswo wirke. Wenn schon nicht mein Wasserlauf sprudelt, dann doch wenigstens die Einnahmen der Tourismusbranche. Und wer ist nun Schuld an diesem ganzen Schlammassel? „Die Israelis natürlich! Die stehlen das ganze Wasser und wollen es nur für sich alleine“, rufen die Araber. „Jordanier und Palästinenser sind verantwortlich, da sie viel zu viel Wasser verschwenden“, sagen die Israelis. „Alle nehmen Wasser aus dem oberen Jordan, weil alle es brauchen“, sagt der Experte Clive Lipchin vom Arava-Institut mit Blick auf den allseits hohen

Zahal - Moral und Armee

Kein anderes Land warnt Zivilisten vor Bombardements

Von Michael Groys

Es gibt kaum ein Thema in Israel, wo die Eigenwahrnehmung und die Wahrnehmung der Außenwelt so weit auseinandergehen wie beim Ansehen der israelischen Armee als „moralischste Armee der Welt“.

Während der Staat Israel seit der ersten Stunde seiner Existenz ums Überleben kämpft und die Armee an der Speerspitze dieses Überlebenskampfes steht, wird gerne in der Welt jede Gelegenheit genutzt um Israel „Kriegsverbrechen“, wenn nicht sogar die Verübung eines Genozids an den „Palästinensern“ vorzuwerfen. Diese Auffassung wird gern mit großen Opferzahlen bei den israelischen Militäroperationen auf der „palästinensischen“ Seite untermauert. Andere fragen sich, wie man in dem dichtbesiedelten Gaza Bombardements machen kann. Man solle die Terroristen „abfangen“ und einem Gericht überstellen.

Dieses ganze Gerede ist begleitet von schrecklichen Bildern toter Kinder, kaputter Spielzeuge und weinender Müttern. Wer das sieht, hat auf den ersten Blick einen sehr klaren Schuldigen gefunden: Israel, den Staat der Juden, und seine Armee.

Jetzt wird sich der eine oder andere fragen, wie israelische Soldaten „unschuldige Zivilisten“ töten können und sich dann noch anmaßen „die moralischste Armee der Welt“ sein zu wollen. Ich denke, man sollte die Militäroperationen Israels in der Tat sehr genau unter die Lupe nehmen, was auch praktisch nach jeder größeren Militäroperation in Form eines Berichtes geschieht. Die Erkenntnisse aus diesen Berichten haben einen durchaus kritischen Charakter und schonen die Armee nicht im Geringsten. Der Fakt, dass so etwas überhaupt geschieht und dies auch seitens der Regierung nicht blockiert wird, zeugt von dem demokratischen Geist des Staates Israel.

Israel möge man einmal mit anderen demokratischen Staaten vergleichen, wie zum Beispiel den USA, in denen solche oder ähnliche Berichte nicht selten geheimgehalten werden oder lediglich unter sehr hohem medialen Druck an die Öffentlichkeit geraten. Selbst nichtoffizielle Berichte, wie der weltweit bekannten israelkritischen Nichtregierungsorganisation „Breaking the Silence“ finden eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit und fördern die Debatte um die „moralistischste Armee der Welt“.

Doch die Frage, wieso die Gemüter ausgerechnet bei Israels Militäroperationen so hochkochen und bei Assads Säuberungen in Syrien eher wenig Interesse finden, bleibt unbeantwortet.

Zumindest hatte man in den letzten fünf Jahren des Bürgerkrieges keine vergleichbare Demonstration gegen Assad oder andere Diktatoren in der Region mitbekommen, wie gegen Israel und seine „Kindermörder“.

Die Weltgemeinschaft hat in ihrem Herzen nur Platz für die vermeintlichen Verbrechen eines Landes und nur einer Armee, die der Israelischen Verteidigungsarmee. Diese Extrabehandlung ist vermutlich nicht das Ergebnis eines besonderen Humanismus, sondern eines gravierenden Judenhasse zahlreicher UN-Mitglieder. Die Beschreibung der israelischen Soldaten als blutrünstige Mörder erfüllt alle alten antisemitischen Klischees. Dennoch sollen in diesem Artikel vor allem Argumente dafür beleuchtet werden, warum sich die IDF oft als die „moralischste Armee der Welt“ der Welt sieht, und dabei



Israelische Soldaten: Es macht einen großen Unterschied, ob bei der Bekämpfung von Terroristen auch Zivilisten sterben, oder ob Zivilisten gezielt angegriffen werden.

soll auch ehemaligen Soldaten der Zahal eine Stimme gegeben werden.

Nicht selten hört man selbst von israelfreundlichen Kritikern, dass die israelische Gesellschaft stark militarisiert und dies auch gleichzeitig eine Herausforderung für die Demokratie des Staates sei. Das mag auch im Kern eine richtige Kritik sein, nur vergessen die Kritiker den Punkt, dass diese starke Armee und die damit verbundene Militarisierung nicht zum Spaß

Roman ist ehemaliger Soldat der israelischen Armee und war bei der letzten großen Militäroperation „Protective Edge“ (Schutzrand) im Gaza-Streifen. Seiner Auffassung nach versteht man als einfacher Soldat das große Ganze der Aktion nur bedingt, weil man seinen Aufgaben nachgehen muss und Fragen eher vermeidet. Dennoch war er erstaunt über die gute Organisation der Operation seitens der Heeresleitung sowie der jungen Offiziere.

„ Die Frage, wieso die Gemüter ausgerechnet bei Israels Militäroperationen so hochkochen und Assads Säuberungen in Syrien eher wenig Interesse finden, bleibt unbeantwortet. “

besteht und es ohne die große Armee in diesem Landstrich wahrscheinlich gar keine Demokratie gäbe!

Israelische Politiker aller Parteien beklagen nicht selten die enormen Ausgaben für die Verteidigung, die zum Beispiel im Straßenbau oder bei der Armutsbekämpfung besser aufgehoben wären. Die starke Armee und die hohen Ausgaben dafür sind allerdings ein Ergebnis von mehreren realen Versuchen der vollkommenen Vernichtung des Staates. Wenn Israel die Waffen niederlegt, wird es kein Israel mehr geben.

Dieser Gedanke soll auch als Ausgangslage der Debatte über Moral und Armee in Israel dienen, denn für eine Demokratie im dauerhaften Zustand der Bedrohung ist es eine Meisterleistung bestehen zu bleiben und außerdem die hohen Standards beizubehalten. Das dabei aus militärischer Perspektive durchaus irrsinnige Aktionen seitens der Zahal gemacht werden, ist kein Geheimnis. Die Argumente bleiben immer die Gleichen: Israel darf sich nicht auf das Niveau seiner Gegner begeben. Israel muss jedes Menschenleben schützen und den Kollateralschaden so klein wie möglich halten. Diese selbstgesteckte Aufgabe ist in einem Ort wie Gaza eine Mammutaufgabe für die Soldaten und politischen Verantwortlichen. Und – wer in der Region außer Israel zerbricht sich überhaupt den Kopf darüber, wie er Kollateralschäden gering halten kann?

Allein der Name der Armee als „Verteidigungsarmee“ ist für Roman wichtig. Auch diese Operation war nach Raketenangriffen aus Gaza als notwendiger Schritt zum Schutz der israelischen Bevölkerung zu sehen. Der Verteidigungsaspekt sei für ihn auf allen Ebenen spürbar gewesen und eben kein leeres Narrativ. Der Kodex der Israelischen Verteidigungskräfte befiehlt seinen Soldaten stets moralisch zu handeln und vor allem nachzudenken.

Roman leugnet keinesfalls, dass es in der Armee zu unnötiger Gewalt kommen kann, betont aber das es sich zumeist um junge unerfahrene Menschen handelt, die je nach Situation nicht immer „moralisch“ handeln können. Nicht selten führen einfache Sprachbarrieren auf beiden Seiten zu eskalierenden Auseinandersetzungen. Dennoch sollte seiner Auffassung nach die grundsätzliche Frage nach Moral im Militär gestellt werden, sowie generell Gewalt als unmittelbarer Teil des Armeedienstes in jeder Armee der Welt. Abschließend bejaht Roman die Frage, ob auch er die Zahal als die „moralischste Armee der Welt“ sehe, weil sie sich nicht selten sogar ins eigene Fleisch schneidet, um den eigenen gesetzten Standards gerecht zu werden.

Bevor Häuser oder Objekte, in denen sich zivile Personen aufhalten könnten, angegriffen werden, wird bei den Bewohnern angerufen oder es werden Flugblät-

ter verteilt und genug Zeit gelassen, um das Gebäude zu verlassen. Diese Vorgehensweise ist zwar moralisch korrekt, da es die Bewohner warnt, aber eben kontraproduktiv im Kampf gegen Terror. Roman denkt, dass moralisch korrekte Handlungen und militärische Erfolge wohl kaum oder selten miteinander vereinbar sind. Der Dienst hat dennoch für ihn nur ein Ziel: den Schutz der israelischen Bevölkerung.

Ein anderer ehemaliger Soldat, Benny, berichtet ähnliches in Hinblick auf moralisches Verhalten der Soldaten und der strikten Vorschriften diesbezüglich seit der ersten Minute des Armeedienstes. Besonders prägend war für ihn ein Erlebnis bei dem ein Militärrabbiner vor Beginn der anstehenden Operation in Gaza auf die Soldaten einredete. Er versuchte den Soldaten zu vermitteln, wie wichtig es ist auf die Zivilbevölkerung Rücksicht zu nehmen. Dennoch betont er die Schwierigkeit innerhalb eines Krieges sich durch und durch moralisch zu verhalten. In Situationen, in denen kein Krieg herrscht, wie zum Beispiel in Hebron, ist es besonders wichtig moralisch zu agieren. Benny sieht jede Armee, die noch moralischer handelt als die Zahal, nicht in der Lage militärische Auseinandersetzungen zu gewinnen. Auf die Frage, wieso die Außenwelt das alles anders sieht, beantwortet Benny eindeutig: Sehr viel Unwissen und natürlich Antisemitismus.

Diese beiden Berichte ehemaliger israelischer Soldaten bezeugen zwei Sachen. Erstens wird innerhalb der israelischen Armee das Thema diskutiert. Sowohl einfache Soldaten als auch die Führung beschäftigen sich damit. Das Bild von einer mörderischen Armee, die nur darauf wartet „Palästinenser“ zu töten, widerspricht der Realität.

Israel ist seinen Gegnern in der Region haushoch militärisch überlegen. Es könnte seine Gegner militärisch unterjochen, zahlreiche seine Gegner ermorden. Israel tut es nicht, aber man kann sicher sein, dass Israels Gegner genau dies mit Israel tun würden, wären sie die militärisch Überlegenen.

Zweitens lässt sich an konkreten Beispielen der moralische Charakter der Zahal festmachen, vor allem an dem Versuch im Krieg die Zahl der zivilen Opfer gering zu halten. Dabei werden Aktionen durchgeführt, die in keinem anderen Land der Welt vorzufinden sind.

Zum Abschluss eine persönliche Note zu der Thematik „moralischste Armee der Welt“. Als vor rund zwei Jahren in der Ostukraine in der Region Donbass, wo ich geboren wurde, auf Städte geschossen wurde und die Zahl der zivilen Opfer ins Unermessliche stieg, telefonierte ich mit Bekannten vor Ort. Sie beschrieben mir die Situation und fügten noch einen prägenden Kommentar hinzu: „Wir wissen nicht, wer uns beschießt. Das ist nicht so, wie die Israelis es mit Flugblättern und Anrufen tun. Hier wird ohne jede Rücksicht bombardiert, sodass wir in Kellern sitzen müssen.“

Kein einziges ziviles Opfer kann gutgeheißen werden und ist definitiv eines zu viel. Jeder Verlust auf „palästinensischer“ Seite ist für Israel und seine Armee ebenso ein enormer Verlust. Israelische Soldaten sind der Mission verpflichtet sich und die Bevölkerung zu verteidigen, denn der einzige gerechte Krieg bleibt immer nur der Verteidigungskrieg.

Nicht allein auf Amerika fixiert

Israel im Spannungsfeld Washington/Moskau und seine Öffnung nach Asien

Von Ulrich Sahn

Die Spannungen zwischen Barack Obama und Benjamin Netanjahu haben den Austausch zwischen Israel und den USA zwar belastet, aber auch aus Eigeninteresse haben die Amerikaner parallel dazu die Militärbeziehung zu Israel nicht gebremst, sondern sogar hochgefahren. Denn ohne israelische Hightech wäre die Entwicklung von amodernen Abwehrsystemen wie die „Eiserne Kuppel“ kaum denkbar. Und diese sind auch für die Amerikaner von höchstem Wert.

Kooperation mit Moskau

Gleichzeitig wurde Israels Position im Spannungsfeld zwischen Washington und Moskau wie auch zum Fernen Osten gestärkt. Denn da zwischen den USA und Russland vor allem in Syrien gewisse Meinungsverschiedenheiten existieren, boten die schlechten Beziehungen Netanjahus mit dem US-Präsidenten für die Israelis eine einmalige Chance, hier eigene, höchst pragmatische Wege zu gehen. Moskau und Jerusalem koordinieren ihre Tätigkeit über dem Luftraum Syriens schon seit längerem, da beide Seiten dort keinen „irrtümlichen Zusammenstoß“ ihrer Kampfflugzeuge wünschen. Die fast überstürzte Visite von Staatspräsident Reuven Rivlin in Moskau macht die Prioritäten deutlich – eine lang geplante Staatsvisite in Australien wurde dafür kurzerhand abgesagt. Auch das Treffen Putin/Netanjahu am 21. April zeigt, dass sich da über die Jahre fast intime Beziehungen angebahnt haben. Eine Annäherung zwischen Israel und Moskau hatte schon Außenminister Avigdor Lieberman eingeleitet. Der konnte ohne Dolmetscher mit Putin Vodka trinken.

Neue Partner finden

Von den USA weniger abhängig zu sein, bedeutet für Israel auch, sich in Asien neue Partner suchen zu können, speziell China und Indien.

Auf Hightech spezialisierte israeli-



Benjamin Netanjahu mit Xi Jinping

sche Blogs und Israels Universitäten betonen die zahlreichen gemeinsamen Entwicklungsprojekte mit den Chinesen. Peking investiert kräftig in Israel, will die Eisenbahnstrecke von Tel Aviv

den Israelis verboten, eine typisch israelische Miniversion des Awacs-Aufklärungsflugzeugs zu verkaufen. Rice argumentierte, dass das israelische Flugzeug auch amerikanische Kompo-

Wirtschaftliche Kontakte ausbauen

Heute bauen die Israelis eigene erfolgreiche Waffensysteme. Für gutes Geld geben sie die an viele Interessierte weiter, auch ohne die Amerikaner um Erlaubnis bitten zu müssen. Zum Beispiel die hochentwickelten Heron-Drohnen, die sowohl der Aufklärung, wie bewaffnet für Angriffe dienen. Bekannte Kunden sind die Schweiz, die Bundesrepublik und zuletzt auch Indien, das gleich 10 bewaffnete Heron-Drohnen für 400 Millionen US-Dollar erwarb. Nicht von ungefähr ist Israel auf Militärausstellungen in Singapur, Thailand und anderswo im Fernen Osten präsent. Wie kürzlich das israelische Verteidigungsministerium bekannt gab, geht der Großteil der Rüstungsexporte nach Asien und dem Pazifik, in Höhe von 2,3 Milliarden US-Dollar, gefolgt von Europa, das von Israel Waffen und militärische Dienstleistungen im Wert von 1,6 Mrd. US-Dollar bezieht.

Neben den Militärkontakten sind die engen Beziehungen zwischen Israel und den fernöstlichen Großmächten auch durch vielfältige wissenschaftliche Kooperationen und einen nicht abbreißenden Strom von Besucherdelegationen bis hin zu Regierungschefs und Ministern gekennzeichnet. Hinzu kam: Jeder Versuch von Seiten westlicher Aktivisten, israelische Firmen oder Wissenschaftler zu boykottieren, führte nur zu einer weiteren Vertiefung der Beziehungen im Asiatischen Raum.

Alles andere als isoliert

Im Vergleich zu früheren Jahren, in denen Israel fast völlig isoliert war und auch von den sogenannten „blockfreien“ Staaten wie Indien weitgehend gemieden worden ist, hat sich Israel hier einen zentralen Platz in der Welt erobert und ist daher keineswegs nur von den USA als „einzigem“ Verbündeten abhängig.

„ Peking investiert kräftig in Israel, will die Eisenbahnstrecke von Tel Aviv nach Eilat bauen. “

nach Eilat bauen und kauft jetzt sogar die Kosmetikfirma „Ahava“ auf, ein Aushängeschild Israels. Ob und wie beide Länder auch militärisch kooperieren, ist weniger bekannt. Vor einigen Jahren noch hat die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice

enthalten und deshalb nicht an Länder weitergegeben werden dürfe, durch die „unsere Jungs getötet werden könnten“. In der damaligen Bush-Regierung befürchtete man offensichtlich den Ausbruch eines (Welt-)Kriegs zwischen China und den USA.

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht. Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr. Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA. Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment. Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben. Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN

Wie war das eigentlich mit den jüdischen Siedlern im Sinai?

Die kurze israelische Zeit auf der ägyptischen Halbinsel von 1967-1982

Von Monika Winter

Als es 1967 unter der Führung von Ägypten zum Sechstagekrieg kam, und Hauptziel – wie sollte es auch anders gewesen sein – die Vernichtung Israels war, konnte Israel die Luftwaffe der Feinde Syrien, Jordanien und Ägypten in einem Präventivschlag in 6 Stunden noch am Boden zerstören. Israel überlebte und eroberte sogar noch Judäa und Samaria zurück, obendrein Gaza, Golan und die Sinai-Halbinsel.

Überliefert ist dazu eine Anekdote von dem Millionenmörder Mao Tse Tung, der dem ägyptischen Staatschef Nasser einen Schlachtplan gegen die Israelis vorschlägt. Dieser solle den israelischen Feind „in die Tiefe locken“. Nasser lehnt diese „geniale“ Idee dankend ab: „Wir können keinen Befreiungskrieg für die Menschen im Sinai führen, weil es dort keine Menschen gibt.“

Sinai. In einem kurzen Zeitraum von nur 10 Jahren verwandeln jüdische Siedler auch die neu eroberten Wüstenlandschaften in Felder und Plantagen, sie bauten Fabriken und erweiterten Ferienanlagen. Die Israelis sorgten während ihrer Anwesenheit dafür, dass sich der wirtschaftliche Wert des Sinai insgesamt erhöht. Sie bauen die Infrastruktur aus, schaffen die Voraussetzungen für einen funktionierenden Fremdenverkehr, kümmern sich um Naturschutz.

Auch die auf dem Sinai lebenden Beduinen wurden nicht vergessen, sie erhielten eigene Zentren. Straßen werden für vorerst militärische Zwecke gebaut, aber auch für eine zukünftige friedliche Erschließung der Wüste. Der Ausbau militärischer Einrichtungen begann so gleich 1967, eine Marine-Basis und drei Flugplätze werden errichtet, als Schutz vor Angriffen.

Die Anwesenheit der Israelis legte auch den Grundstein für die touristische Erschließung der Sinai-Halbinsel. 1972 begann der Bau der Küstenstraße von Eilat. Entlang der Küstenstraße wurden beispielsweise bei Nuweiba und Dahab zwei Moschawim, also landwirtschaftliche Genossenschaftssiedlungen, errichtet. Gearbeitet und gelebt wird im Moschaw gemeinsam, die Gewinne sind nicht, wie etwa im Kibbuz, gemeinsames Eigentum, um dann gerecht aufgeteilt zu werden, sondern jede Person, jede Familie erwirtschaftet auch das, was sie erarbeitet hat.

Nahe dem Katharinen-Kloster entstanden verschiedene neue Hotels. Während der israelischen Feiertage kamen hauptsächlich jüdische Besucher. Aber auch deutsche und amerikanische Taucher nutzten die Hotels und erkundeten die Korallenriffe entlang der Küste des Golfes von Akaba. Zusätzlich wurden Dahab und Nuweiba begehrte Orte für Rucksacktouristen.

In Taba entstand zwischen 1979 und 1982 das Sonesta Hotel, später Hilton Taba & Nelson Village, sechs Kilometer entfernt von Eilat und neben Kfar Nelson gelegen. Erbauer war Eliyahu Paposchado. Das Hotel war sehr beliebt bei israelischen Touristen, bis es 2004 gezielt von Terroristen angegriffen wurde. Wir erinnern uns – es gab zahlreiche Tote und Verwundete.

Am Golf von Suez bei Abu Rudeis und Alam wurden sogar neue Erdölfelder erschlossen. Schnell entstanden neue jüdische Siedlungen auf dem Sinai. Yamit wurde 1974 im Nord-Osten der Sinai-Halbinsel (ganz nahe der Grenze zu Israel) erbaut und war neben Avsha-



Die israelische Siedlerin Zahava Lessinger zeigt ein Foto von einem Polizisten, der sie darum bittet ihr Haus in der Yamit-Siedlung zu evakuieren.

lom, Dikla, Holit, Netiv HaAsara, Sufa, Talmei Yosef eine der Siedlungs-Blöcke. Bilder der Siedlung sind leider sehr rar. Für die Anlage der Siedlung Yamit gab es

senz eine charakteristische Moschee.

Hier befand sich ein bekannter Badeort. Ein Flugplatz wurde 1976 eröffnet und ist heute bekannt als Sharm el-Sheik In-

„ Noch heute dürfen die Ägypter keine schweren Waffen auf die Sinai-Halbinsel verlegen “

zwei wichtige Gründe. Erstens sollte die Wüste bewirtschaftet werden und zweitens sollte gleichzeitig ein Schutzring geschaffen werden, um das israelische Kernland vor einem neuen ägyptischen Angriff zu schützen. Israelische Siedler taten das, was sie am besten können: sie rangen dem ohnehin sehr kargen Boden Tomaten- und Gurkenbeete ab.

Die in hellem Weiß strahlende Stadt Yamit mit zuletzt etwa 1.200 Einwohnern war auch ein Lieblingsprojekt von Mosche Dajan. Hier sollten auch ein Tiefseehafen und ein modernes Verwaltungsgebäude entstehen. Mosche Dajan prophezeite eine Bevölkerungszahl von 250.000 Bürgern in der Region, wozu es dann aber nicht mehr kam.

Inmitten dieser Wüstenlandschaft erschufen jüdische Siedler also Obst-, Blumen- und Gemüseplantagen. Sie bauten Treibhäuser für Tomaten und andere Gemüsesorten, errichteten gleichzeitig Verpackungsanlagen und dachten sicherlich nicht daran, den Sinai jemals wieder zu verlassen.

Der Gedanke an Frieden mit Ägypten lag in weiter Ferne. Business, gepaart mit Ideenreichtum, das Leben in freier Natur war so etwas wie ein erfüllter Traum, hinzu kam Religiosität – einige Siedler gehörten dem ultraorthodoxen Lager an, andere dem säkularen Judentum.

1968 erbauten sie die Siedlung Ophira, nördlich von Scharm el-Scheich (an der Südspitze der Sinai) gelegen. In Ophira wurden kleine Häuser gebaut und es gab dort auch in Zeiten der israelischen Prä-

ternational Airport. Scharm el-Scheich, einst nur ein Fischerdorf, entwickelte sich in rasender Geschwindigkeit zu einem luxuriösen, modernen Ferienort. Ophira selbst liegt auf der Felsenklippe von Ras Um Sidd. Um Sidd ist bekannt für seine Korallenriffe. Hier standen exklusive Hotels, neue wurden hinzugebaut.

Die Siedlung Neot Sinai war ein Lieblingskind von Menachem Begin und es wurde bereits eine „vorfabrizierte“ Villa als Altersruhesitz für ihn erreicht. In Neot Sina finden sich viele Gemüsefelder. In einer Ausgabe vom „Spiegel“ vom 14. Dezember 1981 unter dem Titel „Warten auf Messias“ ist eine Gesprächsnotiz zu finden: „Den Siedlern selbst erscheint ihre Schöpfung wie ein Paradies auf Erden – ohne Schmutz, Rauch und Dunst, mit sauberer Luft, Sonne und einer einmaligen Lebensqualität“, rühmt Jizchak Regav aus der Siedlung Neot Sinai“.

Interessant waren auch die Namen der Siedlungen. Einige entstanden zu Ehren israelischer Kämpfer, z.B. Avshalom-Feinberg. Feinberg war Führer des sogenannten „Nil-Spionagenetzes“ während des Ersten Weltkrieges. Eine Siedlung gleichen Namens wurde übrigens auch in Israel gegründet.

Auch Dikla, im nordöstlichen Teil der Sinai-Halbinsel, der Region Rafah, nimmt Bezug auf Avshalom Feinberg. Dikla wurde 1969 südlich des Gaza-Streifens errichtet und als Vorposten etabliert. Dekalim bedeutet Palme. Die Geschichte um Dekla hat den Hintergrund, dass Avshalom-Feinberg hier während des

Ersten Weltkrieges eine Palme gepflanzt hatte. Weitere Siedlungen trugen Namen wie Netiv Haasara, was „Beleuchteter Pfad der Zehn“ bedeutet, oder Sufa gleich „beleuchteter Sturm“.

Einige Israelis siedelten sogar in bisher völlig unbevölkerten Gebieten. Auch wissenschaftlich fühlte Israel sich im Sinai gefordert. Geologen stellten fest, dass sich unter den Sanddünen viele Milliarden Kubikmeter Wasser befinden, die für industrielle Zwecke zu nutzen wären und sich teilweise auch für landwirtschaftliche Zwecke eignen.

Bevor der Friedensvertrag mit Ägypten unterzeichnet wurde, demontierte die Armee bereits einen Teil ihrer Anlagen, um die vorgesehene Frist von 9 Monaten zum Rückzug einzuhalten. Doch es kam zu einer Unterbrechung, nicht nur weil es weitere Forderungen aus Ägypten gab, sondern auch weil Israel eine neue Bohrung am Alma-Ölfeld an der Küste des Golfes von Suez tätigen wollte. Das Alma-Ölfeld wurde von den Israelis entdeckt.

Als es dann 1978 zu einem endgültigen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel kam, bedeutete dies auch das Aus für jüdische Siedlerträume, Wissenschaften und Investitionen. Häuser wurden geräumt oder mussten zwangsgeräumt werden. Die meisten Siedler waren natürlich nicht gerade begeistert, hatten sie sich vor noch nicht so langer Zeit ihren Traum von einem anderen, besonderen Leben erfüllt. Es kam teilweise zu heftigen Widerständen. Letztendlich wurde der Sinai aber vollständig geräumt.

Seit 1982 steht Sinai wieder unter alleiniger ägyptischer Souveränität. Bestandteil des Friedensabkommens mit Ägypten war u.a., dass die Ägypter keine schweren Waffen auf die Sinai-Halbinsel verlegen dürfen. Dieses „Erbe“ dürfte einer der Gründe sein, warum der ägyptischen Zentralregierung die Region aus den Händen geglitten ist: Nirgendwo sind islamische Extremisten in Ägypten so stark wie im Sinai.

Umweltschutz steht in alter jüdischer Tradition

Das Ende der kostenlosen Einweg-Plastiktüte in Israel

Von Patrick Casiano

Es raschelt unaufhörlich an Israels Supermarktkassen. Zumeist werden nur zwei – oder maximal drei – Produkte in eine Einweg-Plastiktüte gepackt, die sehr viel mehr fassen würde.

Am 1. Januar 2017 wird in Israel ein neues Gesetz in Kraft treten, demzufolge Geschäfte eine Gebühr von 10 Agorot (etwa 2,4 Cent) für jede Einweg-Plastiktüte erheben müssen und diese nicht mehr gratis an ihre Kunden ausgeben dürfen. Dieses neue Gesetz ist Teil einer breiten gesellschaftlichen Tendenz hin zu mehr Umweltbewusstsein. Trotz einiger Fortschritte, die in den letzten Jahren auf diesem Gebiet erzielt wurden, hängt Israel dennoch vielen der anderen entwickelten Industrienationen hinterher. Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Einweg-Plastiktüten wird für den durchschnittlichen Israeli auf 275 Tüten pro Jahr geschätzt. Im Vergleich dazu liegt diese Zahl in Deutschland bei nur 75. International beginnt die Variationsbreite mit Dänemark und Finnland, deren Bewohner jährlich nur 4 Einweg-Plastiktüten verbrauchen und reicht bis zu den Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Portugal – als einzige Ausnahme nicht in Osteuropa – die alle etwa gleichauf bei einem Verbrauch von über 460 Tüten pro Person das weltweite Schlusslicht bilden. Ein extremer Unterschied angesichts der geringen Entfernung von nur 85 km besteht zwischen Helsinki und Tallinn.

Zur Umsetzung des am 29. März 2016 in der Knesset beschlossenen Gesetzes müssen die Geschäfte den für die Tüten berechneten Betrag auf dem Kassenzettel ausweisen und dem Umweltministerium vierteljährliche Berichte über ihren Verbrauch an Tüten einreichen. Bei Nichtbefolgung drohen finanzielle Strafen.

Umfragen zufolge befürwortet die Mehrheit der Israelis das neue Gesetz. Geäußerte Kritik betrafen vor allem den



Einweg-Plastiktüten sind zu einer großen Belastung für die Umwelt geworden.

zu geringen Betrag von nur 10 Agorot (2,4 Cent), da angenommen wird, dass dieser nicht ausreichend ist um eine Änderung im Konsumverhalten zu verursachen. Dem ursprünglichen Gesetzesentwurf zufolge hätte der Preis bei 30 Agorot liegen sollen.

Umweltbewusstsein wird häufig als Monopol der links-liberalen politischen Richtung angesehen. Im Falle der Republikaner und Demokraten in den USA mag dies auch zutreffen. In Israel stimmt dies hingegen nicht. Die religiösen jüdischen Quellen, die für die Konservativen so richtungsangehend sind, enthalten viele Spuren eines frühen Umweltbewusstseins.

Im 5. Buch Moses, Kapitel 20, Verse 19-20 ist von einem Kriegsszenario die Rede. Während man eine Stadt belagert, darf man nicht die umliegenden Obst-

bäume fällen. Sicherlich wäre es militärisch gesehen ein kluger Schritt die Obstbäume gerade doch zu zerstören. Vielleicht werden die belagerten Feinde, die sich hinter Ihrer hohen Stadtmauer verschlossen haben, dazu gezwungen hinauszukommen, um ihre Lebensgrundlage zu verteidigen. Aber selbst wenn sie dies nicht tun und die Belagerung irgendwann erfolglos abgebrochen werden muss, so hätte man den Feind dennoch geschwächt, indem man ihm einen großen Teil seiner zukünftigen Nahrungszufuhr zerstörte. Trotz dieser militärischen Logik verbietet die Thora jedoch ein solches Vorgehen strengstens. Selbst zum Bau hölzerner militärischer Anlagen dürfen nur Bäume gefällt werden, die keine Fruchtbaume sind.

Der Verse 4 und 5 des Kapitels 35 des

4. Buch Moses werden in der jüdischen Auslegungstradition als ein Bepflanzungsring interpretiert, der Ansiedlungen umgeben soll.

Jedes siebte Jahr gilt im Judentum als „Schmita“-Jahr, in dem die meisten landwirtschaftlichen Tätigkeiten untersagt sind und in dem das Land brachliegen soll. Früher muss dieses Gebot Zweifeln als unsinnig vorgekommen sein. Wie auch im Falle anderer Gebote können wir jedoch heutzutage, aufgrund unseres wissenschaftlichen Fortschrittes, im Rückblick den Sinn dieser göttlichen Gebote erkennen. Das Schmita-Jahr verhindert die Auslaugung der landwirtschaftlichen Anbaufläche und erhält deren Fruchtbarkeit.

Einige andere Themen berühren die Frage des Umweltbewusstseins nur teilweise. So sollte z.B. die Stelle im 5. Buch Moses, Kapitel 23, Verse 13-14 im Lichte des von den Vereinten Nationen anerkannten „World Toilet Day“ gelesen werden. Die Bibel verschweigt nichts. Auch derartige Verschmutzungen beeinflussen die Gesundheit des Menschen.

Nur Natur gehören natürlich auch die Tiere und beginnend mit der Bibel, hinaus über den Talmud und bis in die spätere rabbinische Literatur hinein finden wir Gesetze, die sich mit dem Thema des Tierschutzes beschäftigen. Eine ausführliche Liste würde an dieser Stelle jedoch den Rahmen sprengen.

In der Mischna (Abschnitt Bava Batra, Kapitel 2, Paragraphen 3 und 9) ist von Mindestabständen die Rede, die ein Gerber von Tierhäuten zu dem bewohnten Teil einer Stadt einhalten muss oder von Einschränkungen, wo ein Kuhstall positioniert werden darf. Das Besorgnis um Geruchsbelastung kann als früher Vorgänger der Vermeidung von Luftverschmutzung angesehen werden.

Die Effizienz des Gesetzes muss sich erst noch zeigen, aber die Intention ist sicherlich eine lobenswerte und steht in guter jüdischer Tradition.

Menschenleben vor Menschenrecht und politischer Korrektheit

Von Israel zu lernen rettet Leben

Von Ulrich Sahn

Die EU will nach den Anschlägen von Brüssel die Sicherheit auf den Flughäfen verbessern. Flughäfen sind seit Jahren Ziele terroristischer Anschläge: Wien, München, Zürich. Warum sind die EU-Behörden nicht schon früher auf diese Idee gekommen?

Es gibt ein von Terror besonders betroffenes „westliches“ Land, wo sich viele Maßnahmen zum Schutz der Fluggäste längst bewährt haben. Im terrorgefährdeten Israel hat es schon lange keinen erfolgreichen Anschlag etwa auf den Ben-Gurion-Flughafen gegeben. Es wäre ein Leichtes, die israelischen Methoden zu kopieren.

Schon 2001 nach 9/11 in New York, erklärte der Sicherheitschef der EL AL, dass mit seinen Maschinen ein Anschlag auf das WTC „nicht hätte passieren können“. Die Terroristen waren nur mit japanischen Teppichmessern bewaffnet und konnten mühelos in die Pilotenkanzel eindringen. Der Rest ist Geschichte. Mit der EL AL hätte das nicht passieren können, weil allein die Israelis der Überzeugung waren, dass ein Flugzeugentführer nicht unbedingt „sicher landen“ wolle, sondern auch ein Selbstmordattentäter

sein könnte. Keine einzige Fluggesellschaft in dem Dachverband IATA konnte sich das vorstellen. Und deshalb wurde lediglich den Israelis eine „Ausnahmegenehmigung“ erteilt, ihre Pilotenkanzeln mit Stahltür und Schleuse (zur Toilette) während des Fluges zu sichern.

Auch bei der Absicherung der Flughäfen haben die Israelis Methoden entwi-

ckelt, die jeder Fluggast erleben kann und leicht kopiert werden könnten.

Jede Zufahrt zu einem Flughafen ist eine Art Nadelöhr. Da ist ein erster Kontrollpunkt eingerichtet, eine Straßensperre, an der bewaffnete Sicherheitsleute einen schnellen Blick in Innere der ankommenden Fahrzeuge werfen. Gemäß Kriterien, die natürlich nicht veröffentlicht werden, picken die bewaffneten Männer und Frauen „Verdächtige“ heraus und lassen sie an die Seite fahren. Dort steht eine Durchleuchtungsmaschine. Mir ist es selber schon passiert, dass ich meinen Koffer vollständig auspacken und durchsuchen lassen musste. Warum war ich verdächtig?

hundert Metern der Autobahn steht in einer Seitenstraße ein Fahrzeug der Sicherheit, bereit, jederzeit loszufahren. Der Grund: Falls mal ein Auto die Straßensperre durchbricht, kann sich dieses Fahrzeug ihm den Weg stellen und die Weiterfahrt verhindern.

Jedes Empfangsgebäude verfügt nur über eine geringe Zahl von Eingängen. In Israel steht vor den automatischen Glastüren ein drahtiger Sicherheitsmann mit Sonnenbrille und beobachtet jeden ankommenden Passagier. Wer verdächtig ist, wird durch einen bereitstehenden Metalldetektor geschickt.

Und in der Empfangshalle, noch vor

den üblichen Sicherheitskontrollen, kann man in Israel mit seinem Pass an Automaten seine Bordkarte ausdrucken lassen. Junge Frauen stehen bereit, hilflosen Passagieren zu helfen. Wer weiterzieht zur Sicherheitskontrolle, aber nur seinen Koffer mitnimmt und das kleine Handwägelchen „vergisst“, löst sofort Großalarm aus.

Bis zur Sicherheitskontrolle vor dem Einchecken gibt es also in Israel gleich mehrere „Kreise“, die ein Durchkommen potentieller Terroristen vielleicht nicht ausschließen, aber immerhin sehr erschweren.

Nicht nur Methoden kennzeichnen die Israelis, sondern vor allem die Mentalität. Menschenleben hat Priorität vor Menschenrechten und politischer Korrektheit. Sie wissen genau, dass junge Moslems im Alter zwischen 20 und 25 potentiell gefährlicher sind als andere. Und entsprechend gehen sie vor, auch wenn ihnen das den Ruf einträgt „Rassisten“ zu sein und die Würde gewisser Bevölkerungsgruppen zu missachten. Aber: Die Sicherheit ihrer Fluggäste ist ihnen mindestens so wichtig wie die Würde eben dieser Bevölkerungsgruppen, die ja schließlich auch dankbar sind, wenn sie vor Terroristen geschützt werden.

„ Wer Europa sicher machen will, kann sich in Israel viel abgucken “

Israel und der Eurovision Song Contest

Grand Prix: Drei Siege, zwei Gastgeberrollen, stetige Kontroverse

Von Adam Elnakhal

Das vorweg: Seine besten Zeiten hat der „Eurovision Song Contest“ lange hinter sich gelassen. Dem größten internationalen Musikwettbewerb der Welt ist der anmutige Glanz seiner Anfangsjahre spätestens mit der Abschaffung des Begleitorchesters sowie dem Ende der Tradition, dass Beiträge in der jeweiligen Landessprache gesungen werden, Ende der 1990er endgültig verloren gegangen. Böse Zungen behaupten gar, dass es heute weniger um Musik, um Melodien und um Liedtexte als vielmehr um Showeinlagen ginge würde. Ganz böse Zungen behaupten sogar, dass sie einen Grand-Prix-Abend nur mit dem Verzehr alkoholischer Getränke aushalten könnten.

Wie dem auch sei: Der Eurovision Song Contest fährt in vielen Staaten jedes Jahr Spitzenquoten ein. Und da die Europäische Rundfunkunion nicht nur den europäischen Kontinent, sondern auch die nordafrikanischen Staaten und den vorderasiatischen Raum erfasst, darf seit jeher auch der Staat Israel am Sangeswettbewerb teilnehmen. Zur ersten israelischen Teilnahme kam es jedoch erst Anfang der 1970er, fünf Jahre nach der Inbetriebnahme des öffentlichen Fernsehsenders. Nach dem der israelische Rundfunk den Wettbewerb 1972 erstmals ausstrahlte, wagte sich im Frühjahr 1973 die damals 25-jährige Ilanit zur ersten Teilnahme auf die Bühne. Der von RTL veranstaltete Showabend in Luxemburg stand noch unter dem Eindruck des Massakers der Olympischen Sommerspiele in München einige Monate zuvor. Die Angst vor Störungen oder gar einem erneuten Massaker führte dazu, dass die aus Tel Aviv stammende Ilanit bei ihrem Auftritt im Großherzogtum eine kugelsichere Weste tragen musste und den Zuschauern im Vorfeld verboten wurde sich vor Veranstaltungsende von den Sitzen zu erheben. Doch es blieb ein friedlicher Sonnabendabend in der edlen Stadt an der Alzette. Am Ende erreichte die von Nurit Hirsh komponierte Ballade „Ey Sham“ bei 17 Teilnehmern einen mehr als respektablen vierten Platz. Israel erhielt sieben von 97 und damit überdurchschnittliche Punkte aus Frankfurt am Main von der Jury des Hessischen Rundfunks. Und auch Deutschland erhielt vier Punkte aus Jerusalem und war somit für Israel alles andere als das (musikalische) Schlusslicht jenen Abends. Die Punktevergabe bei der Eurovision wird seit je her genau beäugt. Nicht selten geht es auch um die allgemeinen Beziehungen zwischen zwei Staaten.

Doch genau das sollte der ESC (wie der Eurovision Song Contest seines langen Namens wegen gerne abgekürzt wird) nie werden: Ein Politikum! Die 1956 ins Leben gerufene Unterhaltungssendung sollte einen über die Schlagermusik verbindenden Charakter entwickeln. Doch wie sooft klaffen Wunsch und Wirklichkeit auch bei der schöngestigen Eurovision auseinander und der ESC wird genau das: Eine politische Bühne, auf welcher die Musik schnell zur leisen Hintergrundmusik und die bilateralen und gesellschaftlichen Beziehungen und Beziehungskonflikte in den Vordergrund rücken.

1979 war der Grand Prix zum ersten Mal in Israel

Schon 1979 fand der erste ESC in Jerusalem statt, da Israel mit dem Sänger Izhar Cohen und seinem leichten Dance „A-Ba-Ni-Bi“ im Vorjahr den Titel gewinnen konnte. Zunächst schien alles planmäßig



Izhar Cohen (Mitte) und seine Gruppe „Alphabeta“, Gewinner des Grand Prix 1978

zu verlaufen, ehe die Türkei, welche noch 1978 für den israelischen Siegerbeitrag die Höchstwertung vergab, für Aufsehen sorgte. Die Türkei stand bereits auf der Teilnehmernehmerliste des Europäischen Rundfunks, als man in Ankara einen eiligen Rückzieher machte und seine Teil-

Katastrophe geendete Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen endete die Teilnahme am ESC in einem großen Erfolg: Mit ihrem lebhaft vorgetragenen Beitrag „Chai“ erreichte Ofra Haza einen sehr respektablen zweiten Platz bei 20 Teilnehmern. Aus den Niederlanden und aus Ös-

„ Aus Angst vor einem erneuten Massaker trug die israelische Grand-Prix-Sängerin Ilanit bei ihrem Auftritt im Großherzogtum eine kugelsichere Weste.“

nahme in Jerusalem absagte – obwohl es schon eine Sängerin und ein Lied gab. Ob nun Druck von der türkischen Regierung und/oder den arabischen Nachbarstaaten den Ausschlag gaben, wird sich wohl nicht mehr sicher klären lassen. Sicher ist jedoch, dass Israel als Austragungsort und Gastgeber das entscheidende Problem für die Türken war. Der türkische Halbmond sollte unter dem israelischen Davidstern auftreten. Das war für den türkischen Staatssender dann doch zu viel der Toleranz. Israel konnte es jedoch egal sein. Es gewann im eigenen Land mit Gali Atari und dem wunderschönen Titel „Hallelujah“. Im folgenden Jahr 1980 verzichtete Israel sowohl auf die Veranstaltungsausrichtung als auch – aufgrund des Gedenktages Jom haZikaron, an dem der gefallenen israelischen Soldaten und zivilen Opfer des Terrorismus gedacht wird – auf eine Teilnahme. Nun war es dem Königreich Marokko, das bis dahin dem Wettbewerb gänzlich fern geblieben war, seltsamerweise auf einmal möglich teilzunehmen. 24 Jahre nach der Unabhängigkeit von der Frankreich schickte man erstmals eine Delegation mit der Popsängerin Samira Said zum Grand Prix, der 1980 im niederländischen Den Haag stattfand. Man konnte jedoch nur einen enttäuschenden vorletzten Platz erreichen. Marokko selbst gab seine Höchstpunktzahl (12 Punkte) übrigens an die Türkei, die in jener Sonnabendnacht lediglich aus Italien (8) und aus Österreich (3) Punkte bekam. Aber nein, der ESC ist ganz sicher kein Politikum. Oder?

Doch weiter in der Eurovisionsgeschichte: Die 1980er und 1990er Jahre wurde zu einer langen Durststrecke für den Grand Prix. Immer wieder drohte der ESC einzuschlafen. Ein Höhepunkt war sicherlich der Auftritt von Ofra Haza beim Contest 1983 in München. Anders als die in der

terreich gab es für Israel sogar die Höchstwertung. Dort sah man Ofra Haza noch vor der Gewinnerin Corinne Hermès, die für Luxemburg den Sieg errang. Und aus der Türkei? Aus der Türkei gab es 0 Punkte für Israel. Sicher hätte Ofra Haza auf die Strophen mit einem „Am Yisra'el chai“ verzichten müssen, um überhaupt einer Chance auf Punkte aus der Türkei etwas näher zu rücken. Doch wahrscheinlich dachte die im Jahr 2000 verstorbene charismatische Sängerin im Traum nicht daran den Liedtext in irgendeiner Weise zu ändern. Bereits im Vorjahr 1982 wurde Israel mit dem Tanzlied „Hora“ Zweiter und musste dabei auf Punkte aus der Türkei verzichten.

Die Jahre nach 1983 waren für Israel recht wenig erfolgreich. 1991 holten Orna und Moshe Datz als „Duo Datz“ mit ihrem fröhlichem Schlager „Kann“ den dritten Platz. Und diesmal gab es eine Sensation: 12 Punkte aus der Türkei! Über die ausschlaggebenden Gründe für die türkische Höchstwertung kann nur spekuliert werden. Sicherlich bot der allgemein gehaltene Liedtext über Heimatgefühle keinen besonderen politischen Sprengstoff. Und das sympathische Ehepaar Datz vertrat zwischen leicht bekleideten Mädchenbands, bühnenden Jungenbands und erotisch angehauchten Choreographien eher das konservative Lager. Die israelische Höchstwertung ging an Frankreich und an die in Tunesien geborene Sängerin und Moslemin Amina Annabi. Ihr Auftritt und der Text ihres Liedes können als Kampf für weltweite Frauenrechte (also auch in ihrer Geburtsheimat, dem Maghreb wie in der gesamten moslemischen Welt) interpretiert werden. Von der Türkei gab übrigens keinen Punkt für die Glaubensschwester, die um ein Haar den Wettbewerb gewonnen hätte.

Es folgten unauffällige Jahre für den

Grand Prix. Doch dann kam 1998. Es kam Dana International, welche den bürgerlichen Namen Sharon Cohen trägt. Sie wurde 1969 in Tel Aviv in eine Familie mit jemenitischen und rumänischen Wurzeln geboren – als Junge mit dem Namen Jaron. Anfang der 1990er wurde aus Jaron Sharon und aus Sharon wurde Dana International. Fünf Tage vor dem 50. Jahrestag der Ausrufung des Staates Israel sang sie Israel mit ihrem Frauenpowergeschichtssong „Diva“ im westenglischen Birmingham auf den ersten Platz. Doch mehr noch als ein Sieg in einem musikalischen Wettbewerb war es für Israel ein Sieg der freiheitlichen Demokratie. Die Botschaft an die Welt war glasklar und unmissverständlich: Der Staat Israel ist eine jüdische Demokratie in der Frauen und sexuelle Minderheiten gleichwertige Staatsbürger sind, in der die Rechte der Orthodoxen genauso geschützt werden wie die Rechte der Liberalen. Es ist der kostbare Sieg der freiheitlichen Demokratie, welcher Israel bleiben wird, wenn der Eurovisionsruhm verblasst ist und um Israel herum der Hass auf Frauen, Juden, sexuelle Minderheiten und den Staat Israel jede Freiheit, jeden Respekt und jeden Frieden im Keim erstickt.

Ach ja: 1999 beim ESC in Jerusalem nahm die Türkei dann übrigens teil. Herr Erdogan saß zu diesem Zeitpunkt aufgrund einer Verurteilung durch das Staatssicherheitsgericht noch im Gefängnis. Aber das ist eine andere Geschichte...

Im neuen Jahrtausend konnte Israel bislang leider nicht an die Erfolge von einst anknüpfen. Und trotzdem lässt man sich nicht entmutigen und nimmt nach wie vor jedes Jahr am Semifinale teil. Der Beitrag im letzten Jahr war seit fünf Jahren der erste, der sich wieder für das Finale qualifizieren konnte. Doch er war auch der erste Beitrag Israels, welcher ausschließlich auf Englisch vorgetragen wurde. Sollte sich diese Sprachpolitik durchsetzen, wäre das eine kulturelle Selbstverleugnung Israels, die mithilft, den Wettbewerb weiter seines völkerverbindenden Elementes zu berauben. Denn sprachliches Gleichmachen, die englische Einheitssprache für den Grand Prix, sorgt höchstens dafür, dass man den Wortlaut eines Liedes verstehen kann. Aber der ESC ist – obwohl Politikum – keine Konferenz, sondern für drei Minuten die musikalische und kulturelle Vertretung eines Landes. Und da braucht Israel seine jahrtausendealte hebräische Amts- und Landessprache ganz sicher nicht zu verstecken.

Israels sonnigere Alternative zum Jakobsweg

Andy Eggert zum Wandern auf dem Israel-Trail

Ein Interview mit Andy Eggert, Vorstand der Allgäuer Israelfreunde, über die Sicherheit am Israel National Trail und über Israel ganz allgemein.

INT: Als Vorstand der Allgäuer Israelfreunde engagieren Sie sich seit vielen Jahren für ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen Deutschland und Israel. Immer wieder mahnen Sie dabei eine faire Berichterstattung an, sind Erklärer, Brückenbauer. Oft finden Sie aber auch sehr klare Worte. Themen wie „Wandern in Israel“ haben da vermutlich bis jetzt keine Rolle gespielt?

Andy Eggert: Ganz im Gegenteil. Ein wichtiges Anliegen der Allgäuer Israelfreunde ist es, die Menschen im Allgäu und in Israel einander näherzubringen. Und das geht nur, wenn man einzelne Aspekte des Lebens im jeweiligen Umfeld beleuchtet, sich also bewusst abseits der politischen Diskussionen hält. Auf unserer Facebook-Seite findet sich z.B. ein Bericht über einen Kibbuznik, der Bergführer im Allgäu geworden ist, Rezepte für das bevorstehende Pessachfest und kurze Videoclips über israelische Städte. Auch unsere Israel-Tage (der nächste findet am 18. Mai in Kempten statt) sind so ausgelegt, dass die Besucher mit Angeboten wie Musik und Spezialitäten für Israel interessiert werden sollen, nicht mit politischen Diskussionen.

Selbstverständlich können wir die Terrorwelle, unter der israelische Zivilisten seit Monaten zu leiden hat, genauso wenig ignorieren wie die einseitige und ungenaue Berichterstattung darüber in deutschen Medien. Wie sollen wir als Israelfreunde still sein, wenn ein feiges Attentat auf einen Bus, bei dem durch einen glücklichen Zufall „nur“ 18 Verletzte zu beklagen sind, in deutschen Medien anfangs als „Mehrere Verletzte bei einem Brand in einem Bus in Jerusalem“ berichtet wird?

Sinn unserer Arbeit ist aber weniger der politische Diskurs, sondern viel mehr, Menschen zueinander zu bringen. Und dafür sind gerade Themen wie der „Israel-Trail“ oder das Buch darüber sehr wichtig, weil sie Geschichten von Menschen erzählen und damit wirksam Vorurteile abbauen helfen.

INT: Immer mehr Pilger interessieren sich für den Israel National Trail, manche sehen in ihm schon die ultimative und jungfräuliche Alternative zum Jakobsweg. Wer seine Pläne unbedacht äußert, wird womöglich von allen Seiten – auch aus dem eigenen Bekanntenkreis – mit negativen Aussagen über Israel „bombardiert“ und verunsichert werden. Muss man in Israel Angst haben?

Andy Eggert: An dieser Frage kann man sehr schön den Unterschied von „medialem Bild“ und „Wirklichkeit“ festmachen: Jede Statistik, aber auch jeder, der schon einmal selbst im wunderschönen Urlaubsland Israel war, kann bezeugen, dass das Land für Urlauber und Wanderer sehr sicher ist. Die Menschen in Israel sind gastfreundlich und aufgeschlossen, als Tourist ist man in dem Land herzlich willkommen. Die allermeisten Menschen kommen von ihrer ersten Reise nach Israel mit einem völlig verändertem Bild des Landes und seiner Bewohner zurück. Und genau das ist es auch, was ich all den Skeptikern empfehle: „Schaut euch das Land mit eigenen Augen an und bildet euch selbst euer Urteil!“



Auf www.israel-trail.com gibt es Tipps zu dem Wanderweg.

INT: Oft werden Sicherheitsfragen diskutiert. Wer den Israel National Trail als Ganzes durchwandern möchte, ist ca. 50 Tage zu Fuß durch Israel unterwegs. Womöglich sogar allein...

„Israel ist das einzige Land der Welt, in dem man vormittags in einem tropischen Korallenriff tauchen, mittags mit einem Kamel durch die Wüste reisen und nachmittags Ski fahren kann!“

Andy Eggert: Der Israel National Trail ist ein Erlebnis, bei dem es eine ganze Menge Gefahren einzuordnen gibt. Man ist in der Wüste allein unterwegs und muss mit Kälte, Hitze, Wasserverbrauch und vielen anderen Herausforderungen zurecht kommen. All das verlangt ein hohes Maß an Planung und Vorbereitung. Um das einschätzen zu können, sollte man vorher das Buch von Christian Seebauer gelesen haben. Dem sind auf seinem Weg durch Israel nur freundliche und hilfsbereite Menschen begegnet und sein größtes Problem mit seiner „Sicherheit“ war der Moment, als ihn ein israelischer Barbesitzer von seiner Terrasse geworfen hat.

INT: „Raketen aus Gaza, Bombententate, Messerattacken, Terror, Hamas, Palästina, Siedlungspolitik“ – Nur ein paar willkürlich Stichworte, die unsere Medien beherrschen und die einem auf Anhieb einfallen könnten. Warum schaffen es die guten Meldungen nicht in die Medien? Und was davon bekommt man als Wanderer im Heiligen Land mit?

Andy Eggert: „Only the bad news are good news“ – dieser Grundsatz gilt wohl

in der gesamten Medienwelt, nicht nur, wenn es um Israel geht. Was beim Thema Israel hinzukommt – leider nicht nur bei deutschen Medien –, ist eine gewisse Verbissenheit, mit der unsere Zeitungen und TV-Anstalten versuchen, das Land

ckung und in den letzten Jahren blutige Bürgerkriege. In diesem Meer von Grausamkeiten gibt es eine Insel der Freiheit, der Demokratie, wo Gleichheit der Geschlechter und Gleichheit vor dem Gesetz herrschen und wo Menschen frei ihr Glück machen können: Israel. Und genau dieses Land ist es, das in unseren Medien ständig verteufelt wird!

Aber das „wahre“ Israel sieht eben ganz anders aus! Ich kann jedem interessierten nur wärmstens empfehlen, selbst nach Israel zu reisen und sich selbst ein Bild von dem Land und seinem Menschen zu machen. Israel ist sicher und es ist ein faszinierendes Reiseland!

INT: Bleiben wir bei den Vorurteilen. Viele Deutsche haben womöglich ein un-



Auf dem Israel-Trail

in den schwärzesten Farben darzustellen. Man muss sich das einmal vorstellen: in der ganzen Region herrschen Analphabetismus, Armut, Unterdrückung

gutes Gefühl bei dem Thema „als Deutscher nach Israel“ zu gehen, man könnte ja auch mit der Vergangenheit konfrontiert werden?

Andy Eggert: Niemand, der heute nach Israel als Urlauber kommt, ist persönlich für die Verbrechen der Schoah verantwortlich. Das war eine andere Generation. Viele Menschen, die als Urlauber oder Pilger ins Heilige Land kommen, spüren eine Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich so etwas nie mehr wiederholt. Diese Menschen finden in Israel viele Orte, an denen sie der Vergangenheit gedenken können und – noch – viele Menschen, die diese Vergangenheit erlebt haben.

Daneben gibt es aber auch viele – vor allem jüngere – Menschen, die einfach nach Israel kommen, um in Eilat zu baden, die Nächte in Tel Aviv zu erleben, oder eine Wanderung durch die Wüste zu unternehmen. Israel ist ein faszinierendes Urlaubsland und jeder Gast kann sich seinen Urlaub zu zusammenstellen, wie er möchte.

INT: Also auf nach Israel! Typische Situation: Man würde sich gerne ein paar Tage am Israel Trail versuchen, möchte aber seine Familie nach Israel mitnehmen. Vorstellbar?

Andy Eggert: Warum nicht? Israel ist das einzige Land der Welt, in dem man vormittags in einem tropischen Korallenriff tauchen, mittags mit einem Kamel durch die Wüste reisen und nachmittags Ski fahren kann! Und wem das noch nicht reicht, für den gibt es die Nächten am Strand von Tel Aviv!

INT: Neben reinem „Jesus-Tourismus“ kann man also auch noch andere Sachen machen?

Andy Eggert: In den letzten Jahren ist Israel zu einer „In“-Destination des globalen Tourismus geworden. Mittlerweile gibt es spezielle Angebote für praktisch jede Zielgruppe, vom „Jesus-Touristen“ über den Naturliebhaber bis zu den Touristen, die einfach nur ein paar Tage am Strand entspannen wollen. Im Unterschied zu praktisch allen Ländern der Region herrscht in Israel ein tolerantes und weltoffenes Klima: man macht Urlaub bei Freunden!

INT: Nochmal zurück zur Familie. Könnte man einen Tag – sagen wir mit einem Leihwagen – raus fahren in die Negevwüste und dann auch einfach seinen Kindern und seiner Frau die Wüste zeigen? Ist so etwas möglich?

Andy Eggert: Natürlich ist so etwas möglich. Wie in allen Wüstengegenden kann es nicht schaden, sich vor der Tour über örtliche Gegebenheiten zu informieren, aber ansonsten spricht nichts gegen eine Tour durch die Wüste. In Israel gibt es z.B. in der Arava eine ganze Reihe interessanter Ziele, die man bei einer solchen Tour besuchen sollte. Oder wollen Sie ernsthaft Israel verlassen, ohne mit ihrer Familie den „Brunnen der ewigen Jugend“ besucht zu haben?

INT: Auch gerne gefragt: Wie ist die ärztliche Versorgung in Israel. Wenn etwas passiert, dann ...

Andy Eggert: ...hat man den gleichen medizinischen Standard wie in Deutschland. Das ist nicht ganz richtig, denn in einigen Bereichen ist die Medizin in Israel weiter als in Deutschland. Ich kann dazu ein Beispiel aus meiner Familie nennen: meine Frau hat sich ihre Zahnimplantate bei einem Spezialisten in Tel Aviv machen lassen. Die Qualität ist sehr gut, und die Behandlung hat inklusive zweimal 10 Tagen Urlaub deutlich weniger gekostet als in Deutschland.

INT: Wie teuer ist Israel eigentlich?

Andy Eggert: Es gibt für Israel mittlerweile schon erste Pauschalangebote für



Flug und Hotel. Wenn der neue internationale Flughafen in Eilat eröffnet, werden sehr viel mehr derartige Angebote auf den Markt kommen: Israel möchte jugendliche Urlauber verstärkt ansprechen.

Wenn meine Frau und ich nach Israel kommen, nehmen wir eine Ferienwohnung und einen Mietwagen. Das Leben in Israel entspricht dann in etwa den Kosten, die wir von Deutschland gewohnt sind.

INT: Essen spielt im Urlaub schon eine große Rolle. Was und wie isst man eigentlich in Israel?

Andy Eggert: In Israel leben Menschen, deren Vorfahren aus über 140 Ländern gekommen sind. All diese Menschen haben ihre Rezepte, ihre Gewürze und ihre Art zu kochen mitgebracht. Wenn man die israelische Küche also in einem Wort beschreiben soll, dann wäre das „vielfältig“.

Natürlich gibt es Gerichte, die man in Israel gegessen haben muss: Falafel zum Beispiel, Shashuka oder Hummus. Israel ist ein Paradies für Fingerfood: einfach die Stände entlang gehen und rechts und links kosten!

INT: (lacht) ... Israel ist ein schönes Land, weil ...

Andy Eggert: ... dort wunderbare Menschen leben!

INT: Wer noch nicht viel über Israel weiß, den würde vielleicht überraschen, dass ...

Andy Eggert: ...die gesamte Landschaft, all die tiefen Wälder, die Flüsse, all die Felder und die ganze Natur von Menschenhand geschaffen sind und erst wenige Generationen existieren. Vor 100 Jahren war das ganze Land wüst und praktisch menschenleer. Nur durch unendliche Arbeit konnte das Naturparadies geschaffen werden, das Israel heute ist.

INT: Nicht jeder spricht hebräisch. Wie kann man sich im Heiligen Land verständigen? Kann man Verkehrsschilder und Landkarten überhaupt lesen?

Andy Eggert: Alle Schilder in Israel sind hebräisch, englisch und arabisch. Orientierung ist also kein Problem. Ebenso wenig die Sprache: praktisch jeder Israeli kann englisch.

INT: Was muss man wissen, wenn man nach Israel reist? Wie kann man sich vor-

bereiten?

Andy Eggert: Man muss gar nichts wissen, wenn man einfach nur eine Woche Badeurlaub in Eilat machen will. Menschen, die wegen spezieller Interessen nach Israel kommen, werden sich ganz von alleine auf ihren Urlaub vorbereiten.

INT: Als Christ am Israel Trail... Für Juden ein Problem? Als Christ ein Problem?

Andy Eggert: Warum sollte das ein Problem sein? So lange man anderen Menschen mit Respekt begegnet, werden diese den Respekt erwidern. Israel ist ein freies Land, in dem jeder seinen Glauben leben kann.

INT: Wie erklären Sie einem Laien auf die Schnelle den Schabbat? Was sollte man beachten?

Andy Eggert: In der jüdischen Tradition beginnen Tage mit dem Sonnenuntergang. Schabbat beginnt also Freitag Abend und dauert bis Samstag Abend. An diesem Tag sind in Israel üblicherweise alle Geschäfte und Restaurants geschlossen. Israel hat eine Sechs-Tage-Woche, der Sonntag ist der erste Arbeitstag der Woche.

INT: In Israel begegnet man auch bewaffneten Soldaten und Soldatinnen. Für manche ein ungewohntes Bild

Andy Eggert: ...aber auch eine gute Gelegenheit, bestehende Vorurteile über die „israelische Armee“ zu berichtigen. In Israel sind alle Männer und Frauen wehrpflichtig, die Armee leistet einen großen Beitrag, die Einwanderer aus über 140 Ländern in die israelische Gesellschaft zu integrieren. Die Armee beschützt ihre Bürger und sie tut das mit Wärme und Menschlichkeit, eben weil die Armee aus den Bürgern des Landes besteht.

Wer einmal ein Gruppe junger Soldatinnen kichernd und kitternd in einem Restaurant sitzen gesehen hat, kann über manche Berichte unserer Medien über die israelische Armee nur noch den Kopf schütteln.

INT: Nach dem Militärdienst ist es in Israel fast schon Tradition, sich auf den Israel National Trail zu begeben. Was bedeutet der Shvil Israel für einen Einheimischen?

Andy Eggert: Das könnt ihr sicher selber besser beantworten, ihr habt auf dem Trail doch sicher viele junge Israelis getroffen.

INT: Nirgendwo am Israel Trail entdeckt man Müll oder Abfall. Was bedeutet den Israelis Umweltschutz?

Andy Eggert: Eben weil das Land Israel vor wenigen Generationen noch unbewohnbare Wüste war, haben die Menschen dort ein ganz besonderes Verhältnis zur Natur. Jeder Baum im Land ist von Menschenhand gepflanzt, jeder Tropfen Wasser wird mehrmals genutzt, jeder Wasserlauf ist eigens angelegt – da ist es naheliegend, sorgsam mit der Natur umzugehen. Das kann man sogar aus dem Weltall sehen: mit Google Earth kann man das grüne Israel inmitten unwirklicher Wüste erkennen.

INT: Was treibt Sie an, sich unermüdet für Israel einzusetzen?

Andy Eggert: Die Liebe zu den Menschen dort.

INT: Zum Schluss noch ein Satz zum Vervollständigen: Wer nach Israel geht, ...

Andy Eggert: ... nimmt Teil am größten Wunder in der Geschichte der Menschheit!

Jom haAtzma'ut

Trauer und Glück liegen nah beieinander



Von Monty Aviel Ott

Ein Tag in blau-weiß: Flugzeugparade zum Unabhängigkeitstag.

Auf jüdischen Hochzeiten, Tagen des Glücks und der Freude gibt es immer einen ambivalenten, einen traurigen Augenblick. Der Moment, wenn das Glas zertreten wird und wir uns selbst in absoluter Höchststimmung bewusst machen, dass es Übel und Leid auf dieser Welt gibt. Das Zertreten des Glases führt uns dabei konkret die Zerstörung des Tempels vor Augen. Doch nicht nur an Hochzeiten liegen Glück und Leid nah beieinander. Sondern auch an Jom haAtzma'ut, dem israelischen Unabhängigkeitstag.

„Gleich allen anderen Völkern, ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen.“ Mit diesen Worten begründete David Ben-Gurion in einem Haus in Tel Aviv den Staat Israel. Er beruft sich dabei auf die Worte Theodor Herzls, der exakt ein halbes Jahrhundert zuvor erklärt hatte, dass in 50 Jahren jeder einsehen würde, dass er den Judenstaat auf dem Zionistenkongress begründet habe. Die Geschichte gab ihm Recht und heute floriert das Land im Nahen Osten. Doch Herzls Utopie „Altneuland“ wurde nicht ganz wahr. Eine gelungene Auseinandersetzung von Herzls Gedankenspielen und dem, was aus ihnen geworden ist, findet sich in Johannes Bockenheims Reportage „Chuzpe, Anarchie und koschere Muslime“.

Doch nach Herzls Tod übernahmen andere das Ruder und der Zionismus entwickelte sich, und spaltete sich in diverse Richtungen auf. Vorerst waren die Chaltzim, die sozialistisch-zionistischen Pioniere, prägend für den Aufbau des Staates. Ihr Traum von einem sozialistischen Judenstaat fand zu jener Zeit der großen Blockkonfrontation von unerwarteter Seite Anklang. So war es die Sowjetunion, die die Gründung Israels forcierte und während des Unabhängigkeitskrieges die kämpfenden zionistischen Grup-

pen (über ihren Vasallen Tschechoslowakei) mit Waffen versorgte. Erst später wandelte sich dieses Verhältnis, was unter anderem an Stalins rigidem Antisemitismus lag. Die USA wurden zu einem entscheidenden strategischen Partner, der bis heute ein wichtiger Verbündeter ist. Der Judenstaat musste etliche Kriege überstehen und schaffte es trotz der dauerhaften Bedrohungslage – die von einem Großteil der arabischen Nachbarstaaten ausging – ein demokratischer Rechtsstaat zu bleiben.

Es gibt also genug Anlass, um jedes Jahr erneut zu feiern, denn Israel ist tatsächlich ein Wunder. Hierbei klingt Ben-Gurions gängiges Bonmot im Hintergrund: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“. Doch wie der Blick auf jüdische Hochzeitsrituale zeigt, wäre Jom haAtzma'ut kein echter jüdischer Feiertag, wenn man sich nicht auch der Trauer bewusst wäre.

Und so geht dem Tag, an dem überall aufblasbare blauweiße Baseballschläger geschwungen werden und Kinder eine Mischung aus Rasierschaum und Sahne versprühen, der Tag der Trauer voraus: Jom haZikaron, der „Gedenktag an die gefallenen israelischen Soldaten und Opfer des Terrorismus“. Dieser Tag ist auch bitter notwendig, da Israel einen großen Preis für seine Unabhängigkeit zahlen musste. Dabei hatte Ben-Gurion in der Nacht der Unabhängigkeit die Friedensstaube in Händen gehalten: „Wir reichen allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und zu guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem unabhängigen hebräischen Volk in seiner Heimat auf.“

Die Friedensstaube wurde vom Himmel geschossen. Zwar erzielte man Erfolge mit Ägypten und Jordanien, aber der sogenannte Friedensprozess ist heute ein Schatten seiner selbst. Hisbollah,

Hamas und der Iran drohen nach wie vor mit der Vernichtung Israels und die UNO beschließt eine einseitige Resolution nach der anderen. Aber weder die UNO-Resolutionen und Boykottkampagnen, noch der islamistische Terror konnten Herzls Traum bezwingen. Das wird einem zwischen dem 4. und 5. des Monats Ijjar (nach gregorianischem Kalender der 13. und 14 Mai) besonders bewusst. Wenn an Jom haZikaron die Sirene schallt, dann geht es einem durch Mark und Bein. Einerseits dient dieser Tag dazu, dass wir des Militärpersonals und der Veteranen der diversen Konflikte gedenken, aber auf der anderen Seite erinnern wir uns an diejenigen, die nicht innerhalb von Kampfhandlungen in den Tod gerissen wurden. All jene, die bei Selbstmordanschlägen, bei Messer- und Autoramm-Attacks oder im Schlaf ermordet wurden, all ihnen gehören unsere Gedanken.

Der Signalton, der den Tag eröffnet, schneidet einen aus dem Tag heraus, manch einer verharret, manch einer betet, aber alle zeigen ihren Respekt. An der Kotel in Jerusalem wird die israelische Fahne auf Halbmast gesenkt. Am nächsten Morgen, gegen 11 Uhr, erklingt eine doppelt so lange Sirene, mit welcher offizielle Gedenkveranstaltungen und private Erinnerungsversammlungen eröffnet werden. Wenn am Abend die Fahne auf dem Herzlberg wieder ganz gehisst wird, beginnt der Unabhängigkeitstag. Im Jahr 1949 lagen beide Tage noch zusammen, was allerdings zu logistischen, und nicht zu unterschätzenden, emotionalen Implikationen führte.

Die starke Emotionalität des Tages verwundert nicht, da durch die Wehrpflicht bedingt, die meisten Israelis gedient haben und die meisten israelischen Familien bereits Opfer beklagen mussten. Es ist ein Tag, der nicht nur mit Israel verbun-

den ist, sondern auch mit uns Juden in der Diaspora. Für uns ist Israel eine Lebensversicherung, ein Ort an dem Judentum eine Normalität ist. Ich bin den jungen Menschen sehr dankbar und es fehlt mir, der ich im friedvollen Europa aufgewachsen bin, zumeist die Vorstellungskraft, um verstehen zu können, wie man sich fühlt, wenn man in diesem Alter schon solches Leid gesehen hat. Nachdem das Leben verlangsamt wurde, entwickelt sich mit dem Abend eine wahnsinnige Dynamik.

Mit dem Gefühl der Trauer begegnen wir dem Gefühl der Hoffnung. Frei nach dem Motto: „Die Nacht ist am dunkelsten vor der Dämmerung, doch die Dämmerung bricht jetzt an!“ Jedes Mal am Unabhängigkeitstag hoffe ich, dass sich der Spalt der leidvollen Erfahrungen zwischen europäischen und israelischen Jugendlichen bald ein bisschen schließt. Die Hoffnung, dass Ben-Gurions Friedenstaube als Phönix aus der Asche wieder aufersteht und der islamistische Terror schlussendlich besiegt wird.

All das ist ein Traum, aber ein Wiener Journalist vor 120 Jahren muss sich ähnliches gedacht haben, als er an das Land zwischen Mittelmeer und Jordan dachte. Die Unabhängigkeitserklärung ist ebenfalls ein Dokument der Hoffnung. Und wenn ein Gedanke schon in einem so glorreichen, historischen Dokument niedergeschrieben wurde, dann ist es legitim sich diesen zu eigen zu machen: „Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten. Unser Ruf ergeht an das jüdische Volk in allen Ländern der Diaspora, uns auf dem Gebiete der Einwanderung und des Aufbaus zu helfen und uns im Streben nach der Erfüllung des Traumes von Generationen – der Erlösung Israels – beizustehen.“

Der Heulkampf als meine Füße israelischen Boden berührten

Mit 43 das erste Mal daheim!

Von Attila Teri

Es ist schon seltsam, wenn man 25 Jahre lang auf der Flucht ist, keine Ahnung hat, wovor geschweige denn warum. Die Lage wird dadurch auch nicht einfacher, wenn es einem nicht mal klar ist überhaupt auf der Flucht zu sein. Aber es kann genauso gut sein, dass ich es geschafft habe, mich mein halbes Leben lang erfolgreich selbst hinter Licht zu führen – bewusst oder unbewusst.

Ich bin mit meinem guten Freund Hansi, der auch noch ein ausgezeichnete Kameramann ist, im Anflug auf Tel Aviv. Es ist fast tragikomisch, dass wir zusammen unterwegs sind – je nach Ansicht – in das gelobte, heilige oder verfluchte Land namens Israel. Hansi kenne ich seit Anfang der 1980er Jahre. Er ist äußerlich der personifizierte Traum des österreichischen Hobbymalers, der 1939 auszog, die Welt nach seinen sehr eigenartigen Vorstellungen umzugestalten. Die krampfhaften Bemühungen endeten bekanntlich damit alles in Schutt und Asche zu legen, inklusive seiner selbst. Hansi ist 1,90 Meter groß, blond, blauäugig und um das Klischeebild abzurunden, selbst Österreicher. Natürlich hat er inhaltlich nicht das Geringste mit der morbiden Beschreibung der „Herrenrasse“ gemein, ihn damit überhaupt in Verbindung zu bringen ist schon sehr gemein. Trotz seines Namens (er heißt Goldfuß!) ist Hansi kein Mitglied der jüdischen Weltverschwörung.

Nun sitzen wir gemeinsam in der Maschine, kurz vor der Landung auf dem Ben-Gurion-Flughafen. Mitten in der zweiten Intifada gelang es mir Pro Sieben davon zu überzeugen, einige mehr oder eher weniger gemütliche Reportagen über das „Heilige Land“ zu machen. Der ungarische Wochenend-Hobbyjude, der weder religiös ist, noch hebräisch kann, geschweige denn Freunde oder Verwandte in Israel hat, bekommt endlich einen offiziellen Grund „heim“ zu fliegen.

Ich lande mit meinem Vorzeige-Goj auf dem Flughafen von Tel Aviv. Noch recht gelassen gehe ich die Gangway runter, aber als meine Füße plötzlich den Boden berühren, ändert sich alles in meinem Leben!

Von einer auf die andere Sekunde „überfällt“ mich ein Heulkampf. Er kommt wie ein Tornado aus dem Nichts und ich habe nicht die geringste Chance zu entkommen. Ich war zwar schon immer emotional, aber so hatte es mich noch nie erwischt. Was ist los? Ist der Wahnsinn plötzlich über mich hereingebrochen? Ich kann es weder begreifen noch erklären, was gerade mit mir und tief in meinem Innersten in diesem Moment geschieht. Meine Tränen strömen wie ein Bach an meinem Gesicht herunter und ich kann nichts dagegen tun.

Normalerweise haben nur Schwangere solche Gefühlswallungen, was allerdings eine Folge ihres durcheinander geratenen Hormonhaushaltes ist. Aber warum weine ich wie ein Schlosshund und kann nicht damit aufhören? Ich habe mich überhaupt nicht mehr im Griff.

Hansi und ich gehen zur Passkontrolle, ich zeige der überaus hübschen israelischen Grenzbeamtin meinen deutschen Pass und weine hemmungslos weiter vor mich hin. Etwas verdutzt guckt sie mich an und fragt ganz freundlich auf Englisch nach, ob es



Jüdische Einwanderer am Ben Gurion Flughafen – die ersten Stunden sind oft besonders emotional.

mir schlecht ginge. „Nein, ich bin ein 43-jähriger ungarischer Jude, der das erste Mal das Heilige Land betritt.“ – antworte ich ihr schluchzend. Plötzlich legt sie meinen Pass beiseite, fängt an zu lächeln, nimmt meine Hand und sagt einen einzigen Satz: „Welcome home!“

Nach dem Abendessen spazieren wir gemütlich durch die arabische Altstadt zur Klagemauer. Es ist 11 Uhr abends. Plötzlich ist sie vor mir! Hell beleuchtet, erhaben, unheimlich und unendlich heimisch zu gleich. Ich breche das zweite Mal völlig zusammen. Ich fühle

habe. Das Schicksal ist schon eine seltsame Veranstaltung. Ich verstehe nichts und zugleich alles. Ich bin daheim!

Das erste Mal in meinem kleinen, flüchtigen Leben. Daheim! Meine Hand streichelt zärtlich diese seltsamen, alten Steine und es erfasst mich ein Gefühl des endlosen Glücks. Ich bin endlich daheim. Meine Hände sind die Hände von all denen, die ich nie kannte, die irgendwann von hier in die weite Welt auszogen, ihr Glück oder ihre Verdammnis gefunden haben und sich MEINE FAMILIE nennen. Ich kam nach Hause! Für sie, für meine Oma, die ich nie kennengelernt habe, weil sie damals durch den Schornstein ging. Für meine Mutter, meinen Vater, aber vor allem, FÜR MICH. In diesem Augenblick begreife ich endgültig, wer ich bin und weiß, dass nichts umsonst war. Schalom heißt Frieden – ich fand in diesem Augenblick meinen Frieden mit mir und meine Reise zu mir hatte ein Ende, wie auch einen Neuanfang.

Ja, ich bin ein törichter, stolzer und arroganter, ungarischer Wochenendhobbyjude und werde es bleiben bis sich meine Augen für immer schließen.

Jetzt verstehe ich endlich auch einen wunderbaren Witz. Frau Merkel besucht den Papst in Rom. In seinem Büro steht ein rotes Telefon. „Was ist das für ein Apparat?“ – fragt sie den Heiligen Vater. „Nun, meine Tochter, mit dem Telefon kommuniziere ich mit Gott.“ – „Heiliger Vater, wäre es möglich, dass ich auch kurz mit ihm sprechen darf?“ – „Klar, aber halte Dich kurz, die Minute kostet 10.000 Euro.“ Ein paar Monate später besucht sie den Oberrabbiner von Jerusalem. Bei ihm steht ebenfalls so ein seltsames Telefon, also folgt die gleiche Frage. „Kein Problem, meine Tochter, Du kannst mit ihm solange sprechen wie Du möchtest.“ – „Wie bitte? Beim Papst kostet die Minute 10.000 Euro!“ – „Nu, bei uns ist es ein Ortsgespräch!“ – lautet die Antwort des Oberrabbiners.

Wie viel Wahrheit in diesem Witz steckt, weiß ich jetzt, sogar als „gttloser Geselle“.

„Trotz seines Namens (er heißt Goldfuß!) ist Hansi kein Mitglied der jüdischen Weltverschwörung.“

Das hat mir noch in meiner Lage gefehlt! Was vorher nur ein Bach war, verwandelt sich nun zu einem reißenden Fluss. Allmählich schimmert es mir, was gerade vor sich geht, will es aber noch nicht zugeben. Wie auch? Wenn man sein ganzes Leben lang vor sich flieht, kann man damit nicht einfach mir nichts dir nichts aufhören.

Sie gibt mir die Papiere zurück, wir gehen in die Halle. Ein Gewusel wie auf jedem Flughafen. Ich gucke umher und mitten im Gewühl sehe ich plötzlich Patrick, den ich bislang nur am Telefon gesprochen, aber noch nie gesehen habe. Er ist mein „Stringer“, der für mich den Dreh in Israel vorbereitet hat. Ein 26-jähriger Münchener Jude, der vor ein paar Jahren nach Tel Aviv zog und nun dort studiert. Wir erkennen uns sofort und umarmen uns. Immerhin, ich heule nicht mehr – was sich jedoch bald als nur vorübergehende Entspannung vor der nächsten Sturmflut erweisen sollte. Patrick könnte mein Sohn sein, aber ich fühle mich wie sein älterer Bruder.

Nach der ausgiebigen Begrüßungsarie machen wir uns auf den Weg nach Jerusalem, wo wir am nächsten Tag mit der Arbeit beginnen wollen. Es ist der 4. Dezember 2002, in der heiligen und zu gleich heillos zerstrittenen Stadt sind noch 20 Grad am Abend, was für diese Jahreszeit eher ungewöhnlich ist, aber was ist an diesem merkwürdigen Tag schon normal? Schon seltsam – es ist der 20. Todestag meines Vaters.

mich wie vermutlich ein Mensch nach einem schweren Schlaganfall, der nicht mehr gehen, sprechen und kaum klar denken kann. Ich bekomme wieder einen Heulkampf und der ist noch heftiger als der bei der Landung. Eine gute halbe Stunde sitze ich auf den Stufen, ich bin einfach nicht im Stande mich zu rühren.

Da irrst du 43 Jahre lang durch die Welt, suchst nach dir und plötzlich begegnest du dir. So wie du bist, fühlst, mit allen schrecklich schönen und erschreckenden Eigenschaften, die dich ausmachen. Sich selbst zu treffen, das erste Mal sein Inneres zu erblicken, nicht mehr wegzuschauen, davonlaufen zu können oder zu wollen, ist wohl einer der größten, erhabensten und härtesten Prüfungen, die wir auf unserer Reise auf diesem sonderbaren Planeten erleben können, wenn wir endlich bereit sind, uns zu stellen, was auch immer geschehen möge. Und so gehe ich, nachdem ich mich einigermaßen wieder gesammelt habe, zur „Kotel“, dem größten und wichtigsten Heiligtum meines Volkes. Wie ferngesteuert setze ich mir eine Kippa auf und schleppe mich in Zeitlupe, von Geisterhand geführt weiter bis es nicht mehr geht, weil ich sonst gegen die Mauer laufe. Nu stehe ich da!

Und mir gegenüber die Unendlichkeit. Ich schließe die Augen und nach Minuten der Ewigkeit berühren meine Hände SIE! Plötzlich durchströmt mich etwas, was ich noch nie gespürt

Spieglein, Spieglein - darf man das?

Zu „Ferien in Krisengebieten – Urlaub mitten im Nahostkonflikt“ von David Donschen im SPIEGEL

Von Chaya Tal

Der SPIEGEL, Deutschlands populärstes Israel-verabscheuendes Magazin, braucht eigentlich keine Bilder, um die Absichten seiner Autoren zu unterstreichen. Seine Texte tun es bestens. Während beispielsweise die linksradikale Boulevardzeitung taz nicht für voll genommen werden kann, und die SZ und die FAZ wenigstens noch versuchen den Anschein von Professionalität zu wahren, so fühlen sich der SPIEGEL und seine Ausgeburten wie „bento“ in der deutschen Medienlandschaft selbstbewusst genug, um Israel mithilfe ihrer Autoren ihre Texte ungestraft um die Ohren zu hauen. Denn die Aufgabe des SPIEGELS in Bezug auf den jüdischen Staat besteht schon viele Jahre lange darin, abstoßende Ekel-Reflexe zu erzielen. Ein verfaulte Brei aus Verleumdungen und Halbwahrheiten wirkt als giftige Injektion einer emotional verseuchten Einschätzung des einzigen jüdischen Staates! Der SPIEGEL pfeift auf jegliches journalistisches Gewissen, und auf die Objektivität gleich mit.

Der aktuelle Stoff, der mir unter die Finger gekommen ist, behandelt das Thema „Ferien in Krisengebieten – Urlaub mitten im Nahostkonflikt“, er wurde von David Donschen verfasst und am 27. April 2016 auf der SPIEGEL-Webseite veröffentlicht. Das „Besondere“ daran: Das Kunstwerk ist bebildert. Illustriert von Philipp Lemm – zum besseren Verständnis für Leser, die schwer von Begriff zu sein scheinen. Es ist nämlich im Magazin „UNISPIEGEL“ abgedruckt; der „UNISPIEGEL“ ist für junge Leute gedacht, junge Leute sind der Ansicht der Redaktion nach schwer von Begriff – Idioten, auf gut deutsch, und die sollen die ihnen vorgelegte Idiotie auch noch mit Bilderchen im Comic-Format verziert bekommen, damit das Schlucken einfacher fällt. Die Portion wird ihnen auch noch kostenlos in den Mund gesteckt, denn der „UNISPIEGEL“ wird an den meisten Hochschulen kostenlos ausgelegt. Und die jungen Leute beeilen sich offenbar nicht, aus der Kategorie „leicht zu fütternder Idioten“ auszubrechen und man darf annehmen, dass sie in diesem Fall ganz bequem das schlucken werden, was man ihnen bebildert vorkaut.

Neugierig geworden? Dann los, lasst uns, nach Originalwortlaut des Textes, „die Hände schmutzig machen“ und das kostenlose Drecksstück auseinander nehmen.

Der nette bebrillte Junge auf den Bildern heißt Eric und ist die Hauptfigur im Text. Er kommt aus den USA und mag Öko-Tourismus und Biofarmen. Um eine solche kennenzulernen, fährt er zu einer Dattelfarm im Jordantal, welche an der israelisch-jordanischen Grenze liegt, und arbeitet dort einige Tage zusammen mit einem Einheimischen auf seiner Dattelfarm. Sonne, Palmen, Datteln, Handarbeit. Hört sich soweit gut an und ist nicht schwer zu verstehen.

Bei meiner simplen Zusammenfassung tauchen aber schnell die ersten Probleme auf.

Problem Nummer Eins: Einheimischer. Schön und gut, der amerikanische Tourist kommt zu einem Ortsansässigen, aber der Ortsansässige heißt nicht Achmed, Machmud oder Ra'ed. Dann würde er nämlich ein ganz normaler Anwohner sein. Aber Eric arbeitet bei



jemandem, der anders heißt:

Er...hebt gemeinsam mit dem israelischen Siedler Eyal einen Graben aus.

Eyal ist ein jüdisch-hebräischer Name. Daher ist die Identität des „Einheimischen“ oder „Anwohner“ problematisch, denn es gilt: jüdische „Einheimi-

Siedler. Das ist schon eine ganz andere Kategorie von Mensch.

Problem Nummer Zwei: Seine Dattelfarm. Eyal ist zwar zugegeben einer ihrer Betreiber, aber hier ist der Haken: Siedler können keine Dattelfarmen haben, die ihnen gehören. Denn das Land, auf dem sie wohnen siedeln, kann ihres nicht sein. Sie mögen es persönlich gekauft haben, es mag niemandem zuvor gehört haben, es kann leer und steinig und un bebaut jahrzehntlang herumgelegen haben, sie mögen alle Nachweise dafür besitzen, dass dieses Land nach allen Rechten ihr Privatland ist und darauf Produkte kultivieren wollen – egal. Siedler sind per definitionem Landräuber. Denn es gibt keine „freilebenden“ Juden im Westjordanland. Juden sind Landräuber, entweder in Gestalt von Soldaten oder von Siedlern. Sie können kein Land besitzen. Erst recht keine Farm.

Eric ist ein netter Mensch. Er sieht nett aus, kommt, um Urlaub zu machen und hat auch nette Ansichten, die der SPIEGEL auch direkt dem Leser mitteilt, um Eric nicht allzu schlechtzumachen:

zu den Palästinensern. „Die sind die Underdogs.“

Aber dennoch hilft Eric seine Haltung nicht. Denn er ist einer der Menschen, die der SPIEGEL in diesem Text eigentlich geißeln will: Er ist ein Kollaborateur, er macht gemeinsame Sache mit dem Siedler, denn er macht „Urlaub mitten im Nahostkonflikt“, und hier stellt das deutsche Magazin endlich die alles entscheidende Frage: Darf man das eigentlich?

„Darf man das eigentlich – hier Arbeitsurlaub machen? Oder facht man damit einen Konflikt an, der seit Jahrzehnten die Welt in Atem hält? Wie viel Verantwortung trägt ein Tourist?“

Spieglein, Spieglein an der Wand, darf man das eigentlich? Sich auf jüdischen Farmen die Hände schmutzig machen, darf man das eigentlich? Hinter Zäunen arbeiten, die Juden vor den Angriffen ihrer Nachbarn schützen, darf man das eigentlich? Menschen besuchen, die zu Illegalen erklärt wurden, darf man das eigentlich?

„Die Farm...steht mitten in einer Krisenregion und wird von israelischen Siedlern betrieben, die unter anderem nach Ansicht der deutschen Bundesregierung gegen internationales Recht verstoßen. Auch die EU erkennt das Westjordanland nicht als Teil Israels an - und hat Ende 2015 sogar eine Kennzeichnungspflicht für Produkte aus israelischen Siedlungen beschlossen.“

Als 1917 der britische Außenminister Lord Arthur Balfour in einer offiziellen, amtlichen Erklärung mitteilte, der jüdischen Bevölkerung der osmanischen Provinz und dem zukünftigen britischen Mandatsgebiet Palästina ein „nationales Heim“ zuzugestehen, da setzte er die Grenzlinien für dieses Heim nicht an der heutigen Grünen Linie. Als das Wort „Westbank/Westjordanland“ zum ersten Mal von den Briten verwendet worden war, betraf es das gesamte

„ Sie mögen es persönlich gekauft haben, es mag niemandem zuvor gehört haben, es kann leer und steinig und un bebaut jahrzehntlang herumgelegen haben, sie mögen alle Nachweise dafür besitzen, dass dieses Land nach allen Rechten ihr Privatland ist und darauf Produkte kultivieren wollen – egal. Siedler sind per definitionem Landräuber.“



Eine israelische Bauernfamilie lässt sich von einem Traktor zum Shawuot-Fest ziehen.

sche“ gibt es nicht im Westjordanland. Juden gibt es dort nur als Soldaten, oder Siedler. Daher mag Eyal dort vielleicht wohnen, aber ist kein Einheimischer, diesen Status verdient er nicht. Er ist

„In einer perfekten Welt gäbe es eine Zweistaatenlösung. Manche Leute sagen, die Juden hätten Anspruch auf das Westjordanland, weil Gott es ihnen gegeben hat“, meint Eric. Er halte aber eher

Gebiet links vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer. Und als die NSDAP unter der Führung von Adolf Hitler in den 30er Jahren den Slogan „Juden raus! Auf nach Palästina!“ unter die Leute brach-

ten, hätte niemand im Traum daran gedacht, dass ihre Nachkommen 70 Jahre später die Juden zu einem „raus aus Palästina“ auffordern würden.

„WOOOF steht für 'Worldwide Opportunities on Organic Farms'. Nur Bio-Bauernhöfe dürfen hier inserieren. Auf der Webseite ist die Rede von „kulturellen Lernerfahrungen“ und dem „Aufbau einer nachhaltigen, globalen Gemeinschaft“. Die politischen Umstände, unter denen die Biofrüchte gedeihen, scheinen Betreiber und Urlauber weniger zu interessieren.“

Hunderte von Deutschen, Franzosen, Schweden, Amerikanern, Briten und anderen engagieren sich Jahr für Jahr auf „palästinensischen“ Farmen, Feldern, in „palästinensischen“ Schulen mit dem Hass-Curriculum der PA über Projekte wie Karama, UNRWA, Oxford Center, Volunteers for Peace, um dort „kulturelle Lernerfahrungen“ zu sammeln, nehmen an gewalttätigen Auseinandersetzungen und illegalen Aktivitäten teil als Teilnehmer von Programmen wie „Palestine Solidarity Project“ oder TIPH, offenbar um den „Aufbau einer nachhaltigen, globalen Gemeinschaft“ zu fördern und das im vollen Bewusstsein der „politischen Umstände“ und ihrer Auswirkungen.

Dann kommt aber ein US-Amerikaner, Eric, und bei der Wahl seines Urlaubsziels ist ihm Politik weitestgehend egal.

Hier könnte man aufatmen und sagen „Endlich, da will einer nur friedlich pflanzen!“, doch gerade den politisch desinteressierten Eric nimmt der SPIEGEL ins Visier. Und da er den naiven Kerl nicht als Radikalen oder Fundamentalisten darstellen kann, so verwandelt das Magazin ihn in einen Kollaborateur:

„Die Freiwilligen auf der Siedlerfarm sind aber nicht nur stille Beobachter. Sie gehen den Siedlern zur Hand und legitimieren damit eine Besetzung, die die EU verurteilt.“

Leider hat niemand das Spieglein gefragt, daher übernehme ich die Drecksarbeit und frage: Die EU, die die Besetzung verurteilt, investiert auf einem in internationalen Abkommen Israel zugesprochenem Land in illegale Gebäude, Strukturen und Aktivitäten. Darf die EU das eigentlich? Verurteilen, für illegal erklären und illegal investieren?

Aber gehen wir zurück zu Eyal, denn dieser bekommt ordentlich sein Fett weg, nicht nur der naive Eric:

„...seit Israel das Westjordanland 1967 im Sechstagekrieg besetzt hat, ist das Gebiet um den Jordan militärische Sperrzone. Die gut gesicherte Grenze sollte vor dem Einmarsch feindlicher Truppen schützen. Und die, die von jeher im Grenzgebiet wohnten, mussten nach und nach weichen. Ende der Sechzigerjahre wurden Hunderte palästinensische Familien von der israelischen Armee vertrieben. Danach hatten nur noch israelische Soldaten Zutritt. Erst 20 Jahre später erlaubte die Armee israelischen Siedlern schließlich, sich in den fruchtbaren Gebieten am Fluss niederzulassen. Dort, wo einst Palästinenser Obst und Gemüse angebaut hatten, wachsen nun Datteln ‚made in Israel‘.“

Im Jordantal rund um die Autobahn 90, zwischen der Bet ha Arava-Kreuzung und bis zu den Wasserreservoirs des Kibbutz Tirat Zwi hinter der Grünen Grenze befinden sich mindestens 10 große und kleine „palästinensische“ Ortschaften, die über 20.000 Einwohner starke Stadt Jericho nicht mit eingerechnet. Zwischen 1948 und 1967 herrschte Jordanien über dieses Gebiet sowie über ganz Judäa und Samaria (= Westjordanland), und siedelte dort viele der „Palästinenser“ an, die infolge des Unabhängigkeitskrieges



Ein israelischer Landwirt wird während der Ernte von einem Panzer geschützt.

nach Jordanien geflohen waren. 1967, als das Gebiet durch die israelische Armee von der jordanischen Herrschaft befreit worden war, floh ein Großteil dieser „palästinensischen“ Siedler, zurück nach Jordanien. Dennoch bestehen in diesem Gebiet arabische Ortschaften. Daneben befinden sich 22 dünnbesiedelte jüdische Gemeinden und die Plantagen an der Grenze zu Jordanien. Nach den Oslo-Abkommen 1994 gehört der Großteil des Jordantals zum C-Gebiet, also verwaltet durch israelisches Militär und die Zivilbehörde. Die Stadt Jericho unterliegt der vollständigen Autonomie der PA und ihr Betreten ist für Israelis verboten.

Finden all diese Nuancen ihren Platz im Text von David Donschen? Unnötig zu fragen – für „UNISPIEGEL“ muss man sich keine Mühe mit historischen Fakten geben. Ominöse Andeutungen und Behauptungen reichen:

„Eine Gruppe Palästinenser rief kürzlich das höchste israelische Gericht an. Sie beklagen, dass ihnen der Zutritt zu ihrem Privatbesitz verwehrt wird – und stattdessen israelische Siedler auf ihrem Land Farmen betreiben. Die Entscheidung des Gerichts steht noch aus.“

Um welche Gruppe, um welchen Privatbesitz, welches Land und welche Farmen handelt es sich dabei? Richtig, Rückfragen gelten nicht beim Spieglein an der Wand. Eyal ist ein verbohrter jüdischer Siedler:

„Freiwillig hergeben wird Eyal seine Dattelpalmen nicht. Die Farm soll sogar weiter wachsen.“

Deshalb ist jede Unterredung mit Eyal fehl am Platz, selbst wenn man ihn noch so nett bitten würde, seine Farm doch gefälligst abzubauen, auch wenn das höchste israelische Gericht noch gar nicht entschieden hat, denn dabei erheben auch die „Palästinenser“ Anspruch auf die Fläche, auf der Eyals Dattelpalmen stehen.

Aber Eyal wird nicht nachgeben, denn für Eyal stellt sich die Frage nach dem rechtmäßigen Besitzer erst gar nicht. Des SPIEGELs Aufgabe ist es, als mutiges Magazin die korrekten Antworten herauszufinden und zu liefern. „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer

ist der rechtmäßige Besitzer im ganzen Land?“ Ach, hätten doch Lord Balfour, die UN-Vollversammlung, Mosche Dayan, Bill Clinton, Jitzak Rabin und Benjamin Netanjahu so ein Spieglein bei sich zuhause hängen, es hätte ihnen schon längst alle wichtigen Antwort geliefert. Man hätte sich Arafat, Nasrallah, Ahmadinedschad und Haniyeh sparen können. Der SPIEGEL weiß das schon seit Langem, man muss ihn nur fragen. Aber Eyal stellt keine Fragen, insbesondere nicht an den SPIEGEL, und bei so viel Verbohrtheit kann das Spieglein gar nicht anders und erklärt ihn für illegal (im ganzen Land?).

Obwohl Eyal von Gott und dem Erbe des jüdischen Volkes spricht, ist er kein religiöser Fundamentalist. Anstelle einer Kippa, dem Erkennungszeichen religiöser Juden, trägt er ein Basecap mit dem Logo eines Traktorherstellers.

Darf man das eigentlich, von Gott und dem Erbe des jüdischen Volkes sprechen? Denn dann ist man doch ein religiöser Fundamentalist!

Der SPIEGEL kann aber auch verständnisvoll sein. Er versteht beispielsweise, dass die Siedler auf ihrer Farm nervös sind; denn im Jahr 2002, so schreibt David Donschen, stürmte ein bewaffneter „Palästinenser“ in die Siedlung und tötete einen Soldaten, eine Frau und ihre elfjährige Tochter. Dennoch ist der Zaun um die Siedlung herum, bei welcher drei Menschen durch ein „palästinensisches“ Attentat aus heiterem Himmel ermordet worden sind, „abschreckend“:

„Von Eyals Veranda aus blickt man auf den abschreckenden Zaun, der die Siedlung umschließt.“

Und auch:

„...erheben auch die Palästinenser Anspruch auf die Fläche, auf der Eyals Dattelpalmen stehen. Doch ein vier Meter hoher Zaun versperrt ihnen den Weg.“

Ich zu meinem Teil als praktisch denkender Leser würde es sehr positiv finden, dass ein Ort, deren Bewohner und Bewohnerinnen von Attentätern bedroht sind, einen Zaun um sich hat, der potenzielle Attentäter abschrecken kann und diesen bei ihren Plänen den Weg versperrt. Aber für den SPIEGEL ist der

Gedanke an die eigene Sicherheit eine egozentrische und verpönte Weltsicht:

„Die Touristen auf Eyals Farm scheint der ewig schwelende Konflikt höchstens dann zu interessieren, wenn sie sich Sorgen um ihre eigene Sicherheit machen.“

Dass die Einwohner selbst unter den Konsequenzen dieser Sorgen zu leiden haben, findet beim SPIEGEL nicht etwa eine Legitimierung, es findet nicht einmal Erwähnung. Denn wenn laut David Donschen Palästinenser „Anspruch auf die Fläche erheben“ und sie ein „vier Meter hoher“ Zaun von ihren gefühlten Ansprüchen trennt, dann kann man auch schon mal ausrasten, bewaffnet in die Siedlung stürzen und jemanden umlegen. Ein Zaun schreckt dabei nur ab, versperrt den Weg und stört bei der Ausführung der gerechtfertigten Tat. Darf man das eigentlich, unschuldige bewaffnete „Palästinenser“ bei ihrem Vorhaben behindern?

„Während die Weltgemeinschaft darüber berät, ob die Siedlungen nun legal oder illegal sind, schafft Eyal Fakten.“

Hier hat Eyal entgeltlich sein Existenzrecht verspielt. Denn Eyal schafft Fakten, ohne vorher nachzufragen, ob er das eigentlich darf. Er fragt nicht die Weltgemeinschaft, die EU, und was noch wesentlich schlimmer ist – er fragt nicht mal den SPIEGEL!

„Inzwischen steht Eyals Farm auf WWOOF und anderen Freiwilligen-Plattformen wieder zur Auswahl, und er empfängt wieder zahlreiche Freiwillige, die anschließend Bewertungen auf dem Onlineportal hinterlassen. So wie Katleen aus Deutschland. Sie schreibt: ‚Es wird dir gefallen, wenn du kein Problem damit hast, dir die Hände schmutzig zu machen.‘“

Gut gebrüllt, Katleen. Genauso wie ein jeder, der kein Problem damit hat, sich die Hände schmutzig zu machen, wenn er sich diesen Text zu Gemüte führen will.

Jetzt würde ich mich am Liebsten fragen wollen, „darf der SPIEGEL das alles eigentlich?“ Aber ich fürchte, das Spieglein an der Wand wird meine Frage nicht besonders mögen. Daher nehme ich das Risiko nicht auf mich und beantworte mir die Frage selbst.

Vermischt, was nicht vermischt werden darf

„Angezettelt“ – eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum

Von Nikoline Hansen

Pünktlich zu Hitlers Geburtstag öffnete das Deutsche Historische Museum eine Ausstellung für das Publikum, die sich in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin unter dem Titel „Angezettelt“ dem Thema „Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute“ widmet. Nicht nur auf ersten Blick ist dieses Thema spannend, weil Aufkleber auch dem Volk die Gelegenheit geben, politische Meinungen kundzutun, die eben nicht unbedingt Staatsdoktrin sind.

Die Ausstellung im Deutschen Historischen Museum erweist sich allerdings als problematisch, weil sie weder aufklärerisch ist, noch einen roten Faden aufweist. Schon die Mischung der beiden Phänomene Antisemitismus und Rassismus ist nicht trivial, da es sich bei dem Antisemitismus eben nicht um Rassismus, sondern eine ganz andere Kategorie der Diskriminierung handelt. Ein Zusammenhang lässt sich allenfalls über die Ausgrenzung eines (vermeintlich) Anderen herstellen, der gerade in Zeiten, in denen die Wirtschaft nicht floriert, als Konkurrenz und Bedrohung wahrgenommen wird. Wir haben es also im weitesten Sinne mit menschlichen Urreflexen der Abwehr zu tun, die sich im spezifischen Fall des Antisemitismus Ende des 19. und im frühen 20. Jahrhundert in Deutschland gegen Menschen richteten, die gerade begonnen hatten sich zu integrieren und sich einzig durch das Ausüben einer anderen Religion von ihren Mitmenschen unterschieden.

Nun wäre, abgesehen vom erheblichen Umfang eines solchen Unternehmens, nichts dagegen einzuwenden, würden diese beiden Stränge, also der Antisemitismus und der Rassismus, parallel präsentiert. Dies ist offensichtlich nicht der Fall, sodass statt eines roten Fadens ein Knäuel entsteht, an dessen Ende für den unbedarften Besucher, der sich mit dem Thema nur oberflächlich befasst, die Schlussfolgerung entstehen kann, Muslime seien die „neuen Juden“. Das passt weder zum Antisemitismus noch zum Rassismus, der in der Ausstellung in den Kolonien seinen Ausgang nimmt – und auch hier lässt sich eine unverständliche Vermischung feststellen, die nur als Gesellschaftskritik interpretiert werden kann, wenn die Ausstellungsmacher von einer „Konsum- und Mediengesellschaft des 19. Jahrhunderts“ sprechen. Konsequenterweise führen sie diese Gedanken in die Gegenwart führen sie diese Gedanken leider nicht fort, denn dann müssten sie feststellen, dass wir von Sklavenarbeit heute auf globaler Ebene auch ohne Kolonien in erheblichem Maße profitieren.

Da der koloniale Rassismus in erster Linie anhand von Sammelbildern dargestellt wird, die nicht ohne Weiteres mit den anderen Aufklebern, die eben nicht für das Wohnzimmer, sondern für die Öffentlichkeit produziert wurden, in Einklang zu bringen sind, konnte ich mich des Verdachts nicht erwehren, dass dieser Aspekt die Ausstellung der antisemitischen Aufkleber lediglich deshalb ergänzen musste, damit auch die anti-islamischen Aufkleber der Gegenwart einen prominenten Platz in der Ausstellung erhalten konnten. So stehen historische und aktuelle Aufkleber/Zettel in konstruierenden oder wenig erhellenden Zusammenhängen: unter der sehr eingängigen Überschrift „Kreuzzüge mit Klebezetteln“ werden Aufkleber gegen Moscheebau und Islamisierung gezeigt, die laut Ausstellungstext Bezug nehmen auf ein kriegerisches christliches Europa.



Antisemitische Aufkleber nach 1933 (oben), von 1896 (mittig) und Aufkleber der Gegenwehr aus den 1920er Jahren (unten)



Aktuelle Aufkleber

Dass heute nicht mehr Juden, sondern Muslime die neue Zielgruppe derartiger „Zettelkampagnen“ sind, wird gleich eingangs auch dadurch verdeutlicht, dass neben dem Abbild einer Illustration einer sogenannten Judensau aus dem 18. Jahrhundert ein 2014 in Berlin gefundener Aufkleber mit einem Schwein und Ferkel,

gegen den Säule der Politik des nationalsozialistischen Staates werden konnte.

Tatsächlich waren es auch Aufkleber, die darauf hinwiesen, dass an bestimmten Orten Juden der Aufenthalt nicht gestattet sei oder die kundtaten der Ort, das Hotel oder die Gaststätte seien „judenfrei“. Beliebte waren auch die imitierten Bahnkarten „nach

„**Statt eines roten Fadens entsteht ein Knäuel, an dessen Ende für den unbedarften Besucher die Schlussfolgerung entstehen kann, Muslime seien die „neuen Juden“.**“

auf denen die Namen Allah und Mohammed in arabischen Schriftzeichen stehen, an exponierter Stelle präsentiert werden – ausnahmsweise ein Objekt aus dem 18. Jahrhundert.

Das alles wäre legitim, würde es in aufklärerischer Absicht geschehen. Das ist aber nicht der Fall, denn es fehlen wichtige Hintergrundinformationen. Hier wäre es angebracht gewesen, etwas zum Wirkungsfaktor und der Verbreitung der Zeichnung und des Aufklebers zu sagen. Während die „Judensau“ ein seit dem Mittelalter häufig anzutreffendes Bild war, dürfte der zeitgenössische Aufkleber keine relevante oder signifikante Verbreitung gefunden haben. In solche Details gehen die Ausstellungsmacher leider nicht. Statt zu differenzieren oder auch die politischen Reaktionen zu präsentieren, wird mit relativierenden Vergleichen Politik gemacht. Im Ausstellungstext heißt es: „Heute findet sich ein Aufkleber mit ähnlichem Motiv, der allerdings den muslimischen Glauben verhöhnt. Das alte Bild der ‚Judensau‘ ist hier umgedeutet und aktualisiert“ (Katalog Seite 150).

Es ist schade, dass durch diese gezielte Desinformation der zentrale und historisch überaus interessante und wichtige Teil der Ausstellung ins Hintertreffen gerät. Denn der Teil der Ausstellung, der sich

mit dem Antisemitismus um die Jahrhundertwende und seinem Erstarken im Nationalsozialismus befasst, ist ausgesprochen spannend. Im Katalog zur Ausstellung schreibt die Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung, Schüler-Springorum, in ihrem Essay „Liebe in Zeiten des Antisemitismus“ über ein verlobtes Paar, das seine Korrespondenz in Briefumschlägen verschickte, die mit antisemitischen Aufklebern verziert waren, deren Zitate ranghafte Namen schmückten: darunter Bismarck, Moltke und Dr. Martin Luther mit dem beispielhaften Ausspruch „Trau keinem Fuchs auf güner Haid“, trau keinem ‚Jude‘ auf seinen Eid“. So gewinnt man einen guten Eindruck davon, wie sich der Antisemitismus nicht nur einen immer breiteren Weg in die bürgerliche Gesellschaft bahnte, sondern schließlich zu einer tragenden Säule der Politik des nationalsozialistischen Staates werden konnte.

Tatsächlich waren es auch Aufkleber, die darauf hinwiesen, dass an bestimmten Orten Juden der Aufenthalt nicht gestattet sei oder die kundtaten der Ort, das Hotel oder die Gaststätte seien „judenfrei“. Beliebte waren auch die imitierten Bahnkarten „nach

die häufig anzutreffenden BDS-Aufkleber der Boykottinitiativen gegen Israel oder pro-israelische Aufkleber völlig fehlen – dass es sie gibt, zeigt ein Bild, auf dem ein israelfreundlicher Aufkleber verunstaltet wurde. Der Schwerpunkt der antizionistischen Propaganda liegt auf Aufklebern einer „Fränkischen Aktionsfront“. Auch der Aufkleber „Israel war gestern. Lang lebe Palästina“ mit dem Link www.widerstand.info führt auf ein deutsches rechtsextrêmes „Nachrichtenportal“. „Palästinensische“ Aufkleber, die Israel das Existenzrecht abstreiten? Fehlansage.

Im Zusammenhang mit Israel werden dafür die verschiedenen Varianten der am Anfang des 20. Jahrhunderts verbreiteten „Freifahrkarten“ nach Jerusalem und Palästina gezeigt und damit verbunden dann die Parallele zur heutigen NPD-Propaganda „Freiflüge für Asylanten“ gezogen. Auch hier fehlt Wirkungsfaktor und Verbreitungsradius der gefälschten Fahrscheine. Über den Umgang mit den ausdrücklich ausgrenzenden Aufklebern aus den unterschiedlichen historischen Epochen sowie die politischen Reaktionen darauf und gegebenenfalls rechtlichen Konsequenzen verrät die Ausstellung leider ebenfalls nichts. Hierdurch entsteht einmal mehr der Eindruck einer „Wiederholung der Geschichte“ und einer aus meiner Sicht unerträglichen Relativierung der Vorgänge.

Die Ausstellung lädt ein zum Mitmachen. Das ist soweit erstmal gut. Allerdings sollte man sich fragen, wie das pädagogische Konzept dahinter aussieht. So scheint eher Aktionismus und die Manifestation der politischen Intention der Ausstellungsmacher gefragt. Das „Tape Art Kollektiv Klebeband“ lädt ein, eine Wand zu gestalten – Aufkleber, Stifte und Stempel stehen zur Verfügung, um sich mit dem Thema „Anzetteln“ zu beschäftigen. Am Eröffnungsabend fiel einer eifrigen Teilnehmerin der Initiative ein, die Wand mit einem Sticker „Nazis essen Döner heimlich“ zu verzieren. Sinn und Zweck solcher Aufkleber, andere Menschen zu stigmatisieren und zu diffamieren, sind also verstanden.

Auch wenn es viele interessante Informationen gibt und die Ausstellung auch Perspektiven eröffnen kann, hätte ihr etwas mehr historische Aufklärung und Sachlichkeit gut getan.

Die Ausstellung selbst ist hervorragend gestaltet und die Präsentation der interessanten und teils schon für sich allein sehr informativen „Zettel“ durchaus einen Besuch wert. Der politische Duktus allerdings zeigt einmal mehr, dass das Zentrum für Antisemitismusforschung sich weit von seinem ursprünglichen Wirkungsbereich entfernt hat und nun eine Politik betreibt, die den europäischen Idealen von Freiheit und Menschenrechten nicht wirklich gerecht wird, sondern die weiter auf Stigmatisierungen setzt und den Versuch unternimmt, Geschichte in eine bestimmte Perspektive zu rücken und neu zu schreiben. Das ist ausgesprochen bedauerlich.

Die Ausstellung ist vom 20. April bis zum 31. Juli 2016 zu sehen im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

Informationen zur Ausstellung, Eintrittspreise und Öffnungszeiten unter www.dhm.de

Katalog „Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute“ 264 Seiten, Broschur mit japanischer Bindung, € 9,90 ISBN 978-3-86102-197-1

Der Großmeister des subversiven Witzes

Der Komiker Sacha Baron Cohen im Porträt

Von Monty Aviel Ott

An seinen Filmen scheiden sich die Geister. Berechtigterweise – sind sie doch eine Gradwanderung zwischen Zynismus, einem düsteren Humor und teilweise dem bewussten Überschreiten des guten Geschmacks. Er ist der Großmeister skandalöser Blockbuster, der aber auch immer wieder einen Hang zu kultivierten Rollen besitzt. Die Rede ist von niemand geringem als: Sacha Baron Cohen.

Am bekanntesten sind wahrscheinlich die Rollen, die er sich praktisch selbst auf den Leib geschnitten hat. Sie tragen so klangvolle Namen wie Ali G, Borat, Brüno oder Admiral General Aladeen. Seine Geschichte begann allerdings nicht mit großem Pomp, sondern relativ durchschnittlich und zwar im Londoner Stadtteil Hammersmith. Hier wuchs er mit seinen Brüdern Gerald und Erran Baron Cohen Amnon in einer ganz mittelständischen jüdischen Familie auf. Der Vater war in der Modebranche aktiv, genauer führte er einen Kleiderladen am Piccadilly Circus. Während der väterliche Ursprung in Wales liegt, war die Mutter, Daniella Weiser, eine Sabra mit iranischen Wurzeln. Sacha zeigte bereits im frühen Alter, dass er ein ungeheures Potenzial in sich barg. Während er seine Jugendzeit in der exklusiven Haberdashers' Ake's Boys' School und bei der sozialistisch-zionistischen Jugendorganisation Habonim Dror nahm er an einem Aufsatzwettbewerb in der Tageszeitung „Times“ teil. Er gewann mit seinem Essay, weil er mit enormer Sprachgewandtheit die korrekte Verwendung der englischen Sprache anmahnte. Habonim Dror stärkte nicht nur seine Bindung zu Eretz Israel, sondern gab ihm auch die Möglichkeit in der eigenen Theatergruppe erste Schauspielerefahrung zu sammeln. Neben diese Aktivitäten übte er sich in Breakdance, womit auch seine tiefergehende Verbindung zur Hip-Hop-Szene entstand. Diese Verbindung wird, wie wir noch sehen werden, noch eine Rolle in seinem Leben spielen.

Nach dem College sollte er allerdings erst einmal seine Verbindung ins Heilige Land vertiefen: Er verbrachte ein Jahr in Israel und arbeitete währenddessen im Kibbuz Rosh ha Nikra. Nach diesem Jahr im Heimatland seiner Mutter, kam Sacha nach Großbritannien zurück und wurde an der altherwürdigen Cambridge University im Fach Geschichte immatrikuliert – wo sein Vetter Simon Baron Cohen heute (ganz nebenbei bemerkt) dem Autismus-Forschungszentrum als Direktor vorsteht. Während seiner Universitätszeit vertiefte Baron Cohen seine Schauspielerei in Aufführungen wie *Cyrano de Bergerac* und *Fiddler on the Roof*. Dort lernte er auch Dan Mazer kennen, seinen späteren Autoren und Produzenten. Eine Studienfahrt in die USA im Jahr 1992 hinterließ tiefe Spuren bei ihm, traf er dort doch Robert Parris Moses, einen amerikanischen Bürgerrechtler, der ihn zu seinem Abschlusssthema inspirierte: „The Black-Jewish Alliance: A Case of Mistaken Identity“. Innerhalb seiner Abschlussarbeit analysierte er die Kulturen und wechselseitige Zusammenhänge von Afroamerikanern und Juden, sowie deren Stellung in der Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre.

Nachdem er sein Studium mit einer Note von 2,1 beendet hat, schien er vorerst einen anderen Weg gehen zu wollen und arbeitet 1994 als Model. Seitdem rückte sein Privatleben vermehrt in den Hintergrund, man weiß aber, dass er mit der australischen Schauspielerin Isla Fis-



her verheiratet ist, die für ihn eine Konversion gemacht hat. Auch Sacha selbst

den. Baron Cohen brachte etliche große Persönlichkeiten vor die Linse, z.B. Buzz

„Dadurch, dass er selbst antisemitisch auftritt, nimmt er Menschen ihre Hemmungen, ihre eigenen Vorurteile zur Schau zu stellen, unabhängig davon, ob es sich dabei um eigenen Antisemitismus oder die Akzeptanz von fremdem Antisemitismus handelt.“

ist bis heute praktizierender Jude. In der Studienzeit hatte Baron Cohen bereits kleinere Filmrollen ergattert, entschied sich allerdings nach dem Studium für eine Laufbahn als Komiker. Diese Entscheidung brachte ihn und seinen Bruder regelmäßig in einen Comedy-Club in West Hampstead, einen Londoner Stadtteil. Der fiktive Charakter Brüno wurde dann Baron Cohens erste kleinere Rolle. Den schwulen, österreichischen Modejournalisten Brüno gab Sacha in dem „Paramount Comedy Cable Channel“. Über mehrere kleine Auftritte kam Baron Cohen schließlich an Harry Thompson, der sich für Sachas Humor begeistern konnte. Sachas Erfahrung in der Hip-Hop-Szene half ihm schließlich den Durchbruch zu schaffen: Er kreierte seinen Charakter Ali G und trat 1998 in der „11 O'Clock Show“ auf.

Bei seinen Auftritten nutzte er als Ali G die Doppelbödigkeit der englischen Sprache um in Interviews mit Politikern oder Prominenten Schwung zu bringen. Dabei sind es insbesondere die absolut diametralen Bedeutungsgehalte, die sich in verschiedenen Schichten aus dem selben Wortlaut ergeben, die zum Stilmittel der eigentümlichen Figur wur-

Aldrin (Astronaut), Gore Vidal (Autor), Donald Trump (Immobilienmogul und Präsidentschaftskandidat), Mohamed Al-Fayed (ägyptischer Millionär), Newt Gingrich (ehemaliger Sprecher des US-Repräsentantenhauses) u.v.m.. Für Ali G heimste Sacha etliche Preise ein (u.a. den British Comedy Award und den British Academy Television Award) und machte den Charakter auch schließlich zu seiner ersten Kinorolle (Ali G in da House). Musikalisch machte er von sich reden, indem er zu seinem ersten Kinofilm und für den Animationsfilm *Madagascar* („I like to move it“) den Soundtrack einspielte.

2005 erschien dann Borat Sagdiyev, Baron Cohens zweiter Charakter, als Moderator der MTV Music Awards in Lissabon auf der Bildfläche (nach seinem ersten Erscheinen in der *Ali G Show*), der dann auch 2006 mit einem eigenen Film auf die Leinwand kam (*Borat – Kulturelle Lernung von Amerika, um Benefiz für glorreiche Nation von Kasachstan zu machen*). Neben diesen Rollen und Charakteren (die sich zusehends weiterentwickelten und vermehrten) überraschte Baron Cohen mit seinen Musical-Rollen in Tim Burtons „*Sweeney Todd*“ und Tom Hoopers „*Les Misérables*“.

Mit seinem eigentümlichen Humor setzte Baron Cohen eine ganze Bewegung von Medienwissenschaftlern und Soziologen in Gang, die begannen seinen „subversiven Witz“ zu analysieren. Sie kamen zu dem Schluss, dass seine Vorgehensweise immer relativ ähnlich ist: er beginnt mit der Entwicklung eines Alter Egos, welches dann durch einen Überraschungseffekt (Fremde wissen nichts über die Fiktionalität des Charakters) in Form von provokativen Fragen und Handlungen Habitus und Werte der Interviewten enttarnt. Die Figuren missachten meist Contenance und politische Korrektheit (Borat befragt eine Feministin, ob es nicht vielleicht ein Problem sei, dass Frauen ein kleineres Gehirn hätten). Ali G und Borat nutzen beispielsweise sexistische, Borat nutzt antisemitische Muster, um die Vorurteile bei den Interviewpartnern aus der Deckung zu holen. Diese Interpretation bestätigte Baron Cohen auch noch einmal im Bezug auf die Figur Borat: „Dadurch, dass er selbst antisemitisch auftritt, nimmt er Menschen ihre Hemmungen, ihre eigenen Vorurteile zur Schau zu stellen, unabhängig davon, ob es sich dabei um eigenen Antisemitismus oder die Akzeptanz von fremdem Antisemitismus handelt.“

Der Versuch Antisemitismus zu entlarven beruht auf einer Erfahrung, die Sacha während des Studiums in Cambridge gesammelt hat. Hier war es der Historiker Ian Kershaw, der erklärte, dass „der Weg nach Auschwitz (...) mit Gleichgültigkeit gepflastert“ war. Baron Cohen ist also alles andere als ein geistloser Slapstick-Komiker. Sein Humor, sein Zynismus, sein „subversiver Witz“, seine Bösartigkeiten sind gut kalkuliert und seine Logik geht auf. Wer daran zweifelt, dem seien die Cohen'schen Filme ans Herz gelegt. Der ein oder andere Psychoanalytiker, Politikwissenschaftler, Soziologie oder Medienwissenschaftler wird sich garantiert noch mit ihnen auseinandersetzen.

Was machte Hitlers arabischer Großmufti eigentlich nach dem Kriege?

Die Nationalsozialisten und der Islam – Teil drei der Serie

Von Karl Pfeifer

Es war zu erwarten: solange der deutsche Vormarsch dauerte, waren alle begeistert von der Kampfkraft der moslemischen Ostlegionen. Doch als die mächtigen Gegenangriffe der Roten Armee begannen, beanstandeten deutsche Offiziere die Mentalität der „Osttürken“, ihren mangelnden Sinn für Pünktlichkeit und ihren angeborenen, sprichwörtlichen „Hang zur Übertreibung und Phantasterei“, der in ihren Berichten und Meldungen zum Ausdruck kam.

Wegen der „gesteigerten Erotik dieser Leute“ befürchteten sie „rassische Komplikationen“ und deswegen sollten Moslems auch nicht innerhalb Deutschlands eingesetzt werden. Die Ideologie des Panturkismus war für die Ostlegionen nicht attraktiv – sie hielten an ihrem Nationalismus fest, womit auch die Streitigkeiten unter Usbeken, Turkmenen, Kasachen u.a.m. erklärt wurden. Die Nationalsozialisten wollten die Turkvölker ausnützen und das wussten auch diejenigen, die noch knapp vor dem Krieg als „Untermenschen“ qualifiziert und an der Ostfront verheizt wurden.

Der größte Teil der turkestanischen Waffengruppe desertierte im Dezember 1944 in der Slowakei zu den Partisanen. Begründet wurde dies in deutschen Berichten mit der Tatsache, dass diese Soldaten bei der slowakischen Zivilbevölkerung untergebracht wurden, mit der sie sich gut auf Russisch verständigen konnten. Außerdem hat natürlich der bevorstehende militärische Zusammenbruch des NS-Regimes auch dazu beigetragen.

Von Heinrich Himmler zum „SS-Gruppenführer“ ernannt, hatte Mufti el Husseini bei der Rekrutierung von moslemischen Freiwilligen für die Wehrmacht und die Waffen-SS eine Schlüsselrolle gespielt. Während der letzten drei Kriegsjahre bekam er vom Außenamt (AA) monatlich 90.000 Mark und hielt sich jede Woche ein bis zwei Tage in Berlin auf. Dort bewohnte er eine Suite im Hotel Adlon, wofür ebenfalls das AA aufkam. Als Gegenleistung propagierte er den Endsieg des Dritten Reiches. Er verstand es – „mit den verschiedensten Propaganda- und Rekrutierungsaufgaben für die SS“ betraut – aus den Spannungen zwischen Ribbentrop und Himmler seinen Profit zu schlagen. Für seine Tätigkeit bezog er „erhebliche Gelder“ sowohl aus dem Fonds der SS als auch aus dem „Sonderfonds“ Ribbentrops. „Sogar noch im April 1945“ erhielt der Mufti 50.000 RM vom AA. Zum Vergleich, der durchschnittliche deutsche Monatslohn entwickelte sich in den Kriegsjahren so: 1940 - 160,00 RM; 1941 - 161,00 RM; 1942 - 165,00 RM; 1943 - 162,00 RM und 1944 - 144,00 RM.

Während der letzten Kriegswochen flüchtete er in die „Ostmark“, wo er sich in Linz und dann in Bad Gastein aufhielt. Am 7. Mai 1945 floh er nach Bern, die Schweizer lieferten ihn aber sofort an die Franzosen aus.

Diese behandelten den Mufti äußerst pfleglich, er wurde in der Nähe von Paris in Hausarrest gehalten und konnte alle Annehmlichkeiten der Zivilisation genießen. Frankreich hatte noch ein Kolonialreich mit vielen Moslems und hoffte den Mufti einspannen zu können. Im Nahen Osten hatten 1945 die Briten das Sagen und auch sie hofften ebenfalls auf ein Arrangement mit dem Mufti, der



Der Großmufti von Jerusalem, Amin el-Husseini

unter Arabern nach wie vor populär war. „niemals gegen Amerika gesprochen“ zu Deswegen ersuchten sie nicht um seine haben. Doch andererseits brüstete er sich

„Husseini hatte auch die Frechheit zu versuchen, die Bundesrepublik Deutschland daran zu hindern, Wiedergutmachung an die jüdischen Opfer des deutschen Nationalsozialismus zu zahlen.“

Auslieferung. Jackson, der amerikanische Hauptankläger im Nürnberger Prozess, gab bekannt, dass Beweisstücke, die nur den Mufti belasten, vor Gericht nicht verwendet werden können; das Tribunal sei lediglich dazu befähigt, Kriegsverbrechen aus europäischen Ländern den Prozess zu machen.

Das vom State Department vorbereitete „White Paper“, über die Aktivitäten des Mufti wurde nicht veröffentlicht, die allermeisten deutschen Dokumente über die Aktivitäten des Muftis landeten im Keller des State Departments. 1950 beschloss die Amerikaner kein Verfahren gegen den Mufti einzuleiten, um nicht Unruhen im Nahen Osten auszulösen. Jugoslawien nahm – auf Wunsch der Arabischen Liga – sein Begehren zurück, ihn auf die Liste der Kriegsverbrecher zu setzen.

Der Mufti konnte am 29. Mai 1946 mit einem syrischen Pass von Paris nach Kairo „fliehen“. Husseini begann sofort seine Verbrechen zu leugnen und behauptete, die Zionisten hätten ihn belastende gefälschte Papiere in die von den Alliierten beschlagnahmten deutschen Dokumente getan. Er log, dass die Balken sich bogen,

in seinen Erinnerungen, wie er die Flucht von Juden aus Europa verhindert habe und übertraf noch die Nazis als er seinen Spionagebetreuer Canaris, der sich gegen Hitler wandte, als Verräter hinstellte.

Der Gründer der Moslebruderschaft Hasan al-Banna erklärte: „Ein herzlicher Willkommengruß sollte ihm entgegengebracht werden, wo immer er hingeht, als ein Zeichen für seine großen Dienste für die Glorie des Islams und der Araber... Was für ein Held, was für ein Wunder von einem Mann. Wir möchten wissen, was die arabische Jugend, die Minister, die reichen Leute und die Prinzen von Palästina, Syrien, Irak, Tunis, Marokko und Tripoli tun werden, um diesem Held gerecht zu werden. Ja diesem Helden, der ein Imperium herausgefordert hat und den Zionismus mit der Hilfe Hitlers und Deutschlands bekämpfte. Deutschland und Hitler sind weg, aber Amin el-Husseini wird den Kampf fortsetzen.“

Kaum in Kairo angekommen, versammelte der Mufti seine Mitarbeiter, die auch die Kriegszeit im Dienste der Nazis verbracht hatten. Fauziel-Kavukschi und Hassan Salama, die mit ihm in Deutschland waren, sowie Abd El-Kaderel Hus-

seini, der so wie die anderen das pronazistische irakische Regime verteidigte, jedoch im Juni 1941 von den Briten verhaftet und drei Jahre in einem irakischen Gefängnis saß. Nach seiner Entlassung erhielt er in Mekka von den Saudis Asyl, wohin der Husseini-Klan sein Hauptquartier verlegte.

Zunächst einmal gruben sie die deutschen Waffen aus, die Husseinis Männer mit Hilfe der Moslebrüder und der faschistischen Partei des jungen Ägyptens in der ägyptischen Wüste versteckt hatten. Diese Waffen hatten sie 1939 von den Nazis erhalten, um den Aufstand in Palästina fortzusetzen. Doch dieser konnte wegen Erschöpfung nicht weitergeführt werden. Salamas Bande benützte diese Waffen, als sie am 8. September 1947 das Hatikva-Viertel in Tel Aviv angriff. Abd El-Kader el Husseini und Hassan Salama verloren 1948 ihr Leben im Kampf gegen die Hagana. Fauziel-Kavukschi gelang es im gleichen Jahr trotz besserer Ausrüstung seiner Soldaten den Kampf um Mishmar Haemek zu verlieren.

Das Scheitern der vom Mufti angeführten bewaffneten Banden im Kampf gegen den Jischuv führte zur Intervention der arabischen Armeen, die jedoch auch keinen Erfolg hatten. Der Mufti war verzweifelt, trotz seines 40 Jahre dauernden Kampfes gegen die Juden wurde der jüdische Staat geschaffen, der Gazastreifen wurde von Ägypten besetzt und das Westjordanland sowie Ostjerusalem von Jordanien, sodass er nirgendwo willkommen war. König Abdallah von Jordanien nahm ihm sogar den Posten eines Großmufti von Jerusalem. Seine Bemühungen eine Exilregierung von Palästina zu schaffen schlugen fehl.

Husseini machte für die Katastrophe (Nakba) in erster Linie Israel und den Westen verantwortlich. Doch er schimpfte auch auf die korrupten arabischen Regime, die heute nicht weniger korrupt sind als damals und er sann auf eine Rache des radikalen Islam.

Seine Männer ermordeten im Sommer 1951 den ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten as-Sulh und König Abdallah von Jordanien. Der Mufti pflegte den Kontakt zu Johann von Leers, den er zum Islam bekehrt hatte und der in Ägypten nahtlos seine Karriere als antisemitischer Propagandist fortsetzen konnte. Husseini engagierte sich in der Bewegung der Blockfreien Länder, deren Politiker nichts dabei fanden, einem Nazikollaborateur die Hand zu geben. Er nahm teil an den Konferenzen der asiatischen Nationen 1949 in Neu Delhi und 1954 in Colombo, wo er die Palästinafrage in die Tagesordnung aufnehmen ließ. 1955 konnte er mit zwei seiner Gehilfen auf der Konferenz der Blockfreien in Bandung Jawaharlal Nehru, Ahmad Sukarno und Nasser treffen und sechs Jahre später den jugoslawischen Führer Tito, der ihn von der Liste der Kriegsverbrecher gestrichen hatte.

Husseini hatte auch die Frechheit zu versuchen, die Bundesrepublik Deutschland daran zu hindern, Wiedergutmachung an die jüdischen Opfer des deutschen Nationalsozialismus zu zahlen. Husseini schürte Intrigen im Iran und anderswo in der moslemischen Welt. Niemand tat so viel um die Geburt eines palästinensischen-arabischen Staates zu verhindern wie Husseini, dem aber kein Haar gekrümmt wurde. Er starb 1974 im Libanon und seine giftige Saat wirkt noch heute weiter.

Die antisemitische „Elite der Nation“

Antisemitismus und Antzionismus: Quo vadis, Labour?

Von Marius Bischoff

Seitdem die nationale Studentenorganisation der Labour-Partei eine Untersuchung bezüglich der Vorwürfe von antisemitischem Verhalten und Einschüchterung am Oxford University Labour-Club (OULC) im Februar ins Leben gerufen hat, intensivierte sich die Antisemitismusdebatte innerhalb von Labour und der zugehörigen Studentenvereinigungen nicht nur an der Universität Oxford, sondern erfasste auch zunehmend Spitzenpolitiker.

Anfänglich löste der Rücktritt des zwanzigjährigen Oxfordstudenten Alex Chalmers, stellvertretender Vorsitzender der Studentenvereinigung OULC, einen Wirbel innerhalb der Labour-Partei aus. Chalmers bezichtigte die Studentenvereinigung des Antisemitismus und beschuldigte diese, eine „zutiefst verachtende“ Haltung gegenüber Minderheiten zu vertreten. Chalmers trat im Februar 2016 zurück und betonte, dass „ein großer Teil der beiden OULC und der links-gerichteten Studenten in Oxford in der Regel eine Art von Problem mit Juden haben.“ Die jüdische Studentenorganisation (Oxford University Jewish Society) erklärte auf ihrer Homepage, dass es „nicht das erste Mal war, dass diese mit antisemitischen Vorfällen innerhalb von links-gerichteten Studenten zu tun bekam und es sicherlich nicht das letzte Mal sein wird.“ Der Labour-Abgeordnete John Mann, Vorsitzender der Kommission gegen Antisemitismus, hat seine eigene Partei dazu aufgefordert, alle Verbindungen mit der Oxforder Studentenvereinigung zu beenden.

Chalmers bekräftigte, dass einige Mitglieder der Studentenvereinigung Unterstützung für die islamistische Gruppe Hamas zum Ausdruck gebracht hatten. Nach Chalmers Rücktritt wurden weitere Vorwürfe laut. Andere OULC-Mitglieder, einschließlich früherer Führungsmitglieder des Vorstandes, traten in Kontakt mit der Oxford University Jewish Society mit einer Liste von antisemitischen Vorfällen, die sie aufgenommen hatte. Ein OULC-Mitglied ging so weit und behauptete, dass die Tötung von jüdischen Zivilisten durch die Terrororganisation Hamas gerechtfertigt sei und dass alle Juden legitime Ziele seien. Ein Ausschussmitglied erklärte, dass von allen Juden öffentlich zu erwarten sei, den Zionismus und den Staat Israel zu verurteilen. Kontakte mit Juden, die sich weigerten dies zu tun, sollten vehement abgebrochen werden. Es soll zu einem Zwischenfall gekommen sein, bei dem ein anderes Mitglied des OULC eine Gruppe von Studenten dazu aufstachelte, eine jüdische Studentin zu belästigen und diese wiederholt nötigten, „schmutzige Zionisten“ zu rufen.

Dass er sich zu der Entscheidung entschloss seinen Rücktritt bekanntzugeben, lag daran, dass die OULC für eine sogenannte „Apartheid-Woche“ gestimmt hatte. Hierbei handelte es sich um eine jährlich stattfindende Vortragsreihe, die gegen den Staat Israel hetzt. Chalmers, der selbst nicht jüdisch ist, betonte, dass die Studentenvereinigung wiederholt jüdische Studenten belästigte und explizit antisemitische Redner zu Veranstaltungen einlade.

Noni Csogor, verbleibender stellvertretender Vorsitzender des Vereins, sagte in einer Online-Erklärung: „Ich bin tief bestürzt von Alex' Entscheidung zurückzutreten, aber es ist eine, die ich respektiere;



Britische Studenten in Oxford

sein Engagement für seine Prinzipien ist ehrlich bewundernswert, und er ist – und bleibt – einer meiner engen Freunde. Alex hat Recht, den wachsenden Antisemitismus und die Gewalt in Großbritannien als ein wichtiges Thema hervorzuheben; es ist auch erschreckend, dass sich jüdische Studenten auf dem Campus un-

verlauten ließ, dass der Islamische Staat (IS) von Israel kontrolliert würde. Die in London ansässige „Jewish Chronicle“ und „Sunday Times“ haben in den letzten Tagen berichtet, dass Campbell nach einer parteiinternen Untersuchung suspendiert wurde, nachdem er auf Facebook postete, dass Israels Geheimdienst Mossad den

politikern innerhalb der Labour-Partei sind allerdings weder neu noch überraschend. Eine radikalisierte Linke im Vereinigten Königreich macht Juden kollektiv für die Politik des Staates Israels verantwortlich. Es ist also nicht verwunderlich, dass laut einer Umfrage aus dem Jahr 2015, rund ein Drittel der britischen Juden, Großbritannien aufgrund des zunehmenden Antisemitismus zu verlassen erwägt. Obwohl es wiederholt zu Beschwerden innerhalb der Universität Oxford von Studenten kam, zogen diese kein mediales Interesse nach sich. Bei einer Nachfrage bei Jonathan Hunter, Mitbegründer des pro-israelischen Society-Israel-Forums an der Universität Oxford, stellte dieser klar, dass er wiederholt Fälle von Antisemitismus gemeldet hatte – ohne Erfolg. Aaron Simons, ehemaliger Präsident der Oxford Jewish Society, beklagt, dass die radikale Linke die israelische Politik als kolonialen Siedlerstaat betrachtet. Was die meisten jüdischen Studenten in Oxford beanstanden, ist vor allem die Art, wie links-gerichtete Studenten auf Antisemitismus reagieren, wenn er entsteht.

Juden, die ihre Anliegen erwähnen, werden mit Argwohn betrachtet und degradiert. Simons hat Recht, wenn er sagt, dass es Zeit ist und endlich anerkannt werden muss, dass die linken Studentenvereinigungen institutionell antisemitisch sind.

„In Oxford soll die anti-israelische „Apartheid-Woche“ stattfinden“

cher fühlen.“

„Wir nehmen Vorwürfe von Antisemitismus in der Studentenvereinigung sehr ernst, und ich werde mit meinem Vorstand diskutieren, wie wir mit diesen Arten von Aussagen umzugehen haben, die Alex erwähnte, und welche konkreten Schritte wir in Zukunft unternehmen müssen, um einen Club zu erhalten, der ein sicherer Hafen für jüdische Studenten in der Vergangenheit gewesen ist.“

Nicht nur unter den Studenten?

Allerdings ist der Antisemitismus in Großbritannien nicht nur auf die Studentenvereinigungen beschränkt. Wiederholt kam es in den letzten Monaten zu weiteren Fällen von Antisemitismus innerhalb der Labour-Partei. Dabei war Antisemitismus kaum noch von Antizionismus zu unterscheiden. Am 16. März kam es zu dem nächsten Vorfall als Vicki Kirby, ehemalige Parlamentskandidatin, ihres Amtes enthoben wurde. Nachdem sie zu einer der Regionalvorsitzenden der Labour-Partei gewählt wurde, tauchten ihre alten Tweets wieder auf. In diesen behauptete Sie, dass Hitler der „zionistische Gott“ sei und dass sie dafür sorgen würde, ihren Kindern beizubringen wie „böse Israel“ wäre. Bereits im Jahr 2014 wurde Kirby ursprünglich aus der Labour-Partei ausgeschlossen, wurde aber wieder als stellvertretende Vorsitzende von Labour in der Stadt Woking, Grafschaft Surrey, zugelassen.

Am 30. März wurde der Labour-Aktivist Bob Campbell zum Gegenstand der Kritik, nachdem dieser

„Islamischen Staat“ betreibe. Des weiteren behauptete er, Israel wäre verantwortlich für den terroristischen Bombenanschlag in Brüssel. Selbst der Vorsitzende der Labour-Partei, Jeremy Corbyn, hatte zuvor aufgrund seiner anti-israelischen Kommentare Streit geschürt, in denen er von Hamas und Hisbollah als seinen „Freunden“ sprach. Am 10. April ereignete sich der aktuellste Vorfall: Ein Ratsmitglied der Stadt Luton, Aysegül Gurbuz, behauptete in einem Tweet, dass „Hitler der größte Mann der Geschichte“ gewesen sei. Des weiteren twitterte Gurbuz, dass Iran eine Atomwaffe entwickeln sollte, um „Israel von der Landkarte zu wischen.“

Wirklich neu?

Die antisemitischen Äußerungen von der Studentenvereinigung bis hin zu Spitzen-



Bleibergs

בלייברג'ס

כשר חלבי

מנהל מחלקת: רבנית ויטולד ערנברג

Combinatrabbeur der Jüdischen Gemeinde zu Berlin



Café und Catering

Nürnberger Str. 45 a
10789 Berlin
Tel.: 030 21 91 36 24
Fax.: 030 21 91 36 25
E-Mail: coffeandtour@bleibergs.de
www.bleibergs.de



Papst Roncallis Judenrettung

Der spätere Papst Johannes XXIII. tat sein Bestes, um Juden zu retten

Von Karl Pfeifer

Unabhängig von der politischen oder religiösen Orientierung beschäftigen sich bis heute viele Menschen mit der Frage, wie es kommen konnte, dass sechs Millionen Juden, darunter 1,5 Millionen Kinder, ermordet werden konnten. Einige Menschen wollen die Antwort nicht am richtigen Ort suchen. Der Vorwurf gewisser Historiker an die zionistische Bewegung, nicht in der Lage gewesen zu sein, die Juden Europas zu retten, ist ein Musterbeispiel tendenziöser Geschichtsschreibung. Denn er unterstellt der zionistischen Bewegung, sie hätte Einfluss auf die Alliierten gehabt und diesen nicht genutzt.

Doch gerade in der größten Not, im Mai 1939, schränkte die britische Regierung die jüdische Einwanderung in das Mandatsgebiet (Palestine) Erez Israel ein. Anstatt jährlich 50.000 Einwanderungsgenehmigungen sollten für die nächsten fünf Jahre lediglich 75.000 insgesamt ausgestellt werden. Aber auch die Einreise in die USA war nach dem Ersten Weltkrieg durch die Einführung der Länderquoten radikal eingeschränkt worden, und dies wurde während der Wirtschaftskrise der 20er und 30er Jahre nicht besser. So waren ihnen die Länder, in denen die verfolgten Juden Zuflucht hätten suchen können, versperrt.

Chaim Weizmann, der Vorsitzende der zionistischen Bewegung und erste Präsident Israels, sagte damals, die Welt bestehe aus zweierlei Nationen, denjenigen, die keine Juden in ihren Ländern haben wollen, und den anderen, die nicht bereit sind, Juden aufzunehmen.

Nach Ausbruch des Krieges konzentrierten die Alliierten all ihre Anstrengungen darauf, der Herrschaft Hitlers ein Ende zu bereiten. Die Zionisten wollten Aktionen initiieren, um die Juden zu retten, doch die Alliierten argumentierten, dass es eine Menge Völker unter der Herrschaft der Nazis gäbe – Polen, Tschechen usw. –, und man könne die Juden nicht bevorzugt behandeln, wenn das Hauptziel der Sieg sei. Zudem wollten die Alliierten nicht den Eindruck erwecken, der Krieg werde geführt, um Juden zu retten, wie die Nazis ihnen unterstellten.

Die Alliierten gestatteten auch keinen Geldtransfer in den von Deutschen besetzten Teil Europas. Doch ohne finanzielle Mittel war keine Rettung möglich. Juden aus Europa zu retten, war logistisch eine schwere Aufgabe. Eine Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied. Manchmal gelingt solch eine Aktion, doch wenn ein Glied fast am Ende der Kette bricht, war die ganze Anstrengung vergebens.

Trotz aller Schwierigkeiten waren mehr als ein Dutzend Emissäre des Jischuw (die damalige jüdische Bevölkerung in Erez Israel) allein in Istanbul tätig, um Juden zu retten.

Sie mussten mit der Wehrmacht rechnen, die in weniger als einem Jahr die meisten Armeen Europas bezwungen hatte. Sie mussten außerdem die Abwehr, eine Organisation mit langer Geschichte, und die Gestapo bekämpfen. Die Delegierten waren sehr jung, etwas naiv und sehr tatkräftig, sie hatten keinerlei Erfahrung, keine militärische oder nachrichtendienstliche Ausbildung.

Der Jischuw war freilich kein Staat. Die Führung musste die Religiösen und die



Papst Johannes XXIII. bemühte sich im Krieg hinter den Kulissen für die Juden.

Nicht-Religiösen, die Aschkenasim und die Sefardim, die Linke und die Rechte

Die Jewish Agency beschloss, zuerst die Kinder zu retten, weil sie dachte, die

„Himmler bot 1944 an eine Million Juden gegen 10 000 Lastautos, Tee, Kaffee etc. freizugeben. Sie versprachen, diese Lastautos nicht gegen die freie Welt einzusetzen, sondern nur gegen die Rote Armee.“

überzeugen, freiwillig zusammenzuarbeiten. Auf der einen Seite war der organisierte Jischuw, der politisch links von der Mitte war, und auf der anderen Seite waren die rechten Revisionisten. Alle bemühten sich separat Juden zu retten.

Zuerst versuchte man, die Kinder vom Balkan zu holen, denn die waren in der Nähe, und da sah man größere Chancen. Die Kinder waren am stärksten gefährdet durch Hunger und Kälte zugrunde zu gehen und die Zionisten gingen von der Annahme aus, dass die Deutschen sie vielleicht gehen lassen, da sie doch nur essen und nicht arbeiten würden. Man dachte auch, dass der Jerusalemer Mufti, der mit den Deutschen kollaborierte, dies nicht bemerken würde.

Das war ein Irrtum – er verfasste Briefe an die Regierungen Ungarns, Rumäniens und Bulgariens und forderte, jüdische Kinder weder aus- noch durchreisen zu lassen, und wandte sich auch an seine Nazifreunde, dies unbedingt zu verhindern.

Briten würden sich da liberaler verhalten. Doch die Antwort der britischen Regierung war eindeutig. Von den genehmigten 75.000 Zertifikaten standen 1942 noch 29.000 aus, die nicht verwendet worden waren, und mit diesen wollte man Kinder ins Land bringen.

Die zionistische Führung stand wie so oft zuvor vor einem Dilemma: Wenn sie das akzeptiert, dann akzeptiert sie die britische Logik, dass doch die Lage vollkommen normal sei. Sicher konnten die Briten, als sie das white paper 1939 beschlossen, nicht wissen, was in ein paar Jahren geschehen würde: dass es zu einem Völkermord kommt. Doch im November 1942 wussten sie sehr wohl, dass jedes jüdische Kind, das in Europa blieb, ermordet werden würde, doch das änderte ihre Haltung nicht. Das also war die Haltung der freien Welt. In dieser nicht zu gewinnenden Situation hat die zionistische Führung das britische Angebot angenommen. Zur gleichen Zeit wurden 80.000 Juden aus Trans-

nistrien gegen Lösegeld angeboten. Die Zionisten wussten, dass die Briten dies nicht akzeptieren würden, denn es gab nur 29.000 Zertifikate, die für Kinder vorgesehen waren.

Am 30. November 1942, gab es in Jerusalem eine wichtige Sitzung der Asefat Hanivharim, die höchste gewählte Vertretung des Jischuw, die der Rettung gewidmet war. Der Hauptredner war David Ben-Gurion, seine Rede war „an das menschliche Gewissen“ gerichtet. Er bat darum, die jüdischen Kinder aus Europa holen zu dürfen.

Viele von denen, die heute Urteile fällen, wissen nicht, dass Himmler 1944 anbot eine Million Juden gegen 10 000 Lastautos, Tee, Kaffee etc. freizugeben. Sie versprachen, diese Lastautos nicht gegen die freie Welt einzusetzen, nur gegen die Rote Armee. Die Nazis sagten, sie würden die Juden nicht nach Palästina lassen, sondern nur auf die pyrenäische Halbinsel. Die Zionisten hatten also wieder über ein Angebot zu beraten, das die geretteten Juden nicht nach Palästina bringen würde. Das Gleiche geschah auch mit den überlebenden Juden in Transnistrien. Weil die Briten ihnen nicht die Einreise nach Palästina gestatteten, sagten die Zionisten, lasst doch diese Juden zuerst zurück in das alte Rumänien.

Auch das entspricht nicht den Behauptungen der neuen Historiker, dass die Zionisten sich nur dafür einsetzten, Juden nach Palästina zu bringen.

Und das war nicht das einzige Mal. Als man in Jerusalem hörte, dass der südafrikanische Präsident Jan Smuts bereit war, polnische Kinder nach Südafrika zu bringen, bat man auch, jüdische Kinder dorthin zu bringen. Den Einwand, dass Smuts von polnischen Kindern gesprochen hatte, beantworteten die Zionisten mit dem Hinweis darauf, dass jüdische Kinder auch polnische sind. Die Antwort war, er meinte nicht-jüdische polnische Kinder. Als die Zionisten sich direkt an Smuts wandten, sagte dieser, sie sollten ihn nicht drängen, denn die Lage in seinem Land sei schlecht, er habe die Inder, die Schwarzen, und jetzt wolle man ihm noch Juden senden, wo er doch so viele Antisemiten habe. Auch das ist ein Beispiel, dass die jüdische Führung in erster Linie Kinder retten wollte, ihre Bitte lautete, sie aus Europa herauszubringen.

Als einer der zionistischen Delegierten aus Istanbul nach Jerusalem kam, um über den Vorschlag von Himmler zu berichten, gab es eine lange Sitzung mit Ben-Gurion und Shertok (später als Moshe Sharett Außenminister) über den Plan, eine Million Juden nach Spanien und Portugal zu bringen. Am nächsten Morgen berief Ben-Gurion die Exekutive der Jewish Agency ein und sagte dort: Wenn es nur eine Chance eins zu einer Million gibt, muss man es versuchen.

Der britische Nachrichtendienst beurteilte dieses Angebot als genialen Schachzug der Nazis. Erstens wollten die Nazis zu einer Zeit, als die Rote Armee auf dem Vormarsch nach Mitteleuropa war, 10.000 Lastautos haben. Und sie konnten sich gut vorstellen, wie Stalin darauf reagieren würde, doch zweitens wollten sie eine Million Juden über die Pyrenäen bringen. Jeder wusste, dass die Zweite Front nur eine Frage der Zeit war, und den Plan, gerade die Juden auf den Weg zu bringen, den die Alliierten nehmen sollten, war ausgeklügelt. Die

Alliierten stimmten diesem Vorschlag nicht zu.

Es gibt noch eine Beschuldigung gegen David Ben-Gurion, die immer wieder von Antizionisten wiederholt wird. Tatsächlich hat Ben-Gurion nach der „Kristallnacht“ einen sehr harten und peinlichen Ausspruch getan. Es ging um 10.000 jüdische Kinder aus Deutschland und Österreich, denen Großbritannien nicht die Einreise nach Palästina gestattete, und es kam der Vorschlag, sie doch nach Großbritannien zu bringen. „Hätte ich“, sagte er, „gewusst, dass es möglich ist, all diese Kinder zu retten, indem man sie nach England bringt, und nur die Hälfte, wenn man sie nach Palästina bringt, dann hätte ich die zweite Möglichkeit gewählt – denn wir müssen nicht nur an die Kinder denken, sondern an die historischen Überlegungen des jüdischen Volkes.“

Was die Kritiker von Ben-Gurion nicht erwähnen, ist seine Haltung während der Schoah, die dokumentiert ist. Ben-Gurion hatte eine brüske, trockene Art. Aber wer sein Tagebuch liest, entdeckt einen Mann, der tiefen Schmerz und Angst fühlte. Eine unvoreingenommene Untersuchung würde zeigen, dass Ben-Gurion nicht gleichgültig war, was die Schoah und die Diaspora anlangt. Ben-Gurion war ein Staatsmann, der Macht, Stabilität und Tapferkeit ausstrahlte, die notwendigen Eigenschaften für die zionistische Revolution, aber diese machte ihn nicht unsensibel. Er konnte stundenlange Reden halten, doch auch ganz kurze Bemerkungen in seinem Tagebuch machen, die alles ausdrückten, was er fühlte. Als die Nachricht vom Sieg der Alliierten am 8. Mai 1945 verkündet wurde, war Ben-Gurion in London. Von seinem Fenster sah er die jubelnden Menschen in den Straßen und äußerte die Tiefe seines Gefühls, was dieser Tag für die freie Welt und für die Juden bedeutet: „Tag des Sieges, traurig, sehr traurig.“ Und dieser durch und durch laizistische Mann erinnerte sich seiner jüdischen Wurzeln, als er in seinem Tagebuch noch hinzufügte: „Du darfst dich nicht freuen, Israel, noch rühmen wie die Völker“ (Hosea 9.1.)

Der Analogieschluss der Kritiker von Ben-Gurion, dass er, weil er 1948 siegreich war, auch erfolgreich das jüdische Volk während des Zweiten Weltkrieges hätte retten können, ist vollkommen falsch.

Außer dem britischen white paper, das im Mai 1939 die Einreise radikal einschränkte kam noch dazu, dass nach dem italienischen Kriegseintritt die zivile Schifffahrt im Mittelmeer unmöglich wurde und die Nazis die Auswanderung stoppten. Die zionistische Führung brachte den Alliierten ein naives Vertrauen entgegen, doch entgegen den alliierten Bestimmungen überwies sie Geld an jüdische Organisationen im von Deutschen besetzten Europa. Für die Alliierten hatte die Kriegsführung oberste Priorität und sie wollten jeden Anschein vermeiden, diesen Krieg zu führen, um Juden zu retten. Auch die Türken haben die Durchreise durch bürokratische Hindernisse radikal beschränkt.

Die zionistische Führung war in eine Falle geraten, denn sie musste noch 1941 die Eroberung des Landes durch die Wehrmacht befürchten. Sie musste das bereits erreichte bewahren, um nach dem Krieg die Überlebenden zu integrieren. Sie war angewiesen auf Unterstützung und auf Beziehungen. Doch gerade zu dieser Zeit, als der Jischuw zum „Asyl“ wurde, war schon der wesentliche Teil des Volkes, das dort einen sicheren Hafen gefunden hätte, vernichtet. Die zionistische Führung konnte nicht Millionen Juden retten, die in die Hände der Ver-



Papst Pius XII. hingegen „glänzte“ vor allem durch Opportunismus.

folger gefallen waren. Denn die Welt war gleichgültig und manche waren sogar am Massenmord an Juden interessiert. Ohne die Mittel zu einer selbstständigen militärischen und politischen Aktion konnten nur wenige gerettet werden. Die neuen Historiker projizieren die heutigen Bedingungen in die Vergangenheit.

Doch Roncalli hat sich nicht auf die Rolle des Übermittlers beschränkt, sondern arbeitete aktiv zusammen mit Barlas, um so viele Menschen zu retten wie möglich.

Roncalli, der von 1934 bis 1944 Nuntius in Istanbul und Athen war, wurde 1944 nach Paris gesandt, wo er einen Nazikollaborateur, der von De Gaulle zu-

antisemitischen katholischen Geistlichen, der damals Präsident der Slowakei war, zu übergeben, damit dieser die Deportation nach Auschwitz einstellt. Bevor er dies versprach, betete er leise in der Anwesenheit von Barlas, bat um die Gnade Gottes, die ihnen den richtigen Weg zeigen soll und sagte dann, „so soll es sein mit der Gnade Gottes“. Das war einer der seltenen Fälle, dass eine positive Antwort aus Rom kam.

Roncalli fasste nur zu Barlas Vertrauen. Als dieser ihm einmal einen Bericht brachte über das besetzte Polen und den dort begangenen Massenmord an Juden, bat Roncalli zitternd und blass, er möge doch Hesekiel Kapitel 37, 11 lesen. („... So spricht der Herr: Siehe, ich will eure Gräber auf tun und will euch, mein Volk, aus denselben heraus holen, und euch ins Land Israel bringen.“) So wollte Roncalli Barlas trösten, und er verurteilte nicht wie seine Kirche die zionistischen Bestrebungen.

Und Barlas zitiert auch Moshe Shertok der Chef der politischen Abteilung der Jewish Agency, der einen Monat, bevor der Krieg zu Ende ging von Pius XII. empfangen wurde. Der Papst erwähnte die „schreckliche Verfolgung“ (Shertok bemerkte: „faktisch Mord“) „in Polen und in Ungarn“ und wunderte sich „tatsächlich fünf Millionen?“

Die Jewish Agency bat den Vatikan, sich an die neutralen Länder zu wenden, damit diese den Juden Asyl gewähren sowie einen Appell an die deutschen Behörden zu richten, diejenigen Juden, die eine Einreiseerlaubnis nach Palästina haben, und die palästinensischen Staatsbürger ausreisen zu lassen. Die dritte Bitte bezog sich sehr feingültig auf die am 24. Dezember 1942 gehaltene Rede von Pius XII., in der er von „Hunderttausenden“ sprach, „die ohne eigenes Verschulden, bisweilen nur aufgrund ihrer Nationalität oder Rasse dem Tod oder fortschreitender Vernichtung preisgegeben sind.“

Der Vatikan sollte alle seine Archive der historischen Forschung der Schoah öffnen, damit man klar erkennt, wer welche Rolle damals gespielt hatte.

„Hunderttausende... tatsächlich fünf Millionen?“

Die israelische Historikerin Dina Porat, die auch Chefhistorikerin von Jad Vashem ist, publizierte 2009 in einer hebräischen Zeitschrift zur Erforschung der Schoah und des Antisemitismus einen Artikel über eine kaum bekannte Geschichte des Versuchs einer Delegation des Jischuw, (der jüdischen Gemeinschaft im Mandatsgebiet Palästina-Erez Israel) Juden zu retten und welche bedeutende Rolle dabei Angelo Giuseppe Roncalli, der spätere Papst Johannes XXIII., spielte.

„Im Ausland weiß man nicht viel über Haim Barlas, denn seine Schriften und fast alle Dokumente sind Hebräisch. Der 1898 geborene Barlas führte während des Zweiten Weltkrieges die 15-köpfige Delegation der Jewish Agency in Istanbul, deren Aufgabe es war, zwischen dem Jischuw und den Juden im von den Deutschen besetzten Europa die Verbindung herzustellen. Er war der einzige, den die türkische Regierung anerkannte und der unter britischen diplomatischen Schutz stand. Er war ein außerordentlich bescheidener, zurückhaltender, pedantischer und vorsichtiger Mensch, aus dessen Schriften klar wird, dass er 1942-1944 enge Beziehungen zu dem damaligen Nuntius in Griechenland und der Türkei, Monsignor Angelo Giuseppe Roncalli (1881 geboren, später Papst Johannes XXIII.), pflegte, den er oft bat, Dokumente und Hilferufe an den Vatikan weiterzuleiten. Roncalli informierte, wenn er von Pius XII. oder dem Staatssekretariat eine Antwort erhielt. Meistens erhielt Roncalli jedoch keinerlei Antwort.

rück nach Rom gesandt wurde, ablöste. Als Papst (1958-1963) hat er das zweite Vatikanische Konzil zusammengerufen, das die Kirche im Allgemeinen und insbesondere die Verbindung mit dem jüdischen Volk erneuerte. Seine einmalig warmherzige und kommunikative Persönlichkeit machte ihn auch außerhalb seiner Kirche sehr populär.

Barlas erwähnte 1968 während einer Yad Vashem-Konferenz, dass er den Nuntius in der Regel während der Nacht besuchte, um nicht zu viel Aufmerksamkeit zu erwecken. Er sagte bereits 1963: „Ich konnte immer kommen und hatte freien Zugang zur Nuntiatur, auch dann, wenn ich spät kam, er hat mich immer herzlich empfangen und half, wo er konnte. Und zwar weit über dem, was seine offizielle Position war.“

Barlas schreibt in seinen Memoiren, dass er bereits während seines ersten Besuches erkannte, dass Roncalli sich von anderen kirchlichen Würdenträgern unterschied, denn er war außerordentlich interessiert über die Kriegereignisse zu erfahren und insbesondere über die Probleme der Juden. Mit warmen Herzen und aufrichtig „außerhalb der Dogmen der Religion und der Kirche“ hatte er Mitgefühl mit dem Leiden von individuellen Juden und des jüdischen Volkes. Wenn Barlas um irgendetwas bat, hat er zugehört, Fragen gestellt und die Antworten notiert.

Barlas beschreibt, wie er im März 1943 während einer regnerischen Nacht zu Besuch kam. Roncalli versprach, seine Bitte um Ausübung von Gnade Jozef Tiso, dem

Als die Cola kosher wurde

Wie Coca-Cola als erstes eine Pessach-freundliche Version auf den Markt brachte



Von Alina Dain Sharon / JNS.org

Coca-Cola-Fabrik und Koschere Cola.

In den 1930ern begann Rabbi Tobias Geffen aus Atlanta die geheimen Zutaten in massenproduzierten Lebensmitteln zu untersuchen, um herauszufinden, ob die Zutaten kosher sind.

Er schuf einen Präzedenzfall, als er Coca-Cola dazu brachte eine Koscher-Version seines Softdrinks herzustellen.

Geffen reagierte damit auf die enorme Popularität, die die Coke ab den 20er Jahren erfuhr. „Juden machten es zur Sitte ihren Kindern Cola statt Wein am Pessach-Fest zu geben“, erklärt der Historiker Roger Horowitz, dessen Buch „Kosher USA: How Coke Became Kosher and Other Tales of Modern Food“ im April 2016 von Columbia University Press veröffentlicht wurde.

Dieser Schritt von Coca-Cola war außergewöhnlich, denn nur die allerwenigsten großen Lebensmittelhersteller brachten damals Koscher-Versionen ihrer Produkte auf den Markt.

„Die Coke war ein Riesenerfolg und die Firma achtete eifersüchtig darauf, dass ihr Rezept geheim blieb“, erzählt Horowitz. Die Entscheidung der Firma das Rezept dann doch preiszugeben, ist dem Vertrauen gegenüber Geffen geschuldet, dass er es auf keinen Fall an Dritte weitergeben werde.

Dieser Fall des Vertrauensvorschlusses, der nicht missbraucht wurde, war ausschlaggebend dafür, dass weitere Lebensmittelfirmen dem Beispiel von Coca-Cola folgten.

Geffen vergab ein offizielles „Koscher für Pessach“-Zertifikat an Coca-Cola, bevor er schließlich diese Aufgabe an einen anderen Rabbi weitergab.

Währenddessen gab es mit Abraham Goldstein, dem Gründer der „Orthodox Union“ (OU) einen weiteren Ko-

scher-Zertifizierer, der sich bei seiner Arbeit besonders auf Eiscreme konzentrierte. Er schaute den Herstellern über

enthaltenen Reis essen Juden aschkenasischer Herkunft nicht, daher wollte man den Reis durch das südamerikani-

”

Weil Nahrungsmittel heute aus der ganzen Welt kommen, sind die Koscher-Prüfer in 80 Ländern aktiv!

“

die Schulter und entschied am Schluss, dass z.B. das Eis der Marke „Breyers“ für Juden über Pessach unbedenklich ist.

Aber Goldstein begutachtete eigentlich nur die Lebensmittel wie sie eben schon auf dem Markt waren. Dass ein Lebensmittelhersteller eine extra koschere Version herstellte, war die absolute Ausnahme.

Rabbi Moshe Elefant, Chief Operating Officer des Koscher-Zertifizierungs-Arms der OU, sagte JNS.org, dass die OU Coca-Cola seit 1989 Pessach-tauglich „stempelt“, nachdem die Firma den Fruktose-Mais-Sirup durch Zucker ersetzt hat. Diese Flaschen sind heute für ihre gelben Deckel bekannt.

Wenn die OU ein Produkt als „allgemein kosher“ zertifizieren will, dann reichen gelegentliche Besuche des Rabbinen in der Fabrik. Wenn es jedoch um das Zertifikat „Koscher für Pessach“ geht, dann muss der Rabbi den ganzen Herstellungsprozess bis ins Kleinste beobachten!

Es gibt so einige Probleme, die sich über Pessach auftun: Sushi ist z.B. während Pessach beliebt, aber den darin

enthaltenen Reis essen Juden aschkenasischer Herkunft nicht, daher wollte man den Reis durch das südamerikani-

sche Quinoa ersetzt. Das allerdings – so stellte ein extra in die Anden geflogener Rabbi fest – wurde dort nicht-koscher hergestellt und schied somit als Reisersatz aus, wie Rabbi Elefant erklärt.

Weil sich die Welt der Nahrungsmittel heute globalisiert hat, ist auch die OU immer globaler geworden, mit Niederlassungen in aktuell 80 Ländern!

Weil auch zahlreiche Maschinen hinzugekommen sind, die es zu Zeiten des Talmuds nicht gab, müssen die OU-Mitarbeiter auch noch diese neuen Lebensmittel-verarbeitenden Maschinen prüfen, bevor sie ihr Zertifikat vergeben. Dazu brauchen sie einigen technischen Sachverstand, denn bei einigen Maschinen handelt es sich um millionen-teure Apparate.

Maisöl darf nicht verwendet werden. Daher muss anderes Öl oft über lange Strecken herangeholt werden, in Lastwagen und Tankern, die von Rabbis versiegelt werden müssen.

Koschere Regeln müssen also in unser Nahrungssystem integriert werden: Eine große Herausforderung, die die orthodoxen Juden gut gemeistert haben, wie Horowitz anmerkt.

Thunfisch ist unproblematisch zum Pessach-Essen, manchmal aber die Zutaten, die mit in der Thunfisch-Dose sind. Auch nicht alle koffeinfreien Kaffees sind zu Pessach okay, die OU empfiehlt Nescafés „Tasters Choice“ und Kaffee von Folgers.

Die Statistiken von „Lubicom Marketing Consulting“ (eine Agentur, die mit Koscher-Lebensmittel-Produzenten arbeitet) für die letzte Koscher-Handelsmesse zeigte, dass es über 600 neue Koscher-Produkte auf dem Markt gibt und dass 40 Prozent der jährlichen Koscher-Lebensmittelverkäufe um die Pessach-Zeit herum verkauft würden.

„Pessach ist der meist-beachtete Feiertag im jüdischen Kalender“, wie Lubicom-Präsident Menachem Lubinsky feststellt, wobei etwa 70 Prozent aller US-Juden mindestens ein Pessach-Essen besuchen.

Beim Essen hört es jedoch nicht auf. Es gibt sogar schon extra Koscher-Aluminiumfolie, wie Lubinsky erzählt.

Wenn eine nicht-jüdische Firma Lubicom kontaktiert, um eine Koscher-Version ihres Produktes herauszubringen, dann berät Lubinsky sie. Er sagt ihnen z.B., dass sie ihr Produkt extrem kundenfreundlich machen sollten, es in seiner Handhabung leicht zu verstehen sein muss, und dass der Hersteller Tipps geben soll, wie man das Produkt mit anderen Koscher-Produkten kombinieren kann.

Coca-Cola hatte damals seine Mais-Fruktose verbannt, um kosher zu werden. Mittlerweile wollen aber auch viele Nicht-Juden die koschere Cola aus Gesundheitsgründen trinken. – Die Juden waren Vorreiter.

Die Tschechen und die sogenannten „Palästinenser“

Die tödliche Explosion in der palästinensischen Botschaft in Prag gibt noch heute Rätsel auf

Von Mojmir Kallus

Am 1. Januar 2014 explodierte im neuen Gebäude der palästinensischen Vertretung in Prag unter unklaren Umständen eine Bombe. Der im Oktober 2013 akkreditierte Botschafter Mohammad Dschamal al-Dschamal kam dabei ums Leben. Die folgenden Erklärungen der „palästinensischen“ Seite haben die anfängliche Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schnell in Misstrauen verwandelt.

Der Sprecher des Außenministeriums aus Ramallah im Westjordanland hatte bekanntgegeben, der Unfall sei passiert, als der Botschafter einen Tresor öffnen wollte, der 25 Jahre lang nicht benutzt worden sei. Der mit der Situation gut vertraute „palästinensische“ Angestellte in Prag hatte dagegen am gleichen Tag beteuert, der Tresor sei jeden Tag in Gebrauch. Die Tochter des Verstorbenen äußerte die Überzeugung, ihr Vater sei Opfer eines Attentats geworden.

Aber dies waren nur kosmetische Schönheitsmängel im Vergleich mit dem, was im Anschluss geschah. Weil das neue Gebäude noch nicht offiziell abgenommen wurde und daher noch nicht als fremdes Hoheitsgebiet galt, konnte die tschechische Polizei die entsprechende Untersuchung vor Ort vornehmen. Dabei stellte sich heraus, dass sich im Gebäude unangemeldete, also illegale Waffen befanden. Über die Anzahl und Art der Waffen kursierten in tschechischen Medien sofort wilde Spekulationen. Mittlerweile steht fest, dass es sich um mindestens acht Pistolen und vier automatische Gewehre handelte. Die tschechische Seite stellte einen Verstoß gegen das Wiener Abkommen über diplomatische Beziehungen fest und verlangte eine klare Antwort von der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Geschenke für PLO

Die palästinensische Antwort bestätigte jedoch nur, was mittlerweile auch dem Durchschnittsbürger, der sich nicht jeden Tag um den Nahen Osten und die Geschichte kümmert, dämmerte. Die Waffen sollen noch aus der Zeit des alten kommunistischen Regimes stammen und wurden als Geschenk von den Kommunisten an die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ PLO gegeben.

Das genügt, um das Ganze einordnen zu können. Eine interessante Ergänzung dazu brachte ein Artikel im Nachrichtenportal „Ceska Pozice“, in dem der Generalsekretär der Fatah-Partei Faruk Kadumi zitiert wurde, wie er an die „schönen alten Zeiten“ in den Beziehungen mit der Tschechoslowakei zurückblickt. Der ehemalige kommunistische Präsident Gustav Husak sei sein guter Freund gewesen und mit Vasil Bilak, dem mittlerweile verstorbenen Funktionär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ), habe er zahlreiche angenehme Stunden verbracht. Es ist schwer, einen allgemein mehr gehassten Namen in Tschechien zu erwähnen. Bilak ist bekannt als einer der fünf Volksverräter, die kurz vor dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968 den „Einladungsbrief“ geschrie-



Die Palästinensische Vertretung in Prag

ben und um die „brüderliche Hilfe“ der Sowjetpanzer gebeten hatten.

Tschechische Bürger haben sich inzwischen auf ihre eigene Art und Weise

„ Tschechien war das einzige Land Europas, das gegen die Aufwertung der „Palästinenser“ in der UNO gestimmt hat

Demonstration gegen palästinensische Präsenz

Mit solchen Erinnerungen ist es kein Wunder, dass in der Öffentlichkeit bald die Frage gestellt wurde, warum es eigentlich in Prag eine „palästinensische“ „Botschaft“ gibt, wenn doch der Staat „Palästina“ nicht anerkannt wird. Die Tschechische Republik war bekanntlich das einzige Land in Europa, das im November 2012 gegen die UNO-Resolution über die Aufwertung des Status' der PA bei den Vereinten Nationen gestimmt hat. Die einzige Antwort lautet, dass es sich um ein Überbleibsel aus der kommunistischen Zeit handelt. Die Tschechoslowakei hat „Palästina“ schon im Jahre 1988 auf Grund der einseitigen Erklärung Jasir Arafats von Algerien anerkannt, und seitdem gibt es in Prag ein Phänomen, das offiziell schwer zu definieren ist. Das tschechische Außenministerium vermeidet sorgfältig jede Definition und soweit es möglich ist, spricht es über diese Entität nur in Adjektiven wie „palästinensisch“ (Anführungszeichen nicht von der Redaktion der JÜDISCHEN RUNDSCHAU). Eine endgültige Stellungnahme sei vom Auswärtigen Amt nach Abschluss der Ermittlungen zu erwarten.

zu Wort gemeldet. Vor dem Gebäude im Prager Viertel Suchdol wurde eine Demonstration gegen die Präsenz der „Palästinenser“ abgehalten, wo Transparente wie „Genug von Bomben“ oder „Wir wollen Ruhe für unsere Kinder“ zu sehen waren. Der Bürgermeister von Suchdol hat offiziell den Umzug der Vertretung an einen sichereren Ort gefordert. Im Internet entstand eine Petition, die schlicht die Abschaffung der Quasi-Botschaft verlangt. Innerhalb von wenigen Tagen haben sich dort über 3.000 Unterschriften gesammelt.

Die Erklärungsnot der „Palästinenser“ schien kein Ende zu nehmen. Als von Ramallah der stellvertretende „palästinensische“ Außenminister Tajsir Dscharadat mit der Entschuldigung nach Prag kam, wurde er in tschechischen Medien mit dem stolzen Vater der Selbstmordattentäterin Hanadi Dscharadat identifiziert. Hanadi hat sich im Oktober 2003 im Restaurant „Maxim“ in Haifa in die Luft gesprengt und 21 Menschen, Juden und Araber, mit sich in den Tod gerissen. Diese Beschreibung, offensichtlich als für den aktuellen Kontext passend eingestuft, wurde mehrmals von dem größten Privatsender TV NOVA wiederholt.

Beschwerde gegen Tschechiens Botschafter in Israel

Und dann kam schließlich die Gelegenheit, alles ins richtige Licht zu stellen. Der PLO-Sprecher Saeb Erekat hat bei der hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, schriftlich Beschwerde gegen den tschechischen Botschafter in Israel, Tomas Pojar, erhoben. Pojar untergrabe die Bemühungen der EU, Frieden und den Rückgang Israels zu den Grenzen vor 1967 zu fordern. Begründung: Er hat die jüdische Stadt Ariel im Westjordanland besucht und sogar mit Studenten der dortigen Universität gesprochen.

Pojar hat jede Kritik abgelehnt mit der Begründung, er habe bei der Begegnung die Position der EU zum Nahostkonflikt erklärt und sei in keiner Weise von der offiziellen EU-Linie abgewichen. Darüber hinaus wollte er sich mit der Situation vor Ort vertraut machen. Er habe sich insbesondere für die gemeinsame Forschung zugunsten der arabischen Bevölkerung interessiert und sei von der hohen Zahl „palästinensischer“ Studenten an der Universität beeindruckt.

Der amtierende tschechische Außenminister Jan Kohout stellte sich hinter seinen Botschafter und wies die Beschwerde Erekat ab. Er beanstandete vielmehr, dass sich die „Palästinenser“ an die EU gewandt haben, statt an das tschechische Ministerium, für die tschechische Diplomatie den einzigen zuständigen Ort.

Es scheint, dass die „Palästinenser“ heutzutage wenig Hoffnung hegen, mit ihren Argumenten die Tschechen überzeugen zu können.

„Wir glauben einfach nicht, dass so etwas passiert – bis es dann passiert.“

Ein Gespräch mit Anti-Terror-Legende Itay Gil über Zivilcourage, und die Chancen Terrorismus zu überleben

Als ich am 16. April 2016 das THE HOME-Studio von Benjamin Meyer betrete, herrschen schon im Vorraum zur Trainingshalle 92 % Luftfeuchtigkeit. Kein Wunder, denn das zweitägige Seminar, welches Sicherheitsexperte Itay Gil hier gibt, hat es in sich. Es geht darum, sich gegen Schuss- und Stichwaffen zu verteidigen. „Active shooter and knife attacks“ – so lautet der Titel des Seminars.

Prof. Itay Gil trägt nicht umsonst den Titel „The Protector“, weltweit ist er einer der angesehensten und erfahrensten Experten, wenn es um Sicherheit, Spezialkommandos und Anti-Terror-Strategien geht. Als Zahal-Hauptmann hat er eine beeindruckende Militärkarriere vorzuweisen, er wurde in die israelische Anti-Terror-Einheit „Yamam“ berufen, die international als eine anspruchsvollsten Spezialeinheiten gilt und die unter anderem auf hochrisikante Geiselrettungen spezialisiert ist. In der Yamam absolvierte Itay Gil bis zu drei Operationen täglich und das über einen Zeitraum von zehn Jahren! Mit mehr als 33 Jahren Krav-Maga-Erfahrung, davon 14 im aktiven Militärdienst, wundert es kaum, dass er mehr als eine hochkarätige Referenz vorzuweisen hat: „Head of Training“ für den Sicherheitsdienst des israelischen Präsidenten, Kooperationen mit der Aspen University, der Hebräischen Universität und der Ariel-Universität, Gründer des IATA (Unruly and Disruptive Passenger Training), zusätzlich verantwortlich für Trainingsprogramme der israelischen Grenzpolizisten, der Undercover-Einheit der Polizei und für die Schulung von 5.000 Polizisten und Sicherheitskräften jedes Jahr. In der IDF dient er in der Reserve als Hauptmann, Senior Combat Instructor und strategischer Missionsplaner für eine Elite-Undercover-Anti-Terror-Spezialeinheit. Selbst BBC wurde schon auf ihn aufmerksam, in Sachen Sicherheitsfragen ist Itay Gil eine Koryphäe.

Umso mehr freue ich mich in einem überraschend ausführlichen Interview dem Sicherheitsexperten ein paar Fragen stellen zu können, um ein paar „überlebenswichtige“ Erkenntnisse zu sammeln.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was planst du mit den Teilnehmern des Seminars an diesem Wochenende?

Itay Gil: Wir haben zwei wichtige Aspekte vor uns. Die Welt um uns herum wird nicht sicherer, Terrorismus ist eine Bedrohung, wie die Angriffe in Paris oder Flugzeugentführungen. Erst kürzlich wurde in Ägypten ein Flugzeug entführt, mit einer sogenannten Dummy-Weste. Die terroristischen Anschläge weltweit haben immer weniger zu tun mit Religion oder Hautfarbe, es passiert einfach. Genau wie bei den Bombenanschlägen in Brüssel, eine Bombe tötet viele unschuldige Menschen. Mein Job ist es, Menschen dafür zu sensibilisieren, ihre Augen zu öffnen und ihre Umgebung aufmerksam und kritisch zu beobachten. Seltsames Verhalten und merkwürdige Körpersprache, das ist etwas, was aus der Masse heraussticht. Und Gott behüte, wenn es Situationen gibt, wie Schießereien oder Entführungen, dann will ich ihnen bei-



bringen, in einer Krise richtig zu reagieren.

Was muss man in so einer Situation beachten, wie reagiert man am besten?

Nun, es gibt bestimmt viele Dinge, aber die erste Ebene ist das Beobachten. Wenn du etwas Verdächtiges gesehen hast, was nicht zusammengepasst hat, sollten deine Sinne und dein Verstand wie eine Feder gespannt sein. Gott möge es verhüten, aber nehmen wir an, es ist eine gefährliche Situation. Eine gefährliche Person, ein Verrückter oder ein Terrorist, betritt ein Gebäude. Aber vorher hast du jemanden gese-

verwundet oder sogar tödlich getroffen werde. Deshalb ist unser Ansatz so: Wenn jemand an einem öffentlichen Ort beginnt zu schießen, kann man ihn vielleicht ablenken, vielleicht rufen oder etwas nach ihm werfen, vielleicht ihn sogar attackieren, wenn er nah genug ist oder anderen Zivilisten Zeichen geben, um sich zu verbünden und nach der Wolfsrudelstrategie anzugreifen, um ein oder zwei aggressive Kriminelle auszuschalten. Es geht um Teambuilding, Führungsstärke und die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen.

Wie entdecke ich verdächtiges Verhalten?

„Vor einer kurzen Weile erst gab es den Fall, dass drei Amerikaner es verhindern konnten, dass ein Attentäter mit einer AK-47 Menschen umbringt. Er zog die Waffe, aber die drei Männer hatten militärisches Training genossen, sie sprangen auf ihn und entwaffneten ihn. Das meine ich!“

hen, der vor dem Gebäude abwartend hin und her läuft, seine Hände waren vielleicht in den Hosentaschen oder in einer großen Tasche. Aber es gibt zu diesem Zeitpunkt noch keinen Beweis, dass tatsächlich etwas passiert. Dennoch, vielleicht bist du nun ein bisschen

ten?

Es gibt viele Signale. Zunächst sehen wir viele Menschen tagtäglich auf der Straße, Hände in den Taschen, am Handy, die tun, was man eben so tut: Das ist eine Sache. Aber um eine Attacke auszuführen, muss man die Inten-



Der französische Innenminister Cazeneuve mit Anti-Terror-Spezialisten.

alarmiert. Und plötzlich siehst du diese Person reinkommen, sie greift in die Tasche und zieht eine Waffe. Die Idee ist, den Leuten beizubringen, nicht zu erstarren. Denn falls ich erstarre, wenn an einem öffentlichen Ort geschossen wird, dann gibt es eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass ich schwer

tion dazu haben. Und das kann man nicht verstecken. Nehmen wir zum Beispiel den Anschlag auf „Charlie Hebdo“ in Paris, das ist eine sehr interessante Fallstudie. Denn niemand sah oder hörte oder wusste angeblich etwas von einer radikalen Gruppe, die AK-47 kaufte. Ich garantiere: Der engste Kreis,

die Familie, Freunde, in den Moscheen, irgendjemand wusste etwas, hat es aber nicht gesagt. Also ist das die erste Anforderung, ein gesetzestreuer Bürger zu sein: Wenn du etwas siehst, musst du es melden. Zweite Anforderung: Wenn du Personen siehst, die eine große schwere Tasche tragen oder einen militärischen Kleidungsstil haben, dann ist das etwas, wofür wir unsere Augen öffnen können und wo wir verantwortungsbewusst handeln können.

Wie kann man Zivilisten, die so etwas nicht täglich erleben, für so etwas trainieren?

Zunächst hoffen wir natürlich, dass man nicht täglich in diese Situationen kommt. Wir veranstalten weltweit sehr viele Seminare mit vielen Menschen und das öffnet vielen die Augen. Wie in der Geiselnahme im Opernhaus in Sydney 2014. Ein moslemischer Attentäter hielt mit einer ISIS-Flagge und einer Schusswaffe mehrere Menschen in Schach – eine Geiselsituation. Da hätte es Situationen geben können, in denen er abgelenkt war, nach dem Fenster schaut oder so etwas, da hätten sie ihn attackieren können. Menschen können sich auch ohne Worte verständigen, mit stummer Körpersprache. Ein Blick, eine Geste, die ich mit einem Wildfremden austausche und die aber besagt: „Wir sind beide in Gefahr. Wir müssen uns zusammenschließen und etwas tun.“ Darum geht es, um diese Bindung. Wenn wir eine Gruppe sind, können wir es schaffen, eine Person mit Messer oder Waffe auszuschalten? Egal ob an Land, im Flugzeug oder in einem Zug. Vor einer kurzen Weile erst gab es den Fall, dass drei Amerikaner es verhindern konnten, dass ein Attentäter mit einer AK-47 Menschen umbringt. Er zog die Waffe, aber die drei Männer hatten militärisches Training genossen, sie sprangen auf ihn und entwaffneten ihn. Das meine ich! Viele Menschen sehen, was passiert, aber sie erstarren. „Was tue ich nur?“, fragen sie sich. Es ist so leicht, ein Opfer zu werden. Ich suche keine Helden, ich sage nur, dass Zivilisten sich selbst und den Menschen in ihrer Umgebung gegenüber verantwortungsbewusst verhalten sollen. Wenn jetzt plötzlich Leute mit Waffen in einen Konzertsaal gehen, stehe ich dann still oder tue ich etwas? Wenn Menschen trainiert wären, zu reagieren, hätte man statt 130 Toten vielleicht nur 30-50. Es geht um Schadensbegrenzung, es gibt kein Hollywood-Ende bei so etwas. Erst kürzlich gab es eine Schießerei in Tunesien, ein Typ marschierte mit einer AK-47 in ein Hotel am Stand, tötete 30 oder mehr Badegäste und Touristen. Das Problem ist da. Und es ist nicht nur Terrorismus, es sind Überfälle, Einbrüche, Vergewaltigungen, es kann alles sein. Wir müssen physisch und psychisch darauf vorbereitet sein, das erfordert Training.

Sind solche Gewalttaten Probleme, die zunehmen?

Ja, definitiv. Meine bescheidene Vision ist, dass es mehr gute als böse Menschen gibt. Und auch wenn ich etwas sehe, was auf der Straße passiert: viele Menschen gehen vorbei und sagen, es geht mich nichts an. Und das ist das größte Problem. Ich muss die Person in Not nicht kennen, aber wenn ich so

etwas sehe, suche ich mir schnell Verstärkung und dann holen wir uns den bösen Typen. Nimm einen Stuhl, eine Flasche, ich meine, wir müssen etwas tun, wir sind verantwortlich. Wenn ich zum Beispiel sehe, wie ein Typ eine Frau in ein Auto zerrt, die schreit oder weint, dann muss mir das doch seltsam vorkommen. Und selbst wenn ich körperlich nichts tun kann, kann ich etwas machen, ein Schnappschuss vom Kennzeichen oder dem Täter. Tu etwas! Die Menschen sagen vielleicht, es ginge sie nichts an, aber wenn es sie treffen würde, würden sie Hilfe erwarten.

Glaubst du, dass deine Herkunft dich dahingehend beeinflusst?

Jüdisch geboren zu sein, in Israel aufzuwachsen, mit all den Traditionen und der Geschichte, das macht schon etwas aus. All diese Kriege und Konflikte, die wir als Land durchmachen mussten, das ist nicht zu vernachlässigen. Ich habe lange in der Armee gedient und dieses einzigartige Gefühl, als seien wir alle eine große Familie, das ist besonders. Sollte etwas passieren, werden alle Israelis und Juden füreinander da sein. Die israelische Regierung wird vieles auf sich nehmen, um Juden weltweit zu schützen. Israelis sind durch die Geschichte geprägt, durch den Holo-

Fähigkeiten, die Menschen einfach beherrschen.

Wenn ich meinen Kidnapper in einer Geiselsituation irgendwie ansprechen muss, wie mache ich das?

Es gibt kein spezielles Wort. Am besten ist es, eine ruhige Atmosphäre zu schaffen, vielleicht eine Art Dialog zu beginnen. Selbst wenn man bluffen muss und so tut, als hätte man Sympathien für seine Sache oder sein Anliegen, so ist das ein Weg, der vielleicht funktionieren kann. Aber wenn man zum Beispiel an radikale islamistische Attentäter denkt, dann geht es nicht um Geiselnahmen mit Verhandlungen, es geht nur darum möglichst viele Menschen zu töten. Eine richtig große Geiselnahme gab es schon lange nicht mehr. Es ging mehr darum, Menschen zu versammeln und hinzurichten. Menschen müssen sich bewusst machen, dass ihr Zeitfenster in solchen Situationen sich geändert hat. Radikale Terroristen gehen mit einer anderen Einstellung an so etwas ran, sie sind willens, für die Sache zu sterben. Kriminelle können aufgeben, wenn sie unterlegen sind. Bei religiösen Attentätern ist die Ideologie das Problem, man kann nicht mit ihnen verhandeln. Sie haben sich bereits darauf eingestellt zu sterben und

Wenn man mich fragt und außer acht lässt, was die Medien sagen, dann gibt es immer Chancen in eine Anschlagssituation zu geraten. Es wird nicht besser. Das Gesetz ist meiner Ansicht nach zu nachsichtig bei radikal-islamistischen oder gewaltbereiten Taten, verzweifelte Situationen erfordern verzweifelte Maßnahmen. Die Regierungen müssen agieren, um ihre Bevölkerung zu schützen. Berlin und London hören sich sehr

sicher an, aber das ist immer sehr relativ. Niemand, der ein Ticket zu einem Konzert in Paris kauft, rechnet damit, erschossen zu werden. Was in Brüssel passiert ist, passt da genauso: Niemand rechnet damit, am Flughafen oder in der U-Bahn angegriffen zu werden. Wir glauben einfach nicht, dass so etwas passiert. Bis es dann passiert.

Das Gespräch führte Laura Külper

» Wenn Menschen trainiert wären, zu reagieren, hätte man statt 130 Toten vielleicht nur 30-50. Es geht um Schadensbegrenzung, es gibt kein Hollywood-Ende bei so etwas. Und es ist nicht nur Terrorismus, es sind Überfälle, Einbrüche, Vergewaltigungen, es kann alles sein. «

caust: Wir haben es satt, Opfer zu sein. Wenn du versuchen solltest, uns zu töten oder uns zu schaden, dann werden wir uns wehren. Ich denke, die Israelis sind sehr warmherzige und intelligente Menschen, die das Leben lieben. Wir wachen nicht morgens auf und wollen Streit mit irgendjemanden. Aber wir werden uns wehren, wenn man uns Böses will.

Gab es in deiner Karriere einen Punkt, an dem du selbst in großer Gefahr warst oder große Angst hattest?

Man lernt, die Angst zu kontrollieren. Ich war in vielen hochriskanten Situationen und oft in Gefahr, getötet zu werden. Ich habe mich zum Glück gut geschlagen, das ist unserem Training geschuldet. Gut trainiert zu sein ist die Hauptsache.

Was ist der häufigste Fehler, wenn Menschen mit Schusswaffen konfrontiert werden?

Menschen bilden sich ein, dass sie sehr schnell sind. Sie haben viele Filme gesehen und werden von Dingen beeinflusst, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Deshalb sind wir hier, um Einbildung von Wirklichkeit zu unterscheiden.

Wenn ich Zivilist bin und keinerlei Erfahrungen mit Waffen habe, wie komme ich am sichersten aus einer gefährlichen Situation raus?

Die Wolfsrudeltaktik ist dafür fantastisch. Man schließt sich zusammen ohne sich groß zu kennen. Das funktioniert – nehmen wir nur das Beispiel einer Straßenkreuzung. Zwei Autofahrer können sich ohne Worte, nur mit Blicken und Gesten darüber verständigen, wer wohin fahren darf, ohne dass sie sich kennen. Simple kommunikative

das ist etwas grundlegend anderes.

Also liegt meine größte Chance in der Wahrnehmung und Anpassung an die Situation?

Du musst in den ersten Minuten sehr unterwürfig und kooperativ sein. Es kommt auf das Szenario an, also ist das schwierig zu sagen. Nehmen wir beispielsweise an, Menschen werden von einem Ort an einen anderen gebracht und dort mit noch mehr Menschen zusammengesperrt, dann würde ich ihnen empfehlen, sich anzupassen und auf den richtigen Moment zu warten. Aber auch hier: es kommt auf die Situation an. Wenn dort viele Gegner mit Waffen sind und man in der Unterzahl ist, dann lässt sich da wenig machen. Aber bei einem oder zwei Angreifern an einem öffentlichen Ort kann sich die Bevölkerung zusammenschließen und sie vielleicht abwehren.

Gibt es in Europa deiner Ansicht nach bestimmte Risikozonen, bestimmte Städte, die gefährlich sind?

Ich würde sagen, es gibt bestimmt irgendwo eine Art Karte, die von Geheimdiensten zusammengestellt wurde, auf der erkennbar ist, welche Städte besonders gefährdet sind. Für Juden und Israelis gibt es zum Beispiel gerade eine Reisewarnung für die Türkei. Es kommt dort zu lokalen terroristischen Attacken gegen die Türken selbst, aber der letzte Anschlag galt jüdischen Touristen dort. Ein Attentäter hat sich eine Bombe umgeschnallt und sich in die Luft gesprengt, die Ermittlungen haben ergeben, dass er eigentlich auf eine israelisch oder jüdische Gruppe gewartet hatte, die aus einem Hotel rauskommt, um dann die Bombe hochgehen zu lassen. Es gibt in ganz Europa Bedrohungen.



Discover the real Japanese
KOBE BEEF

beebar[®]
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO – FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030 - 20 67 93 01



Zu guter Letzt

begegnen uns in den folgenden Szenen immer wieder, so dass wir gleichzeitig viele einzelne Geschichten verfolgen können: Wir helfen der Flötistin nach und nach ihre Kollegen einzusammeln, so dass die komplette Band am Ende in Eilat auf einem Schiff Jazz spielen kann und halten Ausschau nach den Hunden, die der Hundesitterin verloren gegangen sind. Wir beobachten Familie Teitelbaum bei weltlichen, genauso wie bei religiösen Beschäftigungen: Sie gehen spazieren, wohnen einer Hochzeit bei und kaufen einen Lulav für Sukkot. Der Geschäftsmann rennt mit seinem Aktenkoffer hektisch durch die Stadt, bevor seine wichtigen Unterlagen schließlich von einem Kamel gefressen werden. Auch abseits der hervorgehobenen Figuren und gestellten Aufgaben gibt es viel zu entdecken, wie die Friedenstaube oder Ben Gurion, der am Strand ohne Leibwächter Kopfstand macht.

Das Buch macht auf eine ganz unkomplizierte Art Lust, nach Israel zu reisen, Liebgewonnenes wiederzusehen und Neues zu entdecken. Wer keine Kinder hat, wünscht sich welche; schon allein, um ihnen die vielen lustigen Details erklären zu können. So wird es zum perfekten Geschenk für Kinder und ihre Eltern. Die einzige Gefahr besteht darin, dass man es gar nicht mehr hergeben will, sobald man es einmal in Händen hält.

Das Israel-Wimmelbuch von Rachel Shalev ist im Ariella-Verlag erschienen. Wir verlosen zwei der Bücher. Wenn Sie gewinnen möchten, nennen Sie uns den Namen des Wasserfalls im abgebildeten Bild. Bitte senden Sie die Lösung an: redaktion@juedische-rundschau.de

Was macht das Kamel in der Großstadt?

Von Estelle Rapaport

Wimmelbildbücher gibt es viele; bereits seit den 1960er Jahren werden die beliebten Bücher verlegt. Sie regen zum Austausch zwischen Eltern und Kindern an und das gemeinsame Betrachten gilt als pädagogisch wertvoll. Die bekanntesten Bücher dieser Art kommen von dem deutschen Maler Ali Mitgutsch und aus der Serie „Wo ist Walter?“ des britischen Illustrators Martin Handford, in denen der Weltenbummler Walter um die Welt zieht. In Israel war Walter nie; doch dafür gibt es

jetzt ein Wimmelbildbuch über Israel ohne ihn.

Die Illustratorin Rachel Shalev, die an der „Bezalel Academy of Art and Design“ in Jerusalem studiert hat, hat ein charmantes Israel-Wimmelbildbuch gestaltet. Auf handgezeichneten, großformatigen Doppelseiten führt sie uns auf eine Reise quer durchs Land ganz ohne politisches Dogma. Zu den Stationen gehören unter anderem Tel Aviv mit seinem regen Treiben auf den breiten Straßen, Jerusalems religiöse Stätten und sein bunter, multi-kultureller Markt. In der Wüste Negev finden wir Beduinen, Kamele und das Tote

Meer, bevor wir in Eilat mit seinem regen Strandleben ankommen.

Die Bilder sind so liebevoll und detailreich gestaltet, dass es sowohl für Kinder als auch für Erwachsene ein Vergnügen ist, das Buch durchzublättern und dabei über Israel zu sprechen. Auf der ersten Doppelseite werden verschiedene Charaktere vorgestellt, die uns durch das Buch begleiten. Darunter sind beispielsweise eine äthiopische Einwandererin mit ihrer Tochter, eine Musikerin, eine Kinderfußballmannschaft und eine Beduinenfamilie. Dazu gibt uns die Autorin kleine Aufgaben, denn ihre Charaktere

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift **x** _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.